

Arbeiter-Zeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratie in Steierreich.

Er erscheint täglich um 6 Uhr morgens, Montag um 2 Uhr nachmittags.

Mr. 318.

Wien, Donnerstag, 21. November 1918.

XXX. Jahrgang.

Lebensmittel für Oesterreich unter- weng.

Washington, 19. November. (Reuters.) Es sind jetzt Schiffe mit 200.000 Tonnen Lebensmitteln für Frankreich, Belgien und Desterreich nach Europa unterwegs. Die Schiffe fahren mit verschiedenen Besätzen nach Gibraltar, Brasilien und den Kanalküsten.

Berlin, 20. November. (Telegraphenkompanie.) Die die parlamentarisch-politischen Nachrichten von zuverlässiger Seite her, werden die von der Reichsländer Staaten die Deutschland in Hinblick gestellten Lebensunterstützungen nach Österreich und Ungarn hin langfristig werden, da die amerikanische Regierung sehen will, ob in Deutschland die von der als notwendig eingelebte Gewähr für eine feste rechtliche Beschaffung und Ordnungsmäßige Verteilung erstelle sich.

Die britischen Verläufe.

Soudoum, 19. November. (Reuter.) Im Unterhaus der
Kamer Unterhauspräsident für den Adel Maphosien,
hoch bis zum 4. November 1918 die britischen Gefangenenliste
an Leben, Verwundeten, Vermissten und Gefangenen aus-
schließlich der Luftstreitkräfte, aber mit Einschluss der Besatzungs-
und Indiens 8,043.991 Mann betragen. Die Verluste verteilten
sich wie folgt: In Frankreich tot 31.700 Offiziere und
626.843 Mann, Gefangene 128.757 Offiziere und 2.594.595
Mann; in Italien tot 86 Offiziere und 541 Mann, Ge-
fangene 458 Offiziere und 6480 Mann; Dardanellen
tot 1795 Offiziere und 31.737 Mann, Gefangene 5063
Offiziere und 14.476 Mann; Gallipoli tot 796 Offiziere
und 7090 Mann, Gefangene 1217 Offiziere und 26.101
Mann; Mesopotamien tot 1346 Offiziere und 29.700 Mann,
Gefangene 4335 Offiziere und 33.244 Mann; Mesopotamien
tot 1008 Offiziere und 14.791 Mann, Gefangene 852
Offiziere und 54.261 Mann; Ostafrika tot 390 Offiziere
und 8724 Mann, Gefangene 850 Offiziere und 18.929
Mann; auf anderen Kriegsschauplätzen tot 333 Offiziere und
690 Mann, Gefangene 336 Offiziere und
2971 Mann.

Billions Bells.

Wien, 20. November. Nach einer Meldung des Reicheschen Büros aus London wird Graf Wilson den Präsidenten auf seiner Reise nach Europa begrüßen. Man glaubt, daß Wilson mit Gemahlin außer Paris nach London besorgen wird und dieselbe auch Brüssel und Rom. Da der Präsident zu Anfang des nächsten Monats abreist, wird er vermuthlich mehrere Wochen vor Beginn der Friedenskonferenz in Paris ankommen. Man glaubt, daß er die Absicht hat, an der Konferenz in Versailles, die den Zusammenbruch der Friedensunterhandlungen voranging, nicht teilzunehmen. Er wird auch nach den ersten Sitzungen der eigentlichen Friedenskonferenzen beizumohnen. In deren die Prinzipien der Friedensverträge in großen Zügen abgefaßt werden sollen. Bei den späteren Besprechungen der Einzelheiten das abgelaufenen Friedensvertrages wird er nicht mehr anwesend sein. Zeitgleichfalls wird Wilson zu seiner Fahrt nach Europa ein amerikanisches Dampfschiff benützen.

Klassungsm., 19. November. (Traßkau.) Vom Belger wurde bekanntgegeben: Der Präsident hat beauftragt, sofort nach Bestellung der tagelänglichen Session des Kongresses nach Frankfurt abzureisen, um an den Verhandlungen an der Befestigung der Hauptpunkte des Friedensvorschlags theilzunehmen. Wahrscheinlich wird es ihm nicht möglich sein, auf der Friedenskonferenz während der ganzen Dauer anwesend zu sein, aber bei ihrem Beginn in seine Anwesenheit aufzuwarten, denn es ist klar, welche Nachteile in einer telegraphischen Besprechung liegen würden, wenn es sich um die Festimmung der Hauptartikel des endgültigen Friedens handelt, aber die es notwendig ausgesprochen worden muß. Der Präsident wird natürlich von den Delegirten beglückwünscht sein, die zu Vereinigten Staaten nachher der ganzen Konferenz theilnehmen werden. Die Namen der Delegirten werden demnächst bekanntgegeben werden.

Die Italiener in Innsbruck.

Wien, 20. Dezember. Laut Meldungen an das Staats-
amt für Herrschaften ist die Stadt Innsbruck von
italienischen Truppen besetzt worden. Das Staats-
amt für Herrschaften hat geglaubt, Befehlung des Kaisers
abzugeben.

Die Liga der Nationen.

Don Karl Kautsky.

Wir heben die Ansichten des tschechischen Staates bisher unter der Voraussetzung unlesend, daß der Charakter des europäischen Staatenlebens nach dem Sturz der gleichen sein wird wie vorher.

Wenn aber etwas heute schon feststeht, ist es die Tatsache, daß sich dieser Charakter gänzlich ändern wird.

Nicht nur in der inneren, sondern auch in der äußeren Politik. Die allgemeine Abrüstung hört auf, ein positiver Traum zu sein, sie wird eine ökonomische Notwendigkeit. Internationale Abrüstung ist aber unmöglich ohne internationale Einrichtungen der Kontrolle oder auch der Entscheidung von Streitfragen zwischen Völkern und Staaten, die sonst durch die Gewalt der Waffen gestiftet wurde. Nach dem Kampf um Frieden, daß er die großen Streitfragen zwischen den kämpfenden Völkern für lange Zeit löst. Aber an Streitfragen zwischen den kleinen, sich neu in Osteuropa bildenden Staaten wird es auch nach dem Friedensschluß nicht mangeln. Es ist nicht zu erwarten, daß es diesem gelingt, dort sofort ein Festhalten zu schaffen, bei dem sich alle Beteiligten einig sind. Auch Mißgriffe bei der Ziehung von Grenzen sind möglich sowie Wandlungen der Völkergrenzen, sobald die Bewegung und der Haß verdrängt sind, die der Krieg erzeugte. Das fatale einseitige Streben nach Neuverteilung des Friedens und damit einen ewigen Kriegszustand oder doch stete Kriegesgefahr geben rote in den letzten Jahren vor dem Weltkrieg auf dem Balkan, wenn nicht Einrichtungen getroffen werden, die eine schiedsrichterliche Entscheidung ermöglichen und hinterher die Gesamtheit der Völker stützt, so daß es keinem einzelnen der Staaten einfallen könnte, sich dieser überwindenden Macht widersetzen zu wollen.

Sie die allgemeine Konvention durchzuführen,
sind internationale Schiedsgerichte (Einrichtungen)
zu schaffen und anerkannt, dann können die
Voraussetzungen auf, finanzielle Bedeutung zu haben.
Und auf der anderen Seite wieder haben gerade jene
der Staaten, die im Weltkrieg zugezogen oder neu-
zugezogen werden mit unzulässigen finanziellen Grenzen,
im ersten Hinsicht, die allgemeine Abrüstung und
internationale Schiedsgerichte zu fordern und zu
schließen.

Der Weltkrieg dürfte aber auch dem blühenden Volkseinträglich zu Reize geben. Er hat in allen Lebensverhältnissen einen außerordentlichen Rangsal in Nahrungsmitteln und Stoffen und eine ungeheure Erneuerung herbeiführt. Schließe ich ab den Gegensatz zwischen den agrarischen Schichten und den arbeitenden Schichten, von Bakterien gefährlichen Fütterung, der schon vor dem Kriege in kleinen Massen war, aufs höchste gesteigert. Er hat endlich, namentlich in Osturopa, den Kampf gegen den noch stark feudalen Erbschaftsbesitz auf die Darsorbirung geleitet.

In Böhmen wird es daran ebensovornig fehlen wie in Polen und Ungarn. Wohl ist der böhmisches Adel einerer Aet als der ungarische. Er kämpft nicht seit Jahrhunderten um Herrschaft und Ehrentz, sondern hat sich seit der Schlacht am Weissen Berge von aller politischer Teiligkeit ausschalten und in einen trägen Genussleben versinken lassen. Er launt sich mit der ungarischen Adel meist in Fuchsenjagd und Kinnmahung, nicht aber an Veredlung und Energie. Seine Macht wird leichter gebrochen werden als die feine ungarischen Kollgen.

Niederlegung der Macht des Anleiters, festiges
Wachen des städtischen Widerstands gegen agrarische
Verderbungen, unerträgliche Teuerung, das wird all-
heilen zur Signatur der Zeit nach dem Kriege
gehören, das wird die Wiedereinführung von Agrar-
wollen kaum möglich machen.

Mit den Agrarflächen schminkt aber auch die
Ständeloge für Industrieställe, die in den Industrie-
ländern längt ihre Ertragskraft, sondern auch noch
Monopolverhältnisse sind, die aber auch in ökonomisch
rückfälligen Ländern durch andere Maßnahmen
zur Produktionsüberwindung zu erleben sind, die nicht
durch Erhöhung der Produktionspreise, sondern durch
Berücksichtigung der Produktionskosten wirken, was in der
Zeit des Aufstieges nach dem Kriege viel wichtiger
sein wird.

Je mehr so die Güte ihre alte Bedeutung verlieren, je mehr allgemeiner Freihandel möglich wird, desto mehr können die Staaten auf besondere Wirtschaftszweige zu blicken, desto weniger werden die Bedürfnisse nationaler Selbstversorgung durch die Bedürfnisse internationalen Verkehrs durchgesetzt werden.

Entgegen ist der Gedanke zurückzuweisen, an Stelle des allgemeinen Friedens alle Staaten Polikrainisse zu schaffen, durch die sich einige von ihnen zusammenschließen, um sich um die entgegengesetzten von ihnen abzusichern. Ein solches Bündnis hat stets einen feindseligen Charakter gegen die außer dem bündelnden Staat, es trägt den Namen des Bündnisses ist es, ist unwerthig mit den Leuten der Welt, der allgemeinen Abweisung und der dauernden Feindschaft.

Eine Vassallisation oder Donaassallisation oder militärisch-politische oder wirtschaftliche Föderation und wie die genannten Föderationen alle heißen mögen, sie wären kein Fortschritt, sondern ein Hindernis, wenn die Vassallverbände wären, die den Zusammenstoß der Vereinigten Staaten der Welt verhüten.

Es ist einmal durch die wirtschaftliche Nothlage dieser Zusammenkunft zu Zwecken allgemeiner Abklärung und internationaler Schiedsgerichts angedacht, dann muß es bald, wieder durch ökonomische Bedürfnisse veranlaßt, auf weitere Schritte politischen und wirtschaftlichen Lebens übergehen. Wie in der inneren Politik haben wir es auch hier mit Anfängen zu thun, die immer weiter aber sich selbst hinaus treiben. Mal man doch schon von der Internationalisierung der Kolonien sowie mancher Meereisen und Kanäle gesprochen.

Die Konvention der Internationalisierung mancher Wasserstraßen ebenso wie die der Freiheit der Meere geht von dem Grundsatz aus, daß unbeschränkte Teilnahme an internationalen Verkehr, insbesondere Zugang zu den großen internationalen Verkehrsmitteln, das die Meere bedeuten, eine Lebensfrage für jeden modernen Staat ist. Daher auch die Wichtigkeit für jedes Staatgebiet, über einen eigenen Meereshafen zu verfügen.

Doch im Zeitalter der Eisenbahnen bildet das Meer keineswegs mehr die einzige internationale Verkehrsstraße von Bedeutung. Für viele Staaten sind heute schon die Eisenbahnen weit wichtiger geworden. Von der Eisenbahnpolitik eines Landes abhängig zu sein, kann für das Wirtschaftsgeschehen eines Landes ebenso beengend, ja unter Umständen verhängnisvoll werden wie die Abhängigkeit vom Meer.

Es war ein großer und lautharer Gedanke des deutschen Imperialismus, die Ostschleslandwerdung, von Hamburg bis Zagdad der Beherrschung, man will nicht der Belygung durch eine einzige Hand unterwerfen zu wollen. Schade nur, daß Verfechtungen und Militärstrafen sind und die geplante Verwirklichung der Weltbeherrschung ebenso dienen konnte wie dem Weltzerfall. Das ist jedoch kein Grund, die Idee fallen zu lassen, sondern, mit einer, der Geschichts- und Kriegsgeschichte aus ihr zu entnehmen.

Die Balkankriege und der Weltkrieg, die die Türkei, Österreich und Rußland in eine Reihe von Staaten spalteten, haben die Bedingungen für einen einheitlichen internationalen Eisenbahnaufbau nicht verbessert, sondern gar sehr verschlechtert. Beim Beginn des Baues der Bagdadbahn brauchten zur Verteilung einer ungefähren Verbindung zwischen Hamburg und Bagdad noch drei Staaten außer einen Teil gebrauchter zu werden, Deutschland, Österreich, die Türkei. Dann um sich eine Karte von Deutschland nach Bagdad den russischen Staat, den deutschösterreichischen, den ungarischen, serbischen, bulgarischen, albanischen postieren mußten, und schließlich um arabische zu fordern.

Soll das nicht einen empfindlichen Rückschritt bedeuten, dann ist es dringend notwendig, diese Linie und überhaupt alle Gedanken von internationaler Bedeutung einer internationalen Versammlung, wenn auch nicht unter der gerade internationalen Leitung zu übergeben. Wie zwischen und internationalen Verträge haben ein Interesse an einer bezüglichen Regelung, um unseren jedoch diejenigen, die vom Werte, der internationalen Verträge, abgehandelt sind, und auf der anderen Seite wieder würde bei einer derartigen Regelung im Verbleib mit allgemeinen Grundsätzen, die Gewährung eines Zuganges zum Werte erhöhen, eine Lebensfrage für einen jeden Staat zu

[illegible]

V. Rechte Blätterzeitung 97.
Verlagsort: Wien, 1. Schulerstraße 13.
Abonnementspreis: 12 Kronen pro Jahr, 6 Kronen pro Halbjahr, 3 Kronen pro Vierteljahr. Einzelhefte: 10 Heller.
Verleger: Dr. J. Springer.
Druck: Dr. J. Springer.
Verlag: Dr. J. Springer.

Arbeiter-Zeitung

Zentralorgan der Sozialdemokratie Deutschösterreichs.

Erscheint täglich um 6 Uhr morgens, Montag um 2 Uhr nachmittags.

Nr. 161.

Wien, Sonntag, 13. Juni 1920.

XXXII. Jahrgang.

Herr Runkhal soll raten!

Sie drücken sich schon! Die Herren „Großdeutschen“ nämlich. Seit anderthalb Jahren spielen sie Opposition. Seit anderthalb Jahren klagen sie über „sozialdemokratische Wirtschaft“. Jetzt haben sie Gelegenheit, es besser zu machen. Aber davor ist ihnen schnell bange geworden. Sie sind „ganz kleinlaut“ geworden. Vor der Zumutung, daß sie nun mit den Christlichsozialen zusammen die Regierung zu übernehmen hätten. Der leuchtende Mannesmut ist plötzlich dahin. Und treuerbzig versichern sie, daß sie sich der Aufgabe nicht gewachsen fühlen, sie nicht übernehmen, sich an einer Regierungsbildung teilnehmen wollen. Kritizieren ist offenbar doch leichter als es besser machen!

Und die Christlichsozialen? Sie klammern sich an die Hoffnung, daß die Sozialdemokraten, die bekanntlich ganz unfähig sind, die Verwaltung zu führen, und deren Macht bekanntlich das furchtbare Unglück für Staat und Volksgesundheit war, sich um Gottes willen doch wieder herbeilassen möchten, mit ihnen eine neue Koalition zu schließen. Sie schwören, daß es ihnen nie eingefallen ist, sich mit den Großdeutschen gegen die Regierung zu verschwören; daß also eine christlichsozial-großdeutsche Mehrheit, die die Regierung geführt hat und die die neue Regierung zu bilden verpflichtet wäre, doch gar nicht existiert. Sie behaupten, daß in den „sozialdemokratischen“ Blättern „ganz ganz anders“ geredet worden ist, als in der „Arbeiter-Zeitung“, daß Herr Runkhal vor der Räumung der Koalition doch „gar ganz bedingungslos“ gesprochen habe, daß sie „auch in der Debatte“ über die Sozialdemokraten „gar nicht anders“ als die Christlichsozialen verlangt hätten. Sie fragen an, ob man nicht eigentlich, im Grunde genommen, vielleicht doch der Meinung sein könnte, daß die Koalition trotz der Demission der Regierung noch fortbesteht. Es scheint, daß es doch nicht gar so leicht ist, auf die Notwendigkeit der unfähigen östlichen Sozialdemokraten zu verzichten. Und das gar nichts anderes zu helfen scheint, appellieren sie zum Schluß auch noch an den letzten Rest aus alten Mäßen, an die Entente. Anderthalb Jahre lang haben sie dem Volke eingegeben, daß die Macht der Sozialdemokratie dem Land zugrunde richte; jetzt plötzlich bekennt die ganze bürgerliche Presse, die hohen Mächte mühen sich die Sozialdemokraten bewegen, auch weiterhin mit den Christlichsozialen zusammen das Land zu regieren.

Wir begreifen die Verlegenheit der Christlichsozialen. Mögen sie sich bei ihrem Führer, bei dem Herrn Leopold Runkhal bedanken! Denn sehr andere als er, den sie vor ein paar Wochen feierlich zum Parteiführer erkorren haben, ist der Mann, der die Koalition untergraben, ihren Fortbestand unmöglich gemacht hat. Ein kleiner Dudenbedemagoge sollte plötzlich den Staatsmann spielen; es ist danach ausgefallen! Er hat die giftigsten, mit Verleumdungen gespickten Reden gegen die Sozialdemokratie gehalten, die es uns schließlich unmöglich machten, mit den Christlichsozialen zusammenzuverleimen. Er hat das Junktum der Vermögensabgabe mit der Verfassung proklamiert und dadurch die Verschleppung der Vermögensabgabe zur Parteiparole gemacht, was die ganze Krise recht eigentlich herbeigeführt hat. Er hat schließlich in offener Parlamentsdebatte die Zurücklegung des Erlasses über die Sozialdemokraten gefordert, obwohl er sehr genau wußte, daß wir dem nie und nimmer zustimmen könnten, und hat es gerade in dem Augenblick, in dem die Verhandlungen über die Vermögensabgabe und über die Verfassung die Spannung zwischen den koalitierten Parteien aufs höchste gesteigert hatten, für ungerecht, mit der Räumung der Koalition zu drohen. Jetzt steht er vor den Scherben. Die Sozialdemokraten haben den Christlichsozialen den Stuhl vor die Tür gesetzt. Die Großdeutschen wollen nicht mit ihnen regieren. Und sie haben Angst, ohne uns zu regieren. Nun müssen sie nicht aus noch ein. Jetzt soll ihnen Herr Runkhal raten!

Was geschehen muß, ist klar. Die Nationalversammlung muß so bald als nur möglich neu gewählt

werden, das Volk selbst muß entscheiden. Darüber sind Sozialdemokraten und Großdeutsche einig; es wird auch den Christlichsozialen nichts anderes übrig bleiben, als sich zu den Neuwahlen zu entschließen. Die Nationalversammlung kann natürlich bis zur Durchführung der Wahlen weiter arbeiten; so hat man es ja auch in Deutschland und in der Tschechoslowakei gemacht. Die dringenden Gesetze, vor allem die Vermögensabgabe, können und müssen noch verabschiedet werden; die Christlichsozialen werden es sich wohl überlegen, unmittelbar vor dem Urteil der Wähler die Vermögensabgabe zu vereiteln, Kriegsgewinner und Schieber von dem Opfer für die Not des Volkes und des Staates zu befreien. Ob freiwillig auch die Befreiung noch bis zum August oder September geschoben werden kann, erscheint uns sehr zweifelhaft; sollte das nicht gelingen, so hätten sich die Länder eben bei dem Herrn Runkhal zu bedanken, wenn das Verfassungsrecht abermals aufgehoben werden müßte. Nicht also nur eine Frage: „Wer soll während der drei Monate, die die Durchführung der Wahlen erfordert, regieren?“ Das ist freilich verdammt schwer zu beantworten. Aber wenn sollten wir uns darüber den Kopf zerbrechen? Herr Runkhal hat diese Krise herbeigeführt; Herr Runkhal soll einen Ausweg finden.

Was nun?

Von Karl Runkhal.

Die Wahlen in Deutschland, sind vollzogen. Sie haben ungefragt das gebracht, was sie versprochen: Stärkung der Weimarnationalen, der Nationalliberalen und der Unabhängigen, Rückgang der Mehrheitssozialisten und der Demokraten. Diese Verdrängung ging jedoch nicht in dem Maße vor sich, in dem es viele erwarteten. Gar mancher träumte von der Vernichtung der Mehrheitssozialisten, so daß die Unabhängigen als die einzige ernstliche Arbeiterpartei aufstünden und die Einheit des Proletariats mit ihrem Sieg hergestellt wäre. Dazu ist es nicht gekommen. Die Mehrheitssozialisten haben arg verloren, sind jedoch immer noch stärker als die Unabhängigen. Und noch verschiedenen anderen Wahlen der letzten Zeit zu schließen, scheint es, als hätte die Erde ihres Niederganges bereits ihren tiefsten Stand überschritten und als begänne für sie wieder die Zeit eines neuen und langamen Aufstieges.

Nun, wenn soll ich die Idee abstoßend gestrichelt, daß deutsche Proletariat dadurch zu einigen, daß die Unabhängigen den rücksichtslosesten Kampf gegen die Mehrheitssozialisten führen. Wir stehen nur noch vor der Alternative: entweder Verfallung und damit Schwächung des deutschen Proletariats als Unabhängiger oder Verfallung einer Arbeitsgemeinschaft zwischen den bisher feindlichen Brüdern. Aber diese Arbeitsgemeinschaft hindert, übernimmt eine furchtbare Verantwortung gegenüber der Sache des Proletariats.

Wie wird sich aber unter diesen Umständen die nächste Regierungsbildung gestalten? Drei Möglichkeiten tauchen auf: die Bildung einer reinen Arbeiterregierung; die Wiederherstellung der alten Koalition; und endlich brittens die Übergabe der Regierung an einen rein bürgerlichen Block. Jede dieser Möglichkeiten begegnet den größten Schwierigkeiten. Aber die einer reinen Arbeiterregierung wäre kaum größer als die der beiden anderen Alternativen.

Wohl verfügen die beiden großen sozialistischen Parteien, wenn sie sich vereinigen, nicht über die Mehrheit im Parlament. Die Übernahme der Regierung durch eine Minderheit scheint den Geboten der Demokratie zu widersprechen; doch nicht schaden. Die Demokratie verbietet bloß, daß sich eine Minderheit mit Gewalt dem öffentlichen Willen der Mehrheit widersetzt. Sie verbietet es keineswegs, daß eine Partei „im Ministerium“ bildet, das noch nicht die Mehrheit besitzt, aber auf Aussicht hat, diese zu gewinnen, wenn es die Politik treibt, die den Bedürfnissen der Volksmehrheit entspricht. Natürlich wäre eine rein sozialistische Regierung unter dieser Voraussetzung schon früher möglich gewesen. Heute sind die Sozialisten in ihrer Gesamtheit an Zahl schwächer als nach den Wahlen des vorigen Jahres. Aber heute

wissen die beiden sozialistischen Parteien, daß keine der beiden die andere zu sprengen vermag. Und das System Anstalt ist überwunden. Da brauchen die inneren Widerstände gegen die Herstellung eines sozialistischen Blocks also nicht mehr so stark zu sein wie früher. Vereinigt würden aber die Sozialisten die weitaus stärkste unter den Parteien der Nationalversammlung bilden. Machen sie sich in der Regierung zum Sprachrohr des Gebotes der Stunde, schützen sie sich an, das zu tun, was im Interesse der Massen notwendig und vernünftig ist, dann gewinnen sie rasch allgemeines Vertrauen, dann wage die demokratischen und katholischen Arbeitervertreter in der Nationalversammlung, nicht, gegen sie zu stimmen. Sollten sie es aber doch tun, dürfte die sozialistische Regierung mit besser Aussicht auf Erfolg Neuwahlen riskieren.

Voraussetzung ist freilich, daß, wie schon bemerkt, die Regierung ein Aktionsprogramm hat, das dem Gebot der Stunde entspricht. Welches ist dieses Gebot? Es ist — darüber müssen wir uns klar werden und danach handeln — leider noch nicht das einer sofortigen Durchführung des Sozialismus, sondern das einer Liquidierung des Kapitalismus. Der wirtschaftliche Krieg mit den wohnstümlichen Lebensbedingungen der Entente hat den Produktionsprozeß aufs tiefe erschüttert. Ihn aus der tiefsten in Gang zu bringen, ist das dringende Gebot. Sozialistische Produktion ist aber nicht von heute auf morgen durchzuführen, darüber ist sich jeder klar, der eine Ahnung von ökonomischen Dingen hat.

Sofortige Wiederherstellung der Produktion heißt daher zunächst sofortige Wiederherstellung der kapitalistischen Produktion. Daran kann auch das härteste sozialistische Bollen nichts ändern. Das Proletariat selbst ist bei blühender kapitalistischer Produktion besser daran als bei einem Sozialismus, der unzureichend produziert. Ein Kommunismus des Teilens, der Verringerung der Reichen, vermehrt nur die Produktionsstörung und den Mangel an Produkten. Der Sozialismus, der das Proletariat befreien soll, muß mehr produzieren als der Kapitalismus.

Aber damit ist keineswegs gesagt, daß eine sozialistische Regierung heute ebenso zu verfahren hätte wie eine kapitalistische. Der Kapitalismus ist ein sehr elastisches Ding und kann die verschiedensten Formen annehmen und es ist für das Proletariat keineswegs gleichgültig, welches diese Formen sind. Andererseits, wenn auch nicht sofortige Sozialisierung der gesamten Produktion möglich ist, gibt es doch eine Reihe von Produktionsmöglichkeiten, bei denen sie heute schon nicht nur durchführbar, sondern sogar notwendig wird im Interesse der Gesamtproduktion selbst.

Eine sozialistische Regierung kann und wird die Interessen des Proletariats auch innerhalb kapitalistischer Produktion ganz anders wahren als eine kapitalistische. Und sie allein kann die nötige Energie aufbringen, um dort zu sozialisieren, wo es im Interesse der Gesamtbeit geboten ist.

Die Bekämpfung des Schiebertums, die man ihr zuweist, kann allerdings nur durch eine Vermehrung der Produktion erfolgreich unternommen werden. Das Schiebertum ist ein Ergebnis des Mangels an Produkten, es tritt überall auf, wo solcher Mangel herrscht. Die französische Schreckensherrschaft von 1793 ebenso wie der baltische Terror versuchten vergeblich, ihm ein Ende zu machen. Ihre Unterdrückungsmethoden vermehrten bloß seine Betriebskosten (Verhaftungen, Transportkosten u. s. w.) und erhöhten dadurch die von ihm geforderten Preise. In dem Maße, in dem die Produktion wächst, hört das Schiebertum von selbst auf.

Was aber nicht aufhört, was immer mehr zunimmt, das ist die Ausbeutung der Massen durch die großen Monopollen, namentlich der Bergwerke. Hier ist rücksichtslose Sozialisierung schon jetzt am Platz, nicht bloß im Interesse der beteiligten Arbeiter, sondern der gesamten Gesellschaft. Eine Sozialisierung der Kohlenbergwerke, die den Kohlenpreis herabsetzt und die Kohlenförderung ausdehnt, würde die gesamte Produktion mächtig antreiben.

Ebenso wäre eine Sozialisierung der Wälder und der Laubhainen (nach ihrer Verfassung) geboten. Für ein Aktionsprogramm dieser Art wäre eine Mehrheit in der Bevölkerung wohl zu gewinnen.

Bezugsbedingungen.	
Einzelhefte	10 Heller
Abonnementspreis	12 Kronen pro Jahr, 6 Kronen pro Halbjahr, 3 Kronen pro Vierteljahr
Verleger	Dr. J. Springer
Druck	Dr. J. Springer
Verlag	Dr. J. Springer
Verlagsort	Wien, 1. Schulerstraße 13
Abonnementspreis	12 Kronen pro Jahr, 6 Kronen pro Halbjahr, 3 Kronen pro Vierteljahr
Verleger	Dr. J. Springer
Druck	Dr. J. Springer
Verlag	Dr. J. Springer
Verlagsort	Wien, 1. Schulerstraße 13

Zentralorgan der Sozialdemokratie Deutschlands

Erscheint täglich um 6 Uhr morgens, Montag um 2 Uhr nachmittags.

Pr. 166.

Wien, Freitag, 18. Juni 1920.

XXXII. Jahrgang.

Klassenkampf und Koalition.

Don Earl Smith.

1. Die reaktionäre Masse.

Eine Reihe Sozialisten, nicht nur die Kommunisten, sondern auch die Unabhängigen in Deutschland, die Konquististen in Frankreich, betrachten es als einen Verrat an den Grundbäsen des Sozialismus, als ein Ausgeben des Klassenkampfes, wenn sich eine sozialistische Partei mit einer bürgerlichen zur Bildung einer gemeinsamen Regierung koalitiert. Sie lehnen es entschieden ab, in bez. Internationale mit Parteien zusammenzuwirken, die sich auf eine beengte Koalition einlassen.

Ist die Auffassung richtig? Nur davon wollen wir hier sprechen, nicht von der Frage, ob irgend eine der heute bestehenden sozialistischen bürgerlichen Regierungen zweckmäßig ist oder nicht. Diese Frage kann für einen bestimmten Fall auch dann verneint werden, wenn man theoretisch die Zuträglichkeit einer Koalitionsregierung behauptet.

Diesemigen, die jede solche Regierung von vorn-
herin als elenden Verrat brandmarken, scheinen anzunehmen, dieser Verrat sei so offenkundig, daß er irgend
eines Beweises nicht erst bedürfe. Wie ist wenigstens
kein Versuch bekannt, die absolute Verwerflichkeit je-
der Reactionregierung eingehend zu begründen. So-
viel ich weiß, begnügt man sich einfach damit, auf die
Prinzipien des Klassenkampfes und Klassenegoismus
hinzuweisen, die ein Zusammenwirken mit den Klassen-
gegner ausschließen. Jede derartige Zusammenarbeit
bedeute ein Aufgeben des unabweichenden Prinzips des
Klassenkampfes.

Das müßte zugegeben werden, wenn die Gesellschaft ein so einfacher Organismus wäre, wie sich manche Sozialisten vorstellen, für die nur zwei Klassen existieren, so daß ein Haben und Drüben nur gilt: Haben die Proletarier und drüben die Bourgeois. Aber so einfach liegt die Sache leider nicht. Die Welt der „Bourgeois“ zerfällt in zahlreiche, sehr gegensätzliche Klassen, sie führen untereinander sehr lebhaften Kampf und steht auch jede vor ihnen im Gegensatz zum Proletariat, so ist dieser Gegensatz doch keineswegs überall der gleiche.

Dazu kommt, daß in der Politik die Klassen nicht direkt in den Kampf eintreten, sondern durch Vermittlung von Parteien. Eine Klasse kann in verschiedene Parteien zerfallen, die den gleichen Interessen dienen, sich aber in den Methoden unterscheiden. Außerdem kann es Parteien geben, die Teile verschiedener, einander benachbarter Klassen zu einer gemeinsamen Kampforganisation aufzunehmen.

So wird der politische Kampf ein viel komplizierterer Prozeß als etwa der gesellschaftliche, der tatsächlich nur mit zwei Bägern zu tun hat: hier den Arbeitern, dort den Unternehmern. Eine sozialistische Politik kommt nicht wohl, die sich damit begnügt, zu konstatieren, daß das Proletariat zu jeder bürgerlichen Klasse und Partei in einem Gegensatz steht. Die Sozialisten müssen sich auch das werden über die Eigenart jeder dieser Klassen und Parteien und über die Gegensätze zwischen ihnen. Und sie haben nicht nur den Kampf gegen die gesamte bürgerliche Welt zu führen, sondern auch in die Kämpfe innerhalb dieser Welt einzugreifen und mitzuwirken, diejenigen unter ihren Gegnern zu schwächen oder zu beseitigen, die den gesellschaftlichen Aufstieg am meisten hemmen.

So hatten wie zu unterliegen die Demokraten gegenüber Aristokraten und Bürokraten, Republikanen gegenüber Monarchisten, Feindhändler gegenüber Schutzjöllnern, Positivisten gegenüber Kriegskriemern, das industrielle Kapital gegenüber dem feudalen Grundbesitz u. s. w. Wer das Proletariat abhaken will, in die Klassenkämpfe innerhalb des bürgerlichen Welt einzugreifen, verurteilt es zur Unfähigkeit und Ohnmacht bis zu dem Zeitpunkt, in dem es die Kraft zur Welt herrschaft erlangt hat.

Darum bekämpft Marx so entschieden das Lassal'sche Wort, daß dem Proletariat gegenüber alle andern Klassen eine *reaktionäre* Masse seien. Diese Lassal'sche Auffassung liegt aber dem proletarischen Denken in seinem ursprünglichen, natu-

Stadium so nahe, daß sie immer wieder überzeugte Anhänger findet, namentlich in revolutionären Zeiten, welche in den Klassenkampf Massen ungeschulter Elemente werfen.

Schon die Beteiligung an den Stichwahlen, die bei den früheren Wahlgleichen notwendig wurden, und das Eintreten für die Erwählung bürgerlicher Oppositioneller bei solchen Wahlen hat oft starken Widerspruch in Parteikreisen gefunden. Noch mehr aber war dies der Fall, wenn sich die politische Situation darauf gestaltete, daß die proletarische Hilfe nicht zu dem Zweck erforderlich wurde, die bürgerliche Opposition gegen eine reaktionäre Regierung zu stärken, sondern eine mehr freiheitliche bürgerliche Regierung gegenüber einer reaktionären Opposition zu stützen. Das ist begreiflich. Der Staatsapparat ist so sehr auf die Unterdrückung der unteren Klassen eingerichtet, daß der Gedanke, ihn zu fördern, vielen Sozialisten unerschrocken ist, selbst dann, wenn die Förderung zu dem Zwecke geschieht, die Last der Unterdrückung dadurch zu mindern oder eine vergrößerte Unterdrückung abzuwehren.

Indessen haben die Marxisten, die Klassen Vertreter des Gedankens des Klassenkampfes, nie die Unterstützung einer bürgerlichen Regierung abgelehnt, wenn diese sich als das kleinere Übel erwies. So erklärten sich die französischen Querschnittler auch in ihrer unerwöhnlichsten Zeit bereit, ein ausgesprochen radikales Ministerium zu unterstützen, das auf ihre Stimmen

Dagegen fand den stärksten Widerstand die Idee des Eintritts eines sozialistischen Ministers in ein bürgerliches Ministerium.

2. Die Pariser Resolution.

Es war zuerst am Ende des vorigen Jahrhunderts, daß die Idee des sozialistischen Ministerialismus aufkam. In Frankreich war damals die Herrschaft der bürgerlichen Republikaner durch eine Rebellion von Aristokraten und Clerikalen bedroht. Daß diese Rebellion abzuwehren und in diesem Zwecke die republikanische Regierung zu unterstützen sei, darin waren sich alle französischen Genossen einig. Aber der Ministerpräsident *Walded-Rousseau* ging, um sich diese Unterstützung zu sichern, weiter als ein Ministerpräsident vor ihm. Er berief einen einflussreichen Sozialisten, *Milletrand*, ins Kabinett. Das war ein kühner Schritt, doch wurde er in recht ungeschickter Weise unternommen. *Milletrand* trat ins Ministerium, ohne die Zustimmung seiner Genossen einzuholen. Er machte sich für die Zeit seiner Ministerthätigkeit unabhängig von der Parteidisziplin, so daß ihn *Milletrand* mitigerweise als Parteigenossen auf Urlaub bezeichnete. Das sollte nur der erste Schritt auf seiner Bahn zur Entfremdung von seiner Partei sein. Und als Kollegen bekam er im Kriegsministerium den General *Callist*, den Schlächter der Kommune. Dieser deutliche Kommunist mußte sich ja gut dazu eignen, mit den römischen Generalen fertig zu werden, aber jeder Sozialist mußte sich gegen den Gedanken aufbäumen, eine Hand zu ergreifen, die sich so sehr mit Roletarsiebsel bedeckt hatte.

Guesclisten und Blanquisten widerlegten sich dabei den Eintritt Millerands in die Regierung auf das Lebhafteste. Ebenso lebhaft aber trotzten Jaures und seine Leute für Millerand ein, und die ganze internationale nahm lebhaften Anteil an dem Kampfe, der die hervorstechendste Teilerscheinung in dem allgemeinen großen Kampfe für und wider den Revisionismus war. Man streift nicht nur darum, ob der Eintritt Millerands in die Regierung unter den gegebenen Umständen notwendig und nützlich sei, sondern darum, ob sich der normale Weg zur Macht des Proletariats überhaupt in der Weise vollziehen werde und müsse, daß ein, dann zwei und schließlich noch mehr sozialistische Minister in ein bürgerliches Ministerium eintreten.

Dieses Problem bildete die Hauptfrage, die der Pariser Internationalen Kongreß 1900 beschäftigte. Es sollte nicht den konkreten Fall Millerand erübeln, sondern die Frage der Teilnahme von Sozialisten an einem bürgerlichen Ministerium überhaupt.

Die Kommission, der die Frage zugewiesen war, gab mir den Auftrag, eine Resolution zu verfassen. Sie wäre sehr einfach gewesen, wenn es sich bloß um

den Fall Milverand gehandelt hätte. Dessen Vorgehen lehnte ich entschieden ab.

Aber durften wir jeden Eintritt von Sozialisten in ein bürgerliches Ministerium unter allen Umständen verpönnen? Dagegen kamen mir schwere Bedenken. Daher schlug ich folgende Resolution vor, die mit einem von Pichanow beantragten Zusatz auch angenommen wurde:

Die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat kann in einem modernen kapitalistischen Staat nicht das Ziel eines bloßen Handstreichs sein. Sondern nur den Abschluß einer langen und mühevollen Arbeit der politischen und ökonomischen Organisation des Proletariats, seiner physischen und moralischen Regenerierung und der schrittweisen Eroberung von Mächten in Gemeinwesen und Gesellschaften und schließlich der Herrschaft über alle.

Über die Erhebung der Regierungsgewalt kann dort, wo sie untrüffelt ist, nicht zweifelhaft erfolgen. Der Untrüfflichkeit einzelner Egoisten in ein allgemeines Ministerium ist nicht als der normaler Beginn der Erhebung der politischen Macht zu betrachten, sondern kann sie zu einem selbständigen und unabhängigen Reichthum in der Zwangsbefugnis sein.

Da in einem gegebenen Falle eine solche Drogenfrage vor handen ist, das ist eine Frage der Latenz und nicht des Prinzipals. Darüber hat der Kongreß nicht zu entscheiden, ob er auf jenen Fall zum dieses gefährlichen Ex periment nur dann von Seiten sein, wenn es von einem geschilderten Staatsoberorganisations geßichtig wieb und der sozialistische Charakter der Mandat der Partei ist und Klebe.

Wo der sozialistische Minister unabhängig von seiner Partei wirkt, wo er ausfällt, der Mandatar seiner Partei sein, da wird kein Eintritt in das Ministerium aus einem Mittel, das Proletariat zu stärken, ein Mittel, es zu schwächen, aus einem Mittel, die Erhebung der politischen Kraft zu fördern, ein Mittel, sie zu verdrängen.

Den nun folgenden Schlusssatz bildete **Blech a n o m s**
Antrag:

Der Kongress erklärt, daß ein Sozialist ein bürgerliches Ministerium verlassen muß, wenn die organisierte Partei erklärt, daß es Parteilichkeit im ökonomischen Kampf zwischen Kapital und Arbeit bewiesen hat.

Ich hielt diesen Zusatz für eine überflüssige Wiederholung, da ich bereits in meinem Text das Verschleichen des Sozialisten im Ministerium von der Zustimmung der organisierten Partei abhängig gemacht hatte; oder das war kein Grund, sich der Unterstreichuna dieses Grundgesetzes zu widersetzen.

Zules wurde dagegen brachte eine Gegenresolution ein, die „jede Teilnahme der Sozialisten an bürgerlichen Regierungen unterlag, denen gegenüber die Sozialisten auf dem Standpunkt unabgänger Opposition stehen bleiben müssen“.

Meine Resolution wurde mit 29 gegen 9 Stimmen (jede Nation hatte 2 Stimmen) angenommen. Jules Guesde hatte selbst das Recht, seine eigene Resolution selbst umzusetzen und einem bürgerlichen Ministerium beizutreten. Dagegen bin ich in der Lage, heute noch auf dem Boden der Portier Resolution stehen zu können, den ich nie verlassen habe.

3. Die Koalitionen nach der Revolution.

Das Problem des sozialistischen Ministerialismus hat sich heute etwas vergrößert. Niegends handelt es sich mehr um den Eintritt eines einzelnen Sozialisten in ein sonst rein bürgerliches Ministerium. Die Sozialisten sind heute vielsach die stärkste Partei im Parlament geworden, jedoch noch nicht so stark, daß sie allen anderen Parteien zusammen überlegen wären. Daraus, ja müssen sie nicht unter solchen Umständen trachten, mit einer ihnen nachstehenden Partei eine Koalition zu bilden, in die sie nicht bloß einen oder zwei vereinzelte Minister entsenden, von der ihrer Partei unabhängig sind, sondern in der sie der bürgerlichen Partei ebenbürtig gegenüberstehen als Mandatäre ihrer Partei?

So verschieden die Frage dadurch geworden ist, glaube ich doch, daß meine Resolution auch unter den geänderten Umständen zutrifft. Nach wie vor halte ich ein Zusammenarbeiten von Sozialisten mit bürgerlichen Elementen in einer Regierung für ein gefährliches Experiment, das man auf keinen Fall suchen, sondern vielmehr nach Möglichkeit meiden soll. Doch zeige mir

die historische Erfahrung und das Durchdringen aller künftigen Möglichkeiten, daß Zwangslagen eintreten können, in denen für eine sozialistische Partei die Zusammenarbeit mit bürgerlichen Elementen in einer gemeinsamen Regierung des kleinsten Übels zur Wehrge größer wird.

Inzwischen sah ich bis zum Kriege praktisch nirgends eine solche Zwangslage eintreten, ich war bis dahin gegen jeglichen Kontakt mit „Ministerialismus“.

Der Krieg brachte jedoch eine gewaltige Hemmung, wenigstens für die besiegten Länder. Überall brach dort die alte Staatsgewalt zusammen, fiel die Herrschaft im Staate zunächst den sozialistischen Parteien zu, die in den politischen Zentren überwiegen. Aber nirgends noch war die Sozialdemokratie stark genug, um als Mehrheit im Lande die Weimarer Verfassung zu beschreiben. Sie sah sich überall vor die Alternative gedrängt, entweder als Minderheit die Mehrheit politisch zu unterdrücken und durch die Mittel des Belagerungsstandes niederzuhalten; die Idee der Rätediktatur. Oder aber sich mit einer der bürgerlichen Fraktionen, mit denen sie manche Interessen gemein hatte, in einer Koalition zu vereinigen. Wollte sie weder das eine noch das andere, dann mußte sie die ganze Verfassung über den staatlichen Apparat, die sie errungen, den bürgerlichen Gegnern zur beliebigen Anwendung überlassen.

Die Rätediktatur war nur durchführbar in einem völlig rückständigen Lande, also in einem Lande, dem alle Vorbereitungen für einen demokratischen Sozialismus fehlten, in dem höchstens ein Sozialismus nach dem Muster des Staates möglich ist, den die Jesuiten im 18. Jahrhundert in Paraguay aufgestellt hatten; in einem Lande, in dem die Bauernschaft eben die patriarchalische Struktur bewahrt und noch nicht gewohnt ist, am staatlichen Leben teilzunehmen. Indes, trotz aller Rücksichtslosigkeit, ist auch das bolschewistische Regime keine reine Proletariatsregierung. Selbst in Rußland muß der „Rätebank“ dem Bauerntum Konzessionen machen.

In Westeuropa ist eine Rätediktatur heute nicht mehr möglich; findet hier ein sozialistisches Regime nicht eine Mehrheit sozialistischer Wähler hinter sich, dann muß es, will es nicht abhandeln, sich zu einer Koalition verstehen. Eine solche wird möglich mit Elementen, die zum mindesten ein Interesse an der Demokratie, an der Zurückdrängung der Herrschaft der Bürokratie durch die Selbstverwaltung, an der Aufhebung des Militarismus haben und durch die Sozialisierung der großen Industrien in ihren Interessen nicht verletzt, ja sogar gefördert werden. Das tritt dann ein, wenn die sozialisierten Industrien produktiver sind als die kapitalistischen, also zum Beispiel der Bauern für die gleiche Menge landlicher Produkte mehr industrielle Waren als ebenem liefern.

Nach einer solchen Koalition wird immer ihre großen Mängel haben, wird natürlich nie für das Proletariat so viel leisten können wie dessen Alleinherrschaft. Aber wenn diese nicht möglich ist, oder nur in Formen, die das ökonomische Leben ruinieren und das Proletariat als herrschende Klasse korrumpieren und das tut auf die Dauer jede schamlose Gewaltherrschaft — dann bleibt nur die Koalition als kleineres Übel übrig, wenn der völlige Verzicht auf die Macht das größere wäre.

Damit ist jedoch nur gesagt, daß man in unseren Tagen nicht jede sozialistische Teilnahme an einer Koalitionsregierung von vornherein unbedenken gleich als Verzicht auf den Klassenkampf, als Harmonisierung, als Verrat an Sozialismus bezeichnen darf. Aber ebenso falsch wäre es umgekehrt, jede Koalitionsregierung von vornherein in Schutz zu nehmen und als Notwendigkeit zu preisen.

Die Überwindung der Gefahren einer Koalitionsregierung für die an ihr teilnehmenden Sozialisten erfordert deren höchste geistige Kraft und Selbständigkeit. Sind die Sozialisten den bürgerlichen Teilnehmern an der Koalition geistig nicht gewachsen, stehen sie hinter ihnen zurück an Fähigkeit und Wissen oder lassen sie sich von ihnen einschleichen und terrorisieren, dann hört die Koalition auf, ein Mittel proletarischer Machterhaltung zu sein, dann wird sie ein Mittel, das Proletariat zu unterdrücken; sie nimmt den Sozialisten dann die Kraft und Fähigkeit, dieser Unterdrückungspolitik zu opponieren, macht sie vielmehr zu Mitgeschulden, raubt ihnen dadurch das Vertrauen des Proletariats. Die Kraft der Regierungssozialisten wird dadurch unterhöhlt; dafür wächst in den unzufriedenen proletarischen Schichten die Aufnahmefähigkeit für die Einflüsse von Demagogen und Abenteuerern. So wird auf dem verschiedensten Wege das Proletariat gespalten und geschwächt.

Der Verzicht auf die Staatsgewalt, der geschlossene Übergang in die energische Opposition verleiht in einem solchen Falle den Sozialisten und dem Proletariat mehr wirkliche Kraft und Macht im Staate als das Verbleiben in der Regierung, das unter den gegebenen Voraussetzungen am langsamsten Selbstmord wäre.

So sehr daher seit der Revolution die Zahl der Staaten sich mehren, in denen eine Zwangslage für die Teilnahme von Sozialisten an einer Koalition eintrat, so dringend notwendig ist es in jedem einzelnen Falle, von Anfang an und immer wieder von neuem aufs strengste zu prüfen, ob die Übel der Koalition nicht größer sind als ihre Vorteile.

Der christlichsoziale Königsplan.

Der Plan, den die Christlichsozialen zur Lösung der Regierungskrisis angesetzt haben, wird allmählich erkennbar. Am Morgen erklärte die „Reichspost“, die Enttäuschung derjenigen, die an das „Beamtensabine“ als Übergangsregierung nicht glauben, werde um so größer sein. Nachdem die Christlichsozialen aber vernommen hatten, daß die Sozialdemokraten entschlossen sind, dieses „neutrale“ Kabinett als eine „bürgerliche Sache“ zu betrachten und zu handeln, meint dieselbe „Reichspost“, daß „für die Notwendigkeit einer solchen Übergangsregierung“ in erster Linie — die Sozialdemokraten verantwortlich sein werden und daß es ein „plumpes Manöver“ sei, eine solche Regierung einfach als bürgerliche Koalitionsregierung der Christlichsozialen und Großdeutschen hinzustellen. An sich eigentlich hienach: für eine Regierung, die sie nicht wählen werden, die Sozialdemokraten als verantwortlich zu erklären und die Koalition, die diese Beamtensregierung ersunden hat, sie wählen und sie unterstützen wird, leiznen zu wollen! Das „schamlose Manöver“ wird ja zusehbar werden; die Sozialdemokraten werden gegen eine Regierung, die der Bund von Christlichsozialen und Großdeutschen gestiftet hat, ganz selbstverständlich Mann für Mann stimmen; und wenn der Bund, der da am Werke ist, der Republik eine Regierung aus den ehemaligen 1. Beamten befehrt haben wird, was er, da er im Hauptauschuss und in der Nationalversammlung über die zahlenmäßige Majorität eben verfügt, natürlich imstande ist, was er aber nur mit seinen eigenen Schritten zu bewerkstelligen haben wird, so wird die Beamtensregierung“ als die Regierung der Koalition von Christlichsozialen und Großdeutschen erkannt sein. Es wird also in aller Form eine Übergangsregierung gegen die Sozialdemokratie sein; und davon, und nur davon, wird das Verhältnis der Sozialdemokratie zu ihr bestimmt werden.

Die guten Christlichsozialen stellen sich so an, als ob sie im Mittelpunkt der Sozialdemokraten nicht verstanden, und wir allerdings schon sehr der Meinung sind, daß sie sich dabei verstellen. Die Sozialdemokraten erkennen selbstverständlich das Recht der bürgerlichen Koalition an, ihre zahlenmäßige Macht zu gebrauchen; dazu gelangen wir schon aus unserer Auffassung von der Demokratie, die das Recht der Mehrheit eben nicht bestreitet. Aber weil die Sozialdemokraten der bürgerlichen Koalition das Recht nicht bestreiten, sich als Mehrheit zu installieren, bedeutet das natürlich nicht, daß wir verpflichtet wären, die Herrschaft dieser Mehrheit zu respektieren, also daß wir nicht berechtigt seien, gegen die Ausübung dieser Herrschaft das volle Maß unseres Widerstandes lebendig zu machen. Wenn die Mehrheit das Recht hat, zu herrschen, so hat die Minderheit das Recht der Opposition; und das Ausmaß dieser Opposition werden sich die Sozialdemokraten ganz selbstverständlich nicht von den Bedürfnissen der bürgerlichen Koalition, die eine Koalition gegen sie ist — denn in Wahrheit enthält die Forderung nach Einsetzung eines Beamtensabine als Herr die Forderung, daß in der Übergangszeit“ die Sozialdemokraten von der Regierung ausgeschlossen zu sein haben — werden sich die Sozialdemokraten nicht von den Koalitionen bestimmen lassen, sondern das Maß werden sie von ihren eigenen Notwendigkeiten abzulesen. Die Christlichsozialen können zu meinen, es reiche aus, daß sie die Notwendigkeit einer solchen „Übergangsregierung“ verstanden — wobei wir die „Kulnräume“, von denen das Christlichsoziale Blatt behauptet, daß in allen „in solchen Fällen“ der Ausweg eines Beamtensabine, „ablich“ sei, doch kennen lernen möchten; er ist nämlich nirgends ablich — daß ihre Verantwortung um eben auch für die Sozialdemokraten bindend zu sein habe. Also wir seien verpflichtet, den Wünschen und Einsätzen der Christlichsozialen Rechnung zu leisten, einer von ihnen konstruierten Notwendigkeit widerspruchslos zu huldigen. Einfaß! Kindisch! Also wenn die Christlichsozialen erklären, von irgend etwas könne keine Rede, und von anderen behaupten, daß nur dieses in Betracht gezogen werden könne, so habe, meinen die Christlichsozialen, die Sache auch für die Sozialdemokraten als entschieden an gehen, und sie haben sich dem, was die Herren Christlichsozialen in Betracht gezogen haben, ohne Widerrede zu unterwerfen. Nämlich es nicht bloß als den Ausdruck einer augenblicklichen zahlenmäßigen Tatsache hinzunehmen, sondern es als eine Notwendigkeit zu betrachten, der gegenüber sie sich jedes Störungsversuches zu enthalten haben! Genau betrachtet, meinen die Christlichsozialen, daß wir gegenüber ihrer Regierung, der Regierung der bürgerlichen Koalition, sozusagen die Pflicht der Unterstützung haben, daß wir deren Installierung wenigstens passiv zu fördern hätten, und sie erwarten, daß wir das wirklich tun werden, daß diese Regierung gegen uns mit unserer wohlwollenden Unterstützung versehen und von unserer wohlwollenden Förderung begleitet sein werde! Also scheint ihr Plan zu sein, was wir nur, und wirklich ohne Käser und Leiden-

schaft, zu sagen haben: Da dürfen sich die Koalitierten schon gründlich irren!

Überhaupt die Vorstellung, daß die Koalitierten uns nicht bloß so eine Beamtensregierung, eine Regierung von Beamten — wahrscheinlich, die der Republik nicht gut tun, auszuwählen könnten — das können sie natürlich —, sondern daß sie uns auch zur Duldung, Förderung, Unterstützung dieser Regierung — vielleicht, weil die neugeborene Koalition nicht einmal der Majorität bei der Einsetzung der Regierung sicher ist, vielleicht schon bei dem Geburtsstich — verpflichten könnten, immer im Namen der von ihr erkundeten und verfügbaren „Notwendigkeit“, diese Vorstellung ist einfach grotesk, und wirklich eine Zumutung, die schon an die politische Ehre greift. Wir wiederholen: Sie sollen es doch probieren! Aber indem wir Sie dazu einladen, haben wir selbstverständlich keine Verpflichtung — ausgebreitet, ihnen diese Probe zu erleichtern. Wir natürlich können die „Probe“ erdehren, weil wir ja vorweg wissen, daß man ohne Sozialdemokraten, wie überall, auch in unserer Republik nicht, nicht regieren kann. Die Christlichsozialen scheinen das nicht zu wissen; also mögen sie durch Erfahrung klug werden. Aber daß wir ihnen helfen sollen, zu beweisen, daß man ohne Sozialdemokraten regieren kann, worauf das Gerücht von unserer Pflicht, ihre „Beamtensregierung“ unterstützen zu müssen, im Grunde hinausläuft, ist doch ganz widersinnig. Sie mögen es also probieren; die Sozialdemokraten aber werden sich anstrengen, diese „Probe“ eben rechtlos zu gestalten. Wir hatten geglaubt, daß die Christlichsozialen klug genug sein werden, sich das alles selbst zu sagen. Da es aber bei ihnen im Augenblick an dieser Einsicht zu fehlen scheint, so rosten wir es ihnen rechtzeitig und deutlich gesagt haben.

Die ungarischen Orenellaten.

Ein Mann, der in den letzten Monaten in Budapest lebte, erzählt uns:

In der Nacht vom 6. auf den 7. d. ging ich mit einigen Freunden durch die Brennstadt. Plötzlich hielten wir still, die aus der Richtung des Reiches kamen, der sich in der Brennstadt befand. Wir wollten helfen, als wir aber sahen, daß beim Leiche eine große Gruppe von Soldaten, die die Brennstadt besetzten, waren, aus deren Mitte die Brennstadt kamen, wollten wir es nicht, nicht zu gehen. Am nächsten Morgen wurde aus dem Leiche der Leichnam des Reichsfürstlichen Königs geholt. Die Leiche lag entsetzlich auf, der Körper war voll Wunden, die anscheinend von Bajonettschüssen herrührten, der Bauch war aufgeschlitten. Ich habe in die Nacht, kurz bevor die Brennstadt zu hören war, mit einem Gefolge, und wurde, daß er einen Weg an dem Leich, wobei ich mich nicht. In einigen Budapestern Leichen war dann zu sehen, daß König von „unheimlichen Elementen“ überfallen und getötet worden sei.

In der Nacht zum 10. d. sah ich in der Brennstadt, wie einige „Erwachende“ einen jungen Mann mißhandelten. Sie zwangen ihn, die Hufe anzulegen, sich auf den Boden zu legen und Gas zu essen. Als er nicht essen wollte, zwangen sie ihn dazu durch Stebe, die sie ihm mit Schlägen in die Kehle schlugen. Niemand wagte es, sich einzumischen. Der Mann wurde solange geprügelt, bis er sich machig war. Natürlich wurde er von den Soldaten auch ausgegraut.

Wenige Wochen ging ich in der Nacht vom 9. auf den 10. d. mit vier Leuten nach Hause. Wir wurden von einer Patrouille aufgehalten. Es waren zehn bewaffnete Soldaten, die von vier Offizieren geführt wurden. Die Patrouille sagte einem hängenden Verhafteten mit sich. Die Offiziere fragten uns nach unseren Aufzeichnungen. Ich und ein zweiter konnten die Scheine vorweisen, wurden aber trotzdem gezwungen, uns die Scheine zu zeigen. Am nächsten Morgen wurden mehrere Tausend und nahmen nur 1700 Kronen weg. Drei von unserer Gruppe waren Juden, die runden verhaftet und weggeführt. Von ihnen“ erfuhr ich später, was sich nach ereignete. Alle Verhafteten wurden in eine Kaserne geführt, wo sie von Wachschaltern solange mit Prüdeln geprügelt wurden, bis sie gut am Boden lagen. Als sich die Verhafteten endlich wieder erheben konnten, wurden sie, nachdem man ihre Beisachen genommen hatte, mit Fußketten aus dem Hofenort gejagt. Einer von dem Hofenhandeln, ein Kellner, den ich kenne, liegt noch jetzt im Spital.

Ich hatte in meiner Wohnung in meinem Reichsfürst 1000 Mark und 250 hiesige Kronen. Als ich nach einer mehrtägigen Abwesenheit wieder in meine Wohnung kam, erfuhr ich von mehreren Wohnungsgesellen, es sei ein Brauchsalbaten und Detektivs dagewesen, hatten meinen Koffer durchsucht und das Geld mitgenommen. Als ich mich darüber bei der Kommandostelle der Brauchsalbaten in der Reichsfürst beklagte, gab ein Offizier die Durchsuchung an und schickte mich zu einem militärischen Stadthauptmannschaft. Dort sagte man mir, von der Brauchsalbatenstadtverwaltung sei an die Stadthauptmannschaft das Gesuch gestellt worden, bei mir eine Durchsuchung vornehmen zu dürfen. Die Stadthauptmannschaft benötigte aber dieses Gesuch nicht, mit der Begründung, daß jeder Einwohner, sei er ein Ausländer, wenn er nicht Handel mit Saluten treibe, in seiner Wohnung eine größere Menge Geldes im fremden Saluten haben dürfe. Die Brauchsalbaten hatte, wahrscheinlich auf eine Demütigung hin, auf eigene Faust die Durchsuchung bei mir vornehmen lassen. Das Geld erhielt ich nicht mehr.

Das Todesurteil gegen Revay.

Wie gemeldet wird, hat das in Wien befindliche Internationale sozialistische Büro der Völker und Völkern-

Arbeiter-Zeitung

Zentralorgan der Sozialdemokratie Deutschlands.

Erscheint täglich um 6 Uhr morgens, Montag um 2 Uhr nachmittags.

Bezugsbedingungen

Der Blatt...
Einzelhefte...
Abonnement...
Einzelhefte...
Abonnement...
Einzelhefte...
Abonnement...
Einzelhefte...
Abonnement...
Einzelhefte...
Abonnement...

Verantwortlicher...
Verlag...
Druck...
Verlag...
Druck...

Nr. 130.

Wien, Freitag, 13. Mai 1921.

XXXIII. Jahrgang.

Zweiterlei Maß.

Erst am 15. Februar sind die Gültertarife der Staatsbahnen um die Hälfte erhöht worden. Aber schon heute hat die christlichsozialistische Regierung vom Hauptauschuß abermals die Erhöhung der Erhöhung der Eisenbahntarife verlangt und die bürgerliche Mehrheit des Hauptauschusses hat sich bereit, sie ihm zu gewähren. Nicht nur die Christlichsozialen haben die Erhöhung bewilligt; auch die Großdeutschen haben die Gelegenheit benützt, gleich den Beweis zu liefern, daß ihr Theatendebüt nicht die verzerrte Balladebefragung ihre Ergebenheit für die schwarze Regierung nicht stört. Und doch ist, was die Regierung nun verordnen will, wirklich keine Kleinigkeit. Bisher wurden die Verionenttarife auf den Staatsbahnen vom 1. Juni an mit einem Schlage um hundert Prozent, also auf das Doppelte erhöht. Diese sprunghafte Erhöhung trifft alle Eisenbahnpassagiere ohne Unterschied; auch für die Streckenarten der Arbeiter und Angestellten wird keine Ausnahme bewilligt. Zugleich werden aber auch die Gültertarife bedeutend erhöht. Bei der letzten Erhöhung hat der Hauptauschuß auf Antrag unserer Genossen beschlossen, den Transport von Lebensmitteln, Rohle und Brennmaterial von der Tarifserhöhung auszunehmen. Diesmal wird diese Begünstigung nur noch wenigen Warengruppen — Brot, Milch, Gemüze, Kartoffeln, Obst — gewährt. Die anderen Lebensmittel, die Rohle, das Brennholz werden durch die Erhöhung der Frachttarife verteuert. Nicht weniger als 50 Millionen Kronen will die christlichsozialistische Regierung mit dieser Tarifserhöhung aus anderer Weltwirtschaft herauspressen.

Die Regierung begehrt die Verteuerung des Eisenbahnverkehrs mit der Erhöhung der Selbstkosten. Die Rohle und alle Betriebsmittel sind in den letzten Monaten teurer geworden; den Eisenbahnern mußten im März neue Zuwendungen gemacht werden. So ist das Jahresdefizit der Staatsbahnen nun schon auf 15 Millionen gestiegen; einen Teil dieses Defizits will die Regierung durch die Erhöhung der Tarife decken. Die bürgerlichen Parteien finden das selbstverständlich. Sind die Ausgaben gestiegen, so müssen auch die Einnahmen erhöht werden; die Eisenbahn muß ihre Selbstkosten decken, sie kann nicht jedem Fahrgast eine Subvention aus öffentlichen Mitteln gewähren, auf jedes Frachtgut berechnen. Aber, mit Verlaub, erkennen die bürgerlichen Parteien diesen Grundgedanken auch sonst an? Die Selbstkosten der Wiener Straßenbahn sind ebenso schnell gestiegen wie die der Staatsbahnen. Aber dieselben Parteien, die es selbstverständlich finden, daß die Staatsbahnen den Fahrpreis mit einem Schlage um hundert Prozent erhöhen, haben sich ereifert und entrüstet, als die Wiener Straßenbahn den Fahrpreis um vierzig Prozent erhöht hat. Und dieselben Parteien, die es ganz natürlich finden, daß der Staat durch die Erhöhung der Frachttarife Getreide und Mehl, Vieh und Fleisch, Fett und Zucker, Rohle und Brennholz verteuert, sind entrüstet darüber, daß die Gemeinde Wien durch eine Zugabsteuer aus den Vergütungen der Reichen eine Einnahme schöpfen will.

Daß die Christlichsozialen die Steuer- und Tarifpolitik ihrer Regierung mit anderem Maße messen als die Finanzpolitik der ihnen so verhassten sozialdemokratischen Gemeindegewalt, ist schließlich zu verstehen. Interessanter ist, daß aber nicht anders als die „Christlichsozialen“ auch die „liberalen“ Parteien mit zweierlei Maß messen. Naive Gemüter denken glauben, daß die Christlichsozialen Regierung der Preß des jüdischen Großkapitals nicht allzu sympatisch sein könne; und doch die Christlichsozialen, wie sie allezeit verkündet, eine antisemitische, antiparlamentarische Partei. Aber laßt man sich Raum jemals hat die Wiener- und Kontpreß eine Regierung dermaßen propagiert wie die Regierung der „antisemitischen“, „antiparlamentarischen“ Christlichsozialen. Wenn die Gemeinde Wien den Straßenbahntariff um zwei Kronen erhöht, läßt die Wiener-Preß ihre Geheulen erheben, daß der Energieaufwand, der uns die Fahrt auf der Straßenbahn erspart, uns nun schon teurer komme als die Energiemenge, die wir in Gestalt an Erdäpfeln oder Brot dem Körper zuführen müßten, um den Weg ohne Energieverlust zu Fuß zurückzulegen. Aber, wenn Herr

Michel Mayr die Eisenbahnfahrpreise um hundert Prozent erhöht, dann wird Herrbert Mayers Energiegesetz nicht strapaziert. Wenn die Gemeinde Wien den Zugabsteuer erhöhen will, dann entsteht die Schieberpreß der Bedenke, daß der Preß von Bierblumen und Rosenkranz, von Juwelen und feinen Pelzen um fünfzehn Prozent erhöht werden könnten; wenn aber die Christlichsozialen Regierung die Kosten der Zufuhr der unentbehrlichsten Lebensmittel, der notwendigsten Rohstoffe erhöht, dann hat die „liberalen“ Preß kein Wortchen dagegen zu sagen.

Als die Regierung Mayr ein Steuerprogramm ausgearbeitet hat, um es der Finanzkommission des Bürgerbundes vorzulegen, und die Delegierten des Bürgerbundes das Urteil der Parteien über dieses Steuerprogramm hören wollten, haben sie die sozialdemokratischen Abgeordneten abgelehnt, diesem christlichsozialen Steuerprogramm zuzustimmen und sich zur Mitwirkung an seiner Verwirklichung zu verpflichten. Darob war die liberalen Preß ganz erbittert. Die Staatsentnahmen zu erhöhen, den Staatsbankrott ins Gleichgewicht zu bringen, die Notenpreß stillzusetzen, sei patriotische Pflicht; also sei es unantastbar, daß die Sozialdemokraten nicht bereit seien, dem Bündel von Massenverdrängungen, das die christlichsozialen Regierung vorbereitet hat, zuzustimmen. Ein paar Tage später erfährt die liberalen Preß, daß die Gemeinde Wien eine weitere energische Anstrengung macht, ihre Einnahmen zu vermehren und ihren Verschuldung in Ordnung zu bringen, damit sie nicht an den Staat, an die Notenpreß appellieren müsse. Freilich, die Gemeinde Wien will nicht nach christlichsozialen Rezept den Massenverbrauch, sondern den Konsumkonsum besteuern. Und sofort hören wir ein anderes Lied! Nun ist die Wiederherstellung des Gleichgewichts in den öffentlichen Haushalten kein Notwendigkeit mehr, die Bewilligung neuer Steuern nicht mehr patriotische Pflicht. Massenverdrängungen für die christlichsozialen Regierung — selbstverständlich! Konsumsteuer für die sozialdemokratische Gemeinde — nein, nein!

Es ist nicht ganz interessant, den Eifer der Schieberpreß für die christlichsozialen Regierung mit der Schieberpreß gegen die sozialdemokratische Gemeindegewalt zu vergleichen? Und gibt diese Beobachtung nicht lehrreichen Aufschluß sowohl über die Psychologie des jüdischen Großkapitals wie über das wahre Wesen der „antisemitischen“ christlichsozialen Partei? Man ist wirklich versucht, das bekannte Wort des alten Schönerer zu variieren: Ob Jude, ob Christ ist einerlei; in der Klasse liegt die Schweinerei!

Paul Levis Weg.

Von R. Rautsch.

Über den Hauptinhalt der Broschüre Levis, betitelt „Unser Weg wider den Antisemitismus“, ist bereits genügend gesprochen worden. Es wird kaum eine Parteilichkeit gegeben haben, die nicht aufdringlich von seiner Kennzeichnung der Ksplosigkeit und Gemeinheitslosigkeit der Reiter des deutschen Kommunismus und der Unheiligkeit Moskaus Notz genommen hätte.

Indes die Broschüre Levis enthält noch eine andere Seite, weniger wichtig als jene, aber doch auch von Interesse: neben der negativen die positive Seite, den Hinweis auf die Politik, die Levi selbst für notwendig hielt. Er ist ganz sicher der schärfste Vertreter des deutschen Kommunismus. Seine Auffassung stellt das Maximum an Vernunft dar, dessen der deutsche Kommunismus fähig ist. Sehen wir zu, wie viel das bedeutet.

Levi überreicht seine politischen Genossen in der Erkenntnis, daß eine revolutionäre Aktion des Proletariats ausbleiben wird, wenn sie der Masse des Proletariats ausgemangelt werden muß und nicht von begeisterten Drang seiner überwindenden Mehrheit getragen wird. Er weiß sogar, daß die Vertreibung der Mittelschichten an solcher Aktion ein sehr wichtiger Faktor ist, daß es also nicht bloß auf die Masse des Proletariats, sondern auf die Masse des Volkes ankommt. Endlich weiß er auch, daß die Vorbereitungen für eine revolutionäre Aktion nicht willkürlich geschaffen

werden können, sondern aus den Verhältnissen entspringen müssen.

Doch der Mensch bleibt nur der Vater des geistlichen Gedankens.

Und so kam er dahin, schon im März die Bedingungen für eine revolutionäre Aktion zu entwerfen. Sie wurden nach seiner Meinung gegeben durch die Forderungen der Güte an Deutschland, die den Bruch im Westen und den von Westen drohenden Hunger wahrscheinlich machten (Korbe zur zweiten Auflage, Seite 10). In diesem Moment brauchte man noch Levi bloß die richtige Parole auszusuchen und sie mußte die Massen mit sich reißen und eine gewaltige Aktion entfesseln. An Stelle des Rufes steht Levi die Parole als volksbewegenden Hebel der revolutionären Aktion.

Nun kann ja unter Umständen eine Parole, ausgehend von einer Partei, die das Vertrauen der Massen genießt, die Rolle des Fühlers im Führerspielen, wenn sie ausspricht, was bringendes Bedürfnis der Bevölkerung geworden ist, von ihr heftig erlieht wird.

Welches war die Parole, der Levi im März eine solche Handkraft zuschrieb? Es war die eines Bandnisses mit Sowjetrußland. Er meint, die Massen, ab kommunistisch oder nicht, sogar bürgerliche Elemente, hätten sich von der Entzweiung drängt, mit Begeisterung in die Arme Sowjetrußlands gestürzt — wenn jemand sie darauf aufmerksam gemacht hätte!

Nun hatte freilich die Zentrale der D. R. P. D. in einem Aufsatze am 4. März ebenfalls ein Schuh- und Truhbüchlein mit Sowjetrußland verlangt, aber gleichzeitig auch den kommunistischen Aufbau und den Sturz aller Bourgeoiseregierungen. Durch diese Zusammenstellung, meint Levi, verlor die Forderung des Bandnisses jede konkrete Bestimmtheit, sie hörte auf, als Rettungsmittel in der gegebenen Situation zu erscheinen, und wurde nebelhaft.

Und doch hätte die Parole auch in diesem Zusammenhang die größte Wirkung haben müssen, wenn sie nur das ausgesprochen, was die Masse bereits empfand.

Aber das war nicht der Fall, und zwar aus sehr triftigen Gründen. Levi macht nicht den mindesten Versuch, zu zeigen, wie Sowjetrußland der deutschen Republik in ihrer jetzigen Bedrängnis helfen könnte. Der Beweis wäre ihm auch schwer gefallen.

Levi spricht von dem von Westen drohenden Hunger, vor dem uns Rußland schützen sollte. Ja, weiß er noch immer nicht, was schon die Spoken — und darunter sehr kommunistisch — von den Dächern pfeifen, wie sehr die Bandnistät und das Eisenbahnwesen Rußlands ruiniert sind? Weiß er nicht, daß das Land nicht einmal imstande ist, die eigenen Städte ausreichend zu versorgen, geschweige denn Lebensmittel auszuführen? Und wie mit den Lebensmitteln steht es mit Rohmaterialien und Stoffen. Auf der anderen Seite könnte Rußland deutsche Produkte, Metalle und Textilwaren, sehr gut brauchen, aber es vermag sie nicht zu bezahlen. Es wird daher der deutschen Arbeitslosigkeit ebenfalls abhelfen wie dem deutschen Mangel an Brot. Wir müssen natürlich für den unbefruchteten Handel mit Rußland sein, aber nicht deswegen, weil wir sofort goldene Bege davon erwarten, sondern weil dies eine unerlässliche Voraussetzung bildet, Rußland wie seine Nachbarn auf den Weg zu bringen, um sich allmählich aus dem Sumpf herauszuheben, in den sie geraten sind. Eine weilschauenbe Politik muß die Entmischung des Handelsverkehrs mit Rußland möglich fördern. Für unsere augenblicklichen Notstände aber bringt er keine Abhilfe.

Im übrigen beharrt er auf Verbeizung dieses Verkehrs seines Bandnisses, sondern bloß des Friedenszustandes und eines Handelsverkehrs. Levis ist, wenn auch nicht gerade in der vollkommensten Weise, bereits erreicht. Ein Land mit zwei Staaten dagegen hat stets militärischen Charakter. Es verliert die eigene militärische Kraft durch die eines Freundes, damit beide zusammen ihr Gewicht in die Waagschale zu werfen vermögen. Das braucht nicht zu kriegerischen Zwecken zu geschehen, stets aber bildet die Erhöhung der militärischen Bedeutung des eigenen Landes des Zweck eines Bündnisses.

Deutschland, die Königs-Kindergrube.
 In seine schauende Wändergrube.

Unter den zahlreichen Mördergruben, die sich während des Nachwirkens des Krieges in Europa gebildet haben, ist Deutschland eine der schlimmsten geworden. Es räuspert sich neben Ungarn. Aber schließlich, Preußen marschiert an der Spitze der Mördertruppe, unter seinen politischen Mördern finden sich nicht bloß Freischütze und Jäger, sondern auch die Führer der Wissenschaft, angeführt durch Olshausen, der Gerechtigkeit und Ordnung, durch Universitätsprofessoren, Richter und höhere Beamte, sowie auch durch Gelehrte, wenigstens protestantische. Vergebens sucht man der Familie der Wundt-Grube, die mit der Abschaffung Viehsteuern und Rosa Luxemburgs begannen, ein beschönigendes Härtelchen zuzumischen, indem man sie auf eine Stufe stellt mit den Taten eines Wilhelm Tell, eines Sand, der den russischen Spigel-Regime eine, einer Sophie Perovskaja und anderer Räppler dieser Art. Deren Taten geschähen im Aufstand gegen eine furchtbare Uebermacht, die Gottlosigkeit jede freie Bewegung im Volke unterdrückte, auch nicht die leiseste Regung einer Opposition duldete. Darnach hatten wir Melpet oder Bergenien, wie in so furchtbaren Situationen zu Verzweiflungstaten selbst haben, wie die Taktik des individuellen Terrorismus, der tropfen abgefeilt. Die russischen Terroristen aus der Zeit um 1880 herum erklärten selbst feierlich, ihre Taktik könne nur gerechtfertigt werden als Abwehr der blutigen Niederhaltung des Volkes und sie werde verbrecherisch in einer Demokratie. Schaubern protestierten sie gegen die Maut, als im November 1881 in den Vereinigten Staaten der Präsident Garfield von einem Fanatiker getötet wurde. In der deutschen Republik fand die monarchistische und deutschnationale Propaganda und politische Organisation bisher kaum irgendwelche Hindernisse. Im Gegenteil, in der Verwaltung, beim Militär

Was er Wahnsinn? War es Gift?
Wenn die Krause geschrien hätte, wie schreiend das kleine
Mädchen an dem Tode des geliebtesten Freundes war, konnte
sie gesehen haben, daß Händchen von Sünzger mitläuft, ist aus
ihnen alles gestiegen war auch daß die weißen Geirer, von
Sünzger verführt, sich erst dann dem kleinen Händchen angeschlossen,
indem sie ihn, lange beobachtet hatte, als er reglos und
stills vor ihr lag — wenn hätte sie wohl am liebsten gesagt:
er ist tot, denn Menschen, kein Sünzger! ...

Verbreitet die Arbeiter-Zeitung!

trag geben, daß die Bedingungen genau zu prüfen, unter denen Parteimitglieder ein Zusammenarbeiten mit Angehörigen anderer Parteien gestattet ist; so wird er notwendiger und fruchtbarer Arbeit leisten für die Einheit und Festigkeit der Partei.

Aber über all das hinaus ist diesem Parteitag ein besonderes, ein großer Auftrag gestellt: er soll das neue Parteiprogramm beschließen. Ein Programm gibt sich die Partei nicht alle Jahre. Ein Programm ist der Niederschlag von Jahren, ja Jahrzehnten des Kampfes, der Erfahrungen, der Opfer. Es ist zugleich der Ausdruck und der Begleiter für Jahre, ja Jahrzehnte neuer, kühner Kämpfe. Es ist ein Zeugnis des Selbstvertrauens der Hunderttausende, die in den namenlosen Mühen der täglichen Arbeit für den Sozialismus geworden, die Partei groß gemacht, die Macht der Arbeiterklasse aufgebaut haben. Es ist zugleich eine verbindungsstarke Verbindung neuer Generationen und künftiger Sieger. Mit dieser Aufgabe hebt sich der Parteitag hinaus über die wirtschaftliche Not des Tages, über die politische Spannung des Augenblicks; er lenkt den Blick auf die geschichtliche Sendung der Arbeiterklasse, auf die geschichtliche Größe der Sozialdemokratie, die die Partei der Zukunft ist.

Das neue Programm ist in unseren eigenen Reihen gründlich diskutiert worden. Es ist von unseren Gegnern, von rechts und von links, angegriffen und zerstückelt worden. Man hat es hüben und drüben mit dem alten Parteiprogramm verglichen. Ja, das Programm, das der Linke Parteitag beschließen soll, ist anders als das Programm von Gaisfeld und von Wien. In der Entwicklung der Arbeiterbewegung lassen sich drei Stufen des Aufstieges der Arbeiterklasse unterscheiden. Die erste ist die der Erweckung und Sammlung des Proletariats, das sich zum Klassenbewusstsein durchringt; das war das Programm von Gaisfeld. Die zweite ist die des Aufbaues der sozialdemokratischen Parteien, die zum geordneten Kampfe um die Rechte der arbeitenden Massen, um das Wahlrecht, um den Achtstundentag anzufragen; das bedeutete das Programm von Wien. Die dritte ist die des entscheidenden Aufstieges gegen die bürgerliche Herrschaft, des Kampfes um die Macht; das ist das Programm von Linz, das Programm der Machteroberung.

Die Linke von uns, die Kommunisten, können, daß wir in unserem Streben nach der Mehrheit, die uns die Macht im Staate geben soll, die proletarischen Grundfragen vernachlässigen; wir seien ganz von dem Gedanken an die dreihunderttausend Stimmen befallen, die uns zur Mehrheit fehlen. Die rechte von uns, die Bürgerlichen, setzen, daß wir, die demokratischen Grundfragen vernachlässigen, eine brutale Klassenherrschaft aufzurichten gedenken; wir seien im Grunde doch nur verkappte Sozialisten. Die Wahrheit ist, daß wir werden wollen um die Mehrheit, daß wir uns aber die Macht, die wir einmal errungen haben, mit feinsten Mitteln nicht entziehen lassen; nicht mit Mehrheits und nicht mit Mehrheitsgewehren. Darum stellt die Eroberung der Macht, die die geschichtliche Aufgabe unserer Generation ist, an jeden von uns die größten Anforderungen. Wir sind heute so groß geworden, daß uns zur Seite Bundesgenossen aufstehen, die aus dem bürgerlichen Lager aber aus der Indifferenz herausgerissen und in unserem Marsch mitgezogen werden: sie gilt es in unsere Reihen einzuführen, in die Disziplin der alten, erprobten Bataillone der Arbeiterklasse einzufügen. Wir sind heute so mächtig geworden, daß wir nicht mehr bloß fordern können, daß wir auch erfüllen müssen: ganz neue Aufgaben müssen bewältigt werden, neue Institutionen entstehen, und auch den Verordnungen der Macht, die hier und da an den Händen unserer großen Bewegung einen kleinen Winkeln verwickeln, gilt es zu widerstehen. Wir sind heute so stark geworden, daß wir nicht mehr verfolgt werden; aber je breiter unser Kampffeld wird, je näher wir unserem Gegner kommen, desto dringender werden wir die alte Kampfbeegeisterung, den alten Opfermut der Sozialisten aus der Gegenwart der Verfolgungen. Wir haben ein neues Programm; wir brauchen nicht als je den alten Geist. Denn nicht aus Worten und Sätzen wird Macht. Macht wird aus der Gewalt der gesellschaftlichen Kräfte und aus dem Willen der Menschen. Die eine gilt es zu erkennen, den anderen zu bieten: es gilt, das Programm von Linz mit dem Geiste der Männer von Gaisfeld und von Wien zu erfüllen. Das ist der Geist, der gleichbleibt, wenn sich die Programme ändern, die Kraft, die die Bewegung stark gemacht hat, der Schreie, der Kampf, der Rhythmus, der die Massen und die Jungen in dem Rufe einklinkt: Es lebe die Partei!

deutschen Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei, Josef Stibin und Leo Winter als Vertreter der tschechoslowakischen Sozialdemokratie, Diamond als Vertreter der polnischen Sozialdemokratie, Glucksmann als Vertreter der deutschen Sozialdemokratie, Dan als Vertreter der russischen Sozialdemokratie, Wolf Braun als Vertreter der belgischen Sozialdemokratie, Sandner als Vertreter der schweizerischen Sozialdemokratie, die tschechischen Sozialdemokraten in Österreich Skřivan, die Genossen Blazina als Vertreterin der deutschen sozialdemokratischen Frauenorganisation in der Tschechoslowakei und die Genossen Truchacz aus Berlin.

Begrüßungsschreiben sind eingelangt von den Arbeiterparteien Englands, Frankreichs, Ungarns, Belgiens, Dänemarks, Norwegens, Schwedens, Spaniens und der Schweiz. Ferner ist ein Begrüßungsschreiben der Bauarbeiter der Banatländer in Wien eingetroffen.

Ein Begrüßungsschreiben Karl Kautskys.

Ein besonders herzliches Begrüßungsschreiben hat Karl Kautsky gesendet, der verhindert ist, am Parteitag zu erscheinen. Das Schreiben lautet:

Meine Genossen! Ich danke für Euer freundliche Einladung zum Linzer Parteitag, der ich gerne gefolgt wäre, wenn ich nicht der Stand meines Gesundheits die Regel nach Linz zurückzuführen ließe. Nicht Gleichgültigkeit ist es, die mich fernhält, im Gegenteil: die Besorgnisse dieses Parteitages werden für mich von großem Interesse sein, schon deshalb, weil sie der Verwaltung eines neuen Parteiprogramms gelten, nach Parteiprogrammen gähnen (im dem Tage des Gefährlichen Kampfes an militärischen Spezialisten. Aber so wichtig die Besorgnisse über das Programm auch sein werden, als Ergebnis kann man heute schon nach dem Entschlusse beschreiben: es wird gleich dem Ausrufprogramm eine neue, sozialistische gesellschaftliche Bewegung im Klassenkampf werden, von Bedeutung nicht nur für das Proletariat Österreichs, sondern für das gesamte internationale. Gerade rechtzeitig wird dieses Programm festgelegt werden. Denn im Grunde wird der Linzer Parteitag doch nichts anderes sein, als die letzte große Heerführung über die Arbeiterbataillone Österreichs vor der gewaltigen Wahlschlacht, der sie entgegengehen. Diese Schlacht ist ein erbittertes Ringen werden, mit Nägeln und Nägeln wird um jede Position gekämpft werden, von den Gegnern wie von uns, denn jeder fühlt: diesmal geht es ans Gange. Im Gegensatz zu fast allen anderen Parteien unserer Zeit kennt Österreich keine Herpflichtung der Kluft. Ein Gähnen oder Drängen nur gilt! Eine Reaktion ist unter diesen Umständen kaum möglich, denn eine Reaktion im Kampfe der Parteien kann ja nicht ein Aufgeben jeglichen Kampfes bedeuten, sondern nur ein zeitweiliges Zusammengehen zweier Parteien zu gemeinsamen Kampfe gegen einen heillosen Gegner. Dieser dritte Gegner steht in Österreich. Unter diesen Umständen wird der Wahlschlacht ein Kampf um die Staatsgewalt werden, nicht aber um ein Stück brennen. Wie in dem Kampfe folgt, muß auf Sieg rechnen, und wie haben diesmal die besten Ansichten dafür. Doch bei letzter Schlacht kann man im Voraus einen bestimmten Erfolg garantieren: wie müssen auch mit der Möglichkeit rechnen, daß es nicht mit einem Anstöße gelingt, die Mehrheit zu erobern, doch jeder Parteiführer im Wahlschlacht wird zu einem Siege. Die Gewinnung der Mehrheitsmacht im Staate ist das höchste Ziel, das wir in der kommenden Wahl nachstreben können. Aber wie werden schon viel erreichen, wenn wir die Gegner zwar noch nicht zahlenmäßig, aber moralisch schon so weit setzen, daß sie sich gewonnen fühlen, ihre blühenden Kampfmittel haben zu reorganisieren, was wohl gleichbedeutend ist mit dem Zusammenbrechen der Einheitsfront, die sie heute bilden. Wie immer der Wahlschlacht ausgeht — die Einheitsfront ist gänzlich, das österreichische Proletariat zuverlässig und in hohem Maße bereit, die Dinge, die schlagende Beweis dafür ist das Parteiprogramm. Es verpönt der Linzer Parteitag den Aufstieg zu geben an einem neuen gewaltigen Schritt vorwärts in dem Befreiungskampfe des Proletariats und des internationalen Sozialismus. Mit den besten Wünschen für den Erfolg Eurer Beratungen begrüßt Euch Euer Karl Kautsky.

Das Schreiben wurde mit stürmischem Beifall zur Kenntnis genommen. Der Beifall erneuerte sich, als sich namens des Parteitag die Glückwünsche an Kautsky erteilte.

Begrüßung des Linzer Bürgermeisters.

Dann begrüßte Bürgermeister Dames den Parteitag: Ich ehrlicher Freude, sagte er, haben wir Genossen von Oberösterreich und insbesondere wir Genossen der Stadt Linz der Abhaltung des Parteitag in unserer Stadt entgegengebracht. Wir begrüßen euch innig und wünschen euren Beratungen besten Erfolg. Der fast dreißig Jahre lang hier das erste mal ein Heimaturlaub ist. Es war im Jahre 1898, in einer Zeit, da unsere Partei noch sehr schwach war und einer reaktionären Druck auf der Arbeiterklasse lastete. Doch gelang es der Partei, wenige Monate vor dem Parteitag, den allgemwaltigen Baden in die Stadt zu schlagen. Damals, im Jahre 1898, geht der Parteitag der Organisierung des Kampfes um das allgemeine Wahlrecht; heute ist die Aufgabe des Parteitag die Organisierung des Kampfes um die Macht im Staate. Diesen Kampf soll das Parteiprogramm eintreten. Dieser Kampf wird nun von Linz ausgehen, und so erfüllt es uns Linzer Genossen mit innigem Stolz und viel Freude, daß hier dieses historische Werk geleistet wird. (Beifall)

Die Eröffnung des Parteitages.

(Telegramm des Arbeiter-Zeitung.)

Linz, 30. Oktober.

Im Volksparksaal wurde heute um halb 6 Uhr ebendies der Parteitag eröffnet. Der Saal ist prächtig geschmückt. Die Wände sind rot und gold. Ein gewaltiger Baldachin überdeckt die ebenfalls festlich geschmückte Bühne. Die Galerien sind überfüllt. Die Wälder Viktor Adler, im letzten Orbin von Wäldpflanzen, übertrug die mühselige Veranstaltung. Die Arbeiterklasse bereite Urlaub, Salenber und der Gesangsverein der Wehrmänner teilen den Parteitag mit einem Freiheitscher ein. Carrel eröffnet im Namen des Parteivorstandes den Parteitag. In das Präsidium werden entsendet: Seitz, Konrad, Dames, Wäldsch, Willmann, Marie Bach, Seidmann, Regner, Lindner und Lohner.

Seitz begrüßt den Parteitag.

Im Namen der Parteibeteiligung begrüßt den Parteitag Seitz: Wir haben, führte er aus, eine Stadt der Bundesländer als Parteitagort gewählt, weil wir dem großen Gedanken der Vereinfachung der Partei dienlich waren. Diesem Gedanken dient auch die wichtigste Punkt der Tagesordnung des Parteitag, die Beratung des Parteiprogramms.

Vor achtundzwanzig Jahren hat Viktor Adler eine kleine Schaar österreichischer Sozialdemokraten auf dem Parteitag in Gaisfeld zusammenberufen, um über das erste Programm der österreichischen Sozialdemokratie zu beraten. Damals galt es, die Parteiform zu finden für den Aufbau einer einheitlichen Organisation, für die Verfassung der Nationalen und Gemeinlichen. Im Jahre 1901, auf dem Parteitag in Wien, galt es wider, die Veränderungen im Laufe der Zeit programmatisch zu verwerten. Damals wurde das zweite Programm geschaffen, und dieser Parteitag, der Parteitag von 1926, soll nun dem dritten Parteiprogramm dienen. Auf der Basis der unversöhnlichen Lehren Marx' und Engels, nach den Erfahrungen der Revolution von 1918 und 1919, soll dieses Programm die Stellung der Partei bestimmen zu allen großen Problemen, der wirtschaftlichen, sozialen, politischen Entscheidung. Es gilt, einen Weg zu weisen, der die kapitalistische in die sozialistische Gesellschaftsordnung überführt. Aber auch Fragen der aktuellen Politik wird der Parteitag zu behandeln haben. Die Arbeiterklasse steht wieder einer Regierung Seitz gegenüber, einer Regierung der Aufrechterhaltung aller kapitalistischen Wäld in diesem Staat. Gegen diese reaktionäre Kraft gilt es, den Kampf zu organisieren und ihre Anschläge gegen die Rechte und Interessen der Arbeiterklasse abzuwehren. Es gilt, alle arbeitenden Massen dieses Landes zusammenzufassen, um der Regierung

gierung selbst eine Wahlschlacht zu schlagen. Das ist die eigentliche Aufgabe der aktuellen Politik der nächsten Tage. Diese Wahlschlacht, die uns bevorsteht, wird nicht leicht sein. Die Umstände sind nicht günstig. Ein Meer von Hunderttausenden Arbeitlosen durchzieht die Straßen, unsere Reihen leiden noch immer unter dem Mangel einer Alters- und Invaliditätsversicherung. Aber so ist eine alte, sozialdemokratische Tradition in Österreich: Je schlimmer es der Arbeiterklasse ergeht, um so größer ist ihre Entschlossenheit, ihre Rechte zu verteidigen, um so größer ist ihre Kampfbereitschaft (Stürmischer Beifall). Diese Kampfbereitschaft wird sich abermals erweisen in der Wahlschlacht, die wir Herrn Seitz und seiner Regierung zu liefern haben werden (Stürmischer Beifall). Die Delegierten ganz Österreichs sind in großer Zahl hier zusammengekommen, gerufen von der Sorge um die nächste Zeit, aber sie wissen, daß die Aufgaben, die der Partei harrten, groß, daß der Parteitag seine Pflicht erfüllen und den Weg weisen wird. Die Beschlüsse werden in Einnigkeit, in friedlicher Zusammenarbeit, in treuer Kameradschaft, in echter Brüderlichkeit gefaßt werden. Wir sind entschlossen, zu kämpfen, entschlossen zu kämpfen bis zum großen Sieg unserer großen Idee, zum Siege des internationalen Sozialismus!

Seitz gedankt nun den Tönen der Partei. (Die Delegierten erheben sich von den Sitzen.) Er nennt Heinrich Seitzinger, Hermann Seitz, Fritz, den Senor der österreichischen Sozialdemokratie Heinrich Seitz, Hermann Seitz und Julie Kautsky, Leopold Windholz und Alfred Engel, der der Redaktion der Arbeiter-Zeitung entlassen wurde, ferner Josef Wörtl, Karl Watz, Rudolf Müller, Dr. Richard Fröhlich, den Begründer der Arbeiterabstimmungsbewegung, Robert Gasser und Ferdinand Grünwaldt, unsere treuen Freunde aus Böhmen Oswald Gillebrand, Karl Schäfer und Anton Remer und endlich schließlich der großen Telen der Internationale Wäld, Adolph, Adolph, des Seniors der deutschen Sozialdemokratie Richard Giller und der letzten Genossen Anna Knäufel. Nach in der nächsten Zeit sind uns auch zwei treue Genossen entfallen worden, der Genosse Kapetz aus Jansbrunn und der Genosse Teich, der mutige Vorläufer der amerikanischen Arbeiterklasse.

Erst begrüßt dann unter stürmischem Beifall die ausländischen Gäste des Parteitag: den Vertreter der Internationale Friedrich Adler, ferner die Genossen Ludwig Gach als Vertreter der

werkschaftsbundes die Richtlinien für die künftigen Beziehungen zum Internationalen Arbeitsamt zu geben.

Somit wird der Internationale Gewerkschaftskongress in allen Fragen, die ihn beschäftigen, die Folgerungen aus der jetzigen weltpolitischen, vor allem aus der aus der jetzigen weltwirtschaftlichen, vor allem aus der jetzigen wirtschaftlichen Lage und der Situation der Gewerkschaften der einzelnen Länder zu ziehen haben. Er wird aber bei der Festlegung der weltwirtschaftlichen Lage zweifellos feststellen können, daß die letzten Monate da, wo dort Verbesserungen der wirtschaftlichen Lage, vor allem eine außerordentliche Besserung der Konjunktur in Deutschland, gebracht haben. Und der Internationale Gewerkschaftskongress wird gerade aus dieser Tatsache Hoffnungen für die Zukunft zu schöpfen wissen. Darum wird der Internationale Gewerkschaftskongress und werden wir alle mit ihm bei der Betrachtung der gegenwärtigen Verhältnisse in vielen Ländern nicht etwa in Nulllosigkeit oder Verzweiflung verfallen, sondern gerade aus der Betrachtung der weltwirtschaftlichen Verhältnisse die Folgerungen ziehen, daß die Zeit hoffentlich nicht mehr fern ist, in der die Gewerkschaftsbewegung wieder auf dem Vormarsch begriffen sein wird. Denn wenn die wirtschaftliche Lage es erlauben wird, das durch die Erfahrungen während der Krise und die Angriffe der Unternehmer bestehende Klassenbewußtsein der Arbeiter in Klan beim Angriff umzusetzen; wenn die ganze Energie der Arbeiterkraft nicht mehr in der Verteidigung des bisher Erreichten aufzugehen, sondern auf die Eroberung neuer Positionen verwendet werden wird, dann erst wird die internationale Gewerkschaftsbewegung und mit ihr die gesamte Arbeiterbewegung mit um so größerer Macht, unerschütterlicher denn je vordrücken können. Diesen Angriff auf die Positionen des Kapitalismus selbst vorzubereiten, die organisatorischen Waffen schon heute zu schärfen und damit zugleich die Enklavierung der Arbeiter in dieser Zeit, da wir noch zu verteidigen haben, zu stärken, das ist die Aufgabe von Paris. Darum gründen die österreichischen Arbeiter und Angehörigen, trägt das trotz aller Klüften, trotz der Klassenarbeitslosigkeit, trotz allen Angriffen der Reaktion unerschütterlich gebliebene gewaltige Heer der freien Gewerkschaften Deutschlands bei der Internationalen Gewerkschaftskongress!

Wo der Faschismus herrscht.

Das litauische Parlament soll liquidiert werden! (Telegramm des Arbeiter-Zeitung.)

Kowno, 30. Juli. Das Organ der litauischen Volkssozialisten berichtet, daß das Gebäude des Parlaments dem Unterrichtsministerium übergeben werden soll, das dort ein Gymnasium einrichten will. Da aber nicht auch davon die Rede ist, wo das Parlament in Zukunft sein Heim haben soll, spricht das Wort von einer Liquidation des Parlaments überhaup.

Gleichzeitig erklärt es die Meldungen der Regierung über eine geheime Ausrüstung der Sozialisten und Volkssozialisten, die beschließen hätte, eine tödlich-qualvolle Haltung gegen die Regierung einzunehmen, für eckelnd.

Feuilleton.

Flügellose Vögel.

Von Andreas Reichel.

Die blühende Gabelung unserer Erde beherbergt viel eigenwillige und rätselhaftere Formen in der Tierwelt als die nördliche. Besonders Australien und Ozeanien nehmen eine so einzigartige Stellung in ihrer fauna ein, daß man beinahe glauben könnte, diese Landteile hätten unabhängig vom übrigen Erdball ihre Entwicklung der Lebensformen durchgemacht. Am auffälligsten ist der Mangel an Säugtieren; die meisten der Südeinfeln beherbergen bis zur Ankunft des Polynesier nur Vögel, Reptilien und Meerestiere. Und dort, wo es eine Landfüßlergattung gibt — wie in Australien, Neuguinea und auf einigen der georgischen Inseln —, sind es, Formellier, Beutier und Kloakentiere, die wichtigsten Vertreter der Säugetierklasse, die außerhalb des Südeuropas nie vorkommen zu finden sind.

Den Gipfel der Unheimlichkeit in der Natur stellen aber die „flügellosen Vögel“ dar, deren Vorkommen auf wenige, eng umgrenzte Inselgruppen beschränkt war. Allenfalls begannen wir in der Natur dem Kampf ums Dasein und der damit verbundenen Anpassung. Wir erinnern uns der unerschöpflichen Erfindungskraft der Natur, die beispielsweise der räuberischen Gabelschwanz die Welt eines formlosen Pflanzenblattes gab, damit sie ihre Opfer und ihre Befruchteter leichter fassen könne, oder den wechselnden Nachschmelzungen einen Mantel unthätig, der so wunderbar genau die Zeichnung der Baumrinde nachahmt, daß die Tiere fortwährend vor den Augen ihrer Feinde bei Tag schlafen können.

Überall sehen wir Spezialisierungen und Anpassungen an den Kampf; die flügellosen Vögel aber schienen Anpassungen an einen Zustand des ewigen Gelebens zu sein.

Am deutlichsten zeigt dies die Drachfliegen. Diese ganz unwahrscheinliche Vogel fliegt nur auf zwei Inseln an der Küste Afrikas, auf Mauritius und Réunion. Er sah aus wie ein tiefenstarrer, gestupfter Schwan, dessen

Ein blutiger Sultag in der großen Revolution.

Von Karl Kautsky.

Nichts ist einzig in seiner Art. Nichts Großes kann sich im Leben der Völker ereignen, ohne die Erinnerung an ähnliche Vorkommnisse früherer Zeiten hervorzurufen und an die Konsequenzen, die sie in ihrem Schicksal tragen.

Nach das grauenvolle Blutbad des 15. und 16. Juli ruft solche Erinnerungen wach. Unsere wichtigste Aufgabe besteht heute natürlich nicht in historischen Reminiszenzen, sondern in der Befreiung der Ursachen des Geschehens und in der Verhinderung von Einrichtungen, die Ähnliches künftighin vermeidbar machen oder doch bewirken, daß eventuelle Opfer nicht fruchtlos fallen. Aber das eine wie das andere wird erschwerlich, wenn wir Vergleiche ziehen mit ähnlichen Vorkommnissen der Vergangenheit.

Zum Glück brauchen wir dabei nicht der schlimmsten Möglichkeiten früherer proletarischer Klassenkämpfe zu gedenken, nicht der Zerstörung von 1848, nicht der blutigen Rache von 1871. Größer ist die Ähnlichkeit der jüngsten Vorkommnisse mit den Massakern, die in den Straßen von Paris am 3. und 4. Dezember 1851 von der Soldateska angerichtet wurden, die damals Napoleon, dem Präsidenten der Republik, den Weg zum kaiserlichen Thron bahnte. Die Arbeiter-Zeitung hat bereits darauf hingewiesen und einen Bericht Marix Hartmanns darüber gebracht.

Noch größer ist die Ähnlichkeit mit dem Blutbad vom 15. und 16. Juli mit einem anderen, das fast genau auf denselben Tag im Monat fiel, auf den 17. Juli, allerdings vor mehr als einem Jahrhundert. Wir meinen das Massaker vom 17. Juli 1791 auf dem Marsfeld von Paris.

Es war eine Folge der wachsenden Angst der französischen Bourgeoisie vor dem Erstarken der arbeitenden Massen (nicht bloß der Proletariats) von Paris, die durch die Erstürmung der Bastille (14. Juli 1789) gezeigt hatten, was sie vermochten.

Ginter drei Schutzwehren suchte sich die Bourgeoisie zu verschanzen; hinter dem Zeughaus, hinter der Bastille und dem Ansehen, das der König nach genoss, sowie der Nationalgarde, die eine Bewachung der Weisenden darstellte. Auf das eigentliche Heer konnten sie wenig mehr rechnen. Es hatte im Versailles verlag und dadurch den Sieg der Volksmassen ermöglicht.

Die Bourgeoisie sah im König eine Schutzwehr, allerdings nur dann, wenn er ein von ihr abhängiger, ganz von ihr geleiteter König war. Andererseits hofften im arbeitenden Volk viele, im König einen Helfer gegenüber der Bourgeoisie zu finden.

So wurde Ludwig XVI. sehr populär, sobald er sein anfängliches Widerstreben gegen die Revolution aufgegeben und die neue Verfassung anerkannt hatte. Die Erinnerung an den 14. Juli 1789 wurde im Jahre darauf auf dem Marsfeld festlich begangen, einem Freizeitplatz, der „Schmelz“ von Paris. In der Mitte des Platzes, an erhöhter Stelle, war ein Altar des Vaterlandes errichtet worden, auf dem der König den Schwur auf die Verfassung vor nahezu einer halben Million seiner getreuen Untertanen ablegte, die ihm getreulich und begeistert zuzubellen.

Aber Ludwig hatte nur als Komödiant gesprochen. Im Innersten seines Herzens haßte er die Revolution und als er den Eid auf die Verfassung ablegte, dachte er nur daran, wie er die Macht erlangen könnte, die ihm vertrauten und auszuwendenden Pariser niederzuzermalen, und die Verfassung gänzlich zu machen.

Ununterbrochen arbeitete er daran. Er verschwor sich mit den Monarchen des Auslandes und ihm ergebenen Generälen einzelner Truppenanhäufungen an der Grenze.

Endlich glaubte er, die Mäkte lüften zu können. Am 20. Juni 1791 entflohr er aus Paris, um die deutsch-französische Grenze zu erreichen, wo General Bonville ihn an der Spitze ausgewählter Truppen erwartete, die, gestützt auf die Kriegsmacht monarchistischer Nachbarstaaten, namentlich Österreichs, auf Paris marschierten und die Revolution blutig niederwerfen sollten.

Doch die Flucht gelang nicht. Man darf wohl sagen: leider. Denn wäre sie gelungen, dann hätte sich Ludwig selbst abgesetzt. Es wäre der revolutionären Nation gar nichts anderes übrig geblieben, als sich ohne König zu behelfen. Sie wäre damals schon republikanisch geworden, ohne Einrichtung des Königs, die das Volk von Frankreich so tief gekümmelte. Einiger, als ein Jahr später hätte es sich gegen jede bewaffnete Intervention erhoben.

Doch es kam anders. Auf seiner Flucht wurde Ludwig erkannt und verhaftet. Er hatte sich von Paris schon weit genug entfernt, um Fühlung mit ihm aufgegebenen Boten der Armee Bonvilles zu nehmen. Aber diese erwiesen sich als durchwegs nicht zuverläßig monarchistisch und hinderten nicht die Verhaftung des Königs.

Als Bejüngener zog dieser wieder in Paris ein, am 25. Juni. Und nun erhob sich die große Frage: Was tun?

Wohin hatte es eine republikanische Partei in Frankreich nie gegeben. Nun plötzlich gewann der Gedanke der Republik gewaltigen Einfluß, stürmisch erhob der Ruf nach Absetzung des Königs, des vermeintlichen Deserteurs.

Aber die Bourgeoisie zauderte und mit ihr die große Mehrheit der Nationalversammlung. Die Republik, hieß das nicht die Herrschaft der Massen? Daher hatte sie Angst. Sie schneite es ab, Ludwig vor Gericht zu ziehen oder seine Absetzung auszusprechen. Sie begnügte sich mit einem Beschluß, der Ludwig für unschuldig erklärte und sich darauf beschränkte, hinzuzufügen: der König würde künftighin aufhören, König zu sein und seine Unverletzlichkeit verlieren, wenn er den Eid auf die Verfassung zurücknimmt oder sich an die Spitze einer Armee stellt, um das Volk zu befeigen.

Dieser Beschluß vom 15. Juli, der zunächst die Monarchie neu befestigte, erregte aufstrebte die Demokraten und Republikaner. Aber nicht mit Gewalt wollten sie gegen die Nationalversammlung vorgehen, sondern mit einer bloßen Petition, die verlangte, das Volk solle direkt befragt werden, ob es Ludwig nach weiter als König anerkennen wolle.

dem verhältnismäßig engen Rahmen der Insel fast ganz verfloren. Hier sieht man die flüchtigen des Eingebornen zum Opfer, und so sind uns auch von diesen seltsamen Vögeln nur Knochenreste, verstreut auch Stürze mit noch anhängenden Weichteilen, erhalten geblieben.

Der einzige noch lebende Rest dieser Vogelfamilie sind die Schnepfenfische, der gerade wegen ihrer tiefenstarken Verwandtschaft. Es sind Straußenvögel, die ein ganz anderes Leben führen. Sie haben weder Schwanz noch Flügel; nur am Stiel sind die lächerlichen Armechen erkennbar. Gehen sie nicht einen langen krummen Schnepfenfisch, man könnte sie für eine eiserne, dann für einen Vogel halten. Sie leben im Schutz der Rinde in den Urwäldern Neuseelands; tagsüber schlafen sie in Höhlen, meist unter Baumwurzeln.

Die Vogelarten, von denen bisher der Rede war, gehören mit Ausnahme der Strauße zu den Störchen, mit deren flügellosigkeit wir uns von der Schule her abgefunden haben. Das hätte Argument für die „passivste“ Anpassung ist für den Schutz aufgegeben: ebenfalls auf Neuseeland hat — in einer paradiesischen, fast göttlich friedlichen Umwelt — sogar ein Papagei das Fliegen verloren. Es ist der große grüne See- oder Eulapapagei, der Kaka'o der Maori. Er ist ganz grün, wie es sich für einen Papagei ziemt, aber er sieht einem Uhu ähnlicher als seinen Verwandten; auch der Größe nach gleicht er dem Uhu. Die Entschiedenheit hat er von seinem nördlichen Lebenswandel, das Entschiedenste an ihm ist aber seine flügellose Gestalt. Sein Verhalten ist fast wie das des Pinguin und seine flügellosen Störchen haben den Verlust einer Anpassung an ein ursprüngliches flügelloses Leben am besten bewahrt.

Die Tatsache, daß alle die geschilderten Vogelarten durch den Menschen mit höher entwickelter Kultur — denn die auf Madagaskar und in die Südpole eingewanderten Polynesier besaßen eine höhere Kultur als die Ureinwohner — ausgerottet wurden oder durch das Vordringen der Europäer unrettbar dem Verschwinden geweiht sind, ist der unwiderlegliche Beweis dafür, daß die Natur mit den flügellosen Inselvögeln den Verlust einer Anpassung an ein ursprüngliches flügelloses Leben am besten bewahrt hat.

lomischer Eindruck nach durch den krummen Schnepfenfisch gegeben wurde. Tausende und Tausende von Strauße befehlten die Rinde von Madagaskar, als im Jahre 1497 Vasco da Gama die Insel sichtete. Er nannte sie nach dem Aussehen der spärlichen flügellosen Strauße „die Schwannensel“. Die holländischen Kolonialen erkundeten mit Stuten und Holzprügel in der Folge die unbesetzten Strauße, die sie fast lauter, daß sie kaum aufpassen konnten, zu Tausenden und Tausenden in kurzer Zeit dieses Aussehen der Vogelwelt gänzlich aus.

In der nächsten Nachbarschaft der Strauße, allerdings auf einer mächtig ausgebreiteten Insel, nämlich auf Madagaskar, war eine ganz andere Familie flügelloser Vögel heimisch, die in alter und neuer Zeit die Phantasie des Volkes und der Gelehrten bezaubelt hat. Es war kein Vertreter aus der Straußenvogel-Rasse, ein Vögel von fünf Meter Höhe, dessen Kopf einen Halsumfang von neun bis elf Zentimeter hatte. (Das entspricht dem Halsumfang eines Störches oder 60000 Kolibris.) Der Vogel wog von Madagaskar mit seiner kleinen Verwandtschaft sind ausgestorben, bevor noch der im Australien ertrabte Europäer Madagaskar kolonisiert hatte. Man fand noch zahlreich nach unversehrter Hülle und teilweise in Stücken, die trugen, daß etwa zwölf Arten des flügellosen, zu den Strauße gehörigen Wandervogels auf Madagaskar und nur auf Madagaskar existierten. Die meisten Vertreter dieser Gattung, die den wissenschaftlichen Namen *Archaeopteryx* trägt, waren nicht viel größer als ein Hausfink, die größten erreichten eine Höhe von fünf Metern.

Während von Madagaskar entfernt, auf der Südpole, doppelt so groß, und gab es, aller Wahrscheinlichkeit nach bis in den Anfang des neunzehnten Jahrhunderts, ganz ähnliche Vögel, die flügellos waren oder war, die eine Höhe von vier Metern erreichten. Der Hühnerling *Archaeopteryx*, der noch um die Mitte des vorigen Jahrhunderts lebte, erzählt, daß er in seiner Jugend das flügellose Hühnerlaub gesehen habe. Als dieser Hühnerling starb, soll sein Gefieder mit einer Wollfeder gekleidet worden sein. — Ungeheure Mengen von Knochen, regelrecht Massengräber der Riesenvögel, wurden auf Neuseeland gefunden. Die gut

behaltenen auf Neuseeland, gab es, aller Wahrscheinlichkeit nach bis in den Anfang des neunzehnten Jahrhunderts, ganz ähnliche Vögel, die flügellos waren oder war, die eine Höhe von vier Metern erreichten. Der Hühnerling *Archaeopteryx*, der noch um die Mitte des vorigen Jahrhunderts lebte, erzählt, daß er in seiner Jugend das flügellose Hühnerlaub gesehen habe. Als dieser Hühnerling starb, soll sein Gefieder mit einer Wollfeder gekleidet worden sein. — Ungeheure Mengen von Knochen, regelrecht Massengräber der Riesenvögel, wurden auf Neuseeland gefunden. Die gut

behaltenen auf Neuseeland, gab es, aller Wahrscheinlichkeit nach bis in den Anfang des neunzehnten Jahrhunderts, ganz ähnliche Vögel, die flügellos waren oder war, die eine Höhe von vier Metern erreichten. Der Hühnerling *Archaeopteryx*, der noch um die Mitte des vorigen Jahrhunderts lebte, erzählt, daß er in seiner Jugend das flügellose Hühnerlaub gesehen habe. Als dieser Hühnerling starb, soll sein Gefieder mit einer Wollfeder gekleidet worden sein. — Ungeheure Mengen von Knochen, regelrecht Massengräber der Riesenvögel, wurden auf Neuseeland gefunden. Die gut

Auf dem Marsfeld sollte die Petition unterzeichnet werden, auf demselben Platz des Vaterlandes, an dem ein Jahr vorher Ludwig unter furchtlichem Jubel den Eid auf die Verfassung abgelegt hatte.

Eine unermessliche Volksmenge begab sich am 17. Juli nach dem Marsfeld, um die Petition zu unterzeichnen.

Das geschah ganz feierlich, die Unterzeichner nahmen ihre Frauen und Kinder mit, man tanzte. Alles schien harmlos zu verlaufen, trotz der tiefgehenden Gekülterung der demokratischen Elemente.

Aber den Besitzern der Staatsgewalt erscheint eine gegen sie deutliche Welle immer gefährlich und der Tag der Rache war nicht vergessen.

Die Nationalgarde wurde auf dem Marsfeld beordert, um die Masse im Zaume zu halten.

Das mochte als bloße Vorsichtsmaßregel gedacht sein, aber es genügte, die Garbitten zu erregen, um so mehr, als sie in der Masse den Klassenfeind vor sich sahen. Die Erregung der Nationalgarde wurde noch geschürt durch falsche Gerüchte über die Ermordung einzelner Garbitten durch das Volk. Bewaffnete sind auch auf die Druer schärfer davon abzuhalten, gegenüber einer unbewaffneten, jedoch ihnen feindlich gesinnten Masse, die dem Gebrauch allein die Bürgschaft ihrer Sicherheit erblicken.

Auf der anderen Seite genügt schon der bloße Anblick einer bewaffneten Macht, um die Volksmasse gegen die sie aufgerufen wird, in Unruhe zu versetzen und zu erregen.

Die Militärs wissen sehr wohl, daß man, im Falle eines politischen Konflikts zwischen zwei Staaten, die mobilisierten Armeen nicht lange an einer Grenze einander gegenüberhalten kann, ohne daß schließlich die Gewehre von selbst losgehen. Massen demonstrationen gegenüber bewaffneten Heeren und ihre Auftraggeber immer wieder diese Erfahrung, und verlangen von den Demonstrationen eine Selbstbeherrschung, die sie der eigenen disziplinierten Armee nicht zutrauen.

Durch den Aufmarsch der Nationalgarde wurde die Situation bedrohlich, da die Demonstrationen nicht auseinanderließen, und bei ihrer ungeheuren Masse wohl auch nicht auseinanderlaufen konnten. Da entschloß sich die bewaffnete Macht zu dem Versuch, die Masse zu zerschlagen, was sie tun konnte: zu der gewalttätigen Räumung des Platzes. Aber handbarerweise: um zu räumen, rückte die Garde nicht von einer Seite aus vor, um die Demonstrationen nach der anderen hin und auseinanderzutreiben, sondern sie rückte von drei einander entgegengesetzten Seiten vor, als handelte es sich nicht darum, die Demonstrationen vom Platz zu verdrängen, sondern darum, keinen entweichen zu lassen.

Die rote Fahne wurde entfaltete, von Seite der Vertreter der Staatsgewalt. Sie war damals nicht das Zeichen des Aufstands, der sozialen Revolution, sondern des Standrechts, das durch ihr Fehlen verstoßen wurde. Die Nationalgarde begrüßte diesen Akt stillenweise mit lautem Jubel. Sie hatte schon lange darauf gewartet, dem verhassten und gefährlichen Massenfeind eins zu versetzen. Die Trommeln wimmelten und Hailly, der Bürgermeister von Paris, begann die drei Aufforderungen zum Auseinandergehen auszurufen. Man genierte sich damals doch noch, auf die Masse ohne vorherige Warnung zu schießen. Aber die Herren waren bereits zu sehr angepannt. Hailly hatte noch nicht geendet und schon gingen die Gewehre der Garbitten los. Wie später behauptet wurde, sollen einzelne Steinwürfe aus der Menge in provokiert haben.

Querslissen sie in die Ant, aber als die Menge nicht wich, erfolgten weitere Schüsse direkt in sie hinein. Binnen wenigen Minuten bedeckten zahlreiche Leichen von Männern, Frauen und Kindern den Boden.

Um den Schrecken aufs Höchste zu steigern, fiel Kavallerie über die übertrauten Massen her, von denen keiner bewaffnet war, keiner an Widerstand dachte.

Zum Glück waren nicht alle Nationalgarden von gleichem Blutrausch befallen. Einzelne Bataillone schienen nicht, ließen die Fliehenden passieren, schüßten sie noch nach Kräften, sonst wäre das Gemetzel noch grausamer geworden.

Die Zahl der Opfer auf Seite der Demonstrationen wurde nie festgestellt. Die meisten Schätzungen schwanken zwischen zweihundert und sechshundert, einige gingen bis zu dreihundert, was jedenfalls sehr übertrieben ist. Ebenso übertrieben nach der anderen Seite die offizielle Schätzung, die angibt, es habe „all bis zwölf Tote und zehn bis zwölf Verwundete“ gegeben, eine ganz sinnlose Behauptung, die fast mehr Tote als Verwundete und wieder die einen noch die anderen genau aufzuzählen weiß. Andererseits steht dagegen fest: Von Seite der „Sieger“ fiel kein einziger Mann. Dafür wurden sie auch ebenso wie der Bürgermeister von Paris, der kein Sieg war, am 18. Juli von der Nationalversammlung wegen ihrer Tapferkeit beglückwünscht. Kein einziger Demonstrant wagte zu protestieren. Auch nicht Robespierre.

Die Reaktion glaubte nun, sich alles herausnehmen zu können. Fast jeder, der als Demokrat und Republikaner bekannt war, wurde beschattet oder vor Gericht gestellt. Man beschuldigte sie der Aufregung zu Brandstiftungen und Mordanschlägen. Wer der Ver-

haftung entgehen wollte, mußte sich beeilen, so zum Beispiel Camille Desmoulins oder Marat. Andere flüchteten nach England, wie Danton, der dort mehrere Wochen blieb. „Die Revolution ist gescheitert!“ schrieb damals Marat.

Aber das war ein vorläufiger Pessimismus. Die Revolution war zu tief in den Verhältnissen begründet, als daß sie nicht ihren Lauf weitergenommen hätte. Aber Gengne selbst zwangen sie dazu.

Ludwig XVI. hatte seine verärrterische Politik fort, aber seit dem 20. April 1792 unter erschwerten Umständen, im Reize, den Frankreich gegen das verärrterische Europa sah. Dieser selbe Krieg führte zur Bewaffnung der Massen und zur Aufstellung einer Energie. Der republikanische Gedanke eroberte Frankreich, und als die revolutionären Pariser in den Demonstrationen vom 20. Juni und 10. August 1792 vom Königtum Rechenschaft fordern, kamen sie nicht mehr als feierliche Unterzeichner einer Petition, sondern als bewaffnete Scharen, die jede Schwäche des Königs niederschlugen.

Der Triumph der Reaktion nach dem 17. Juli 1791 war sehr kurzlebig. Er vermochte nur wenige Monate lang den Aufstieg der Revolution zu hemmen. Aber er war keineswegs folgenlos. Das Blutbad vom 17. Juli hat den Abgrund, der zwischen den Klassen gähnte, auf tiefe erweitert und dadurch zwar nicht die Richtung der Revolution, wohl aber die Formen, in denen sie sich vollzog, aufs tiefste beeinflusst.

In seiner „Geschichte der französischen Revolution“ sagt Louis Blanc (am Ende des sechsten Kapiteles des letzten Buches):

„Das Massaker vom Marsfeld hinterließ in der Seele des Volkes einen unvergänglichen Eindruck von Haß und Rache. Es gab von vornherein den Taten des 20. Juni und 10. August (1792) den Charakter einer Revanche. Denn Ereignisse dieser Art gehen an einer Gesellschaft nicht vorbei, ohne ihre Spuren zu hinterlassen. Die Tragweite jenes Blutbades war unberechenbar, war furchtbar.“

Kein Zweifel, Ereignisse dieser Art hinterlassen Spuren, furchtbare Spuren in dem Gemüt der Bevölkerung, die von ihnen betroffen wird. Trotzdem müssen die Konsequenzen des Blutbades von 1792 nicht die gleichen sein wie die des Blutbades von 1791. Dennoch folgten dem 17. Juli die Septembermorde des nächsten Jahres, begangen gerade von jenen, die von dem Massaker auf dem Marsfeld am meisten getroffen waren. In jenen Tagen folgte dem bürgerlichen Terror von 1791 der kleinbürgerlich-proletarische von 1792 und 1793. Das muß einmal glücklicherweise nicht wieder so kommen.

Seitdem sind dreizehn Jahrzehnte vergangen, dreizehn Jahrzehnte demokratischer Kämpfe, aber auch demokratischer Errungenschaften und Ergebnisse. Die Massen von 1791 waren völlig unorganisiert, politisch unentwickelt, gänzlich jedes Gerücht, jede Falschheit annehmend, jede Augenblicksmeinung durch ihr bloßes Beisammensein maßlos verstärkend. Sie konnten dem König heute zujubeln, als dem besten Vater des Volkes, um ihn morgen, durch ihn enttäuscht, auf das Schafott zu schleppen. Heute saßen sie sich als Herren im Saale, doch einige Gewehr folgen genügt, die demokratische Bewegung auseinander völlig auszulöschen und eine Panik herbeizurufen, der selbst die Tapfersten nicht standhielten. Nach einigen Monaten oder nur die Panik verflohen und zeigte sich der Volksgott unabweislich, denn je. Dabei wurde der Terror, die eigentliche politische Methode von beiden Seiten, einmal von rechts, dann von links, und schließlich wieder von rechts.

Das ändert sich im Laufe der späteren Jahrzehnte um so mehr, je länger die arbeitenden Massen die Möglichkeit haben, sich zu organisieren und eine eigene Presse zu gewinnen, jenseits sich zu bilden, nicht nur in Schulen, sondern auch, und namentlich in politischen und gewerkschaftlichen Kämpfen, in Streiks, in dem parlamentarischen und kommunalen Tätigkeit und dergleichen. Je mehr so die Massen geschildert werden, um so schwerer wird es, sie durch Gewalttaten einzuschüchtern, aber auch um so schwerer, sie zu Gewalttaten aufzureizen, die der Sache der sozialen Höherentwicklung nicht förderlich sind.

So sind auch die Folgen des jüngsten Blutbades ganz anders, als die des Massakers auf dem Pariser Marsfeld 1791. Keine Panik, kein Verschwinden der sozialdemokratischen Bewegung, keine Flucht ihrer Führer. Kein menschlich betrachtet hat das Proletariat schwere Verluste erlitten an Menschenleben, Verluste, die am tiefsten empfunden werden von unserer Partei. Denn uns ist nicht, wie den Ausbeutern, der arbeitende Mensch bloßes Mittel für ihre Zwecke, sondern Selbstzweck, das Menschenleben daher heilig.

Aber ja tief wird die gefallenen Opfer beklagt, unsere Organisation ist unerschütterlich. Nicht nur haben unsere Organisationen ihre Geschlossenheit bewahrt, auch der Geist, der sie befeuert, ist nicht minder fruchtbar, wie bisher.

Je mehr dies zutrifft, desto mehr dürfen wir erwarten, daß auch die Saat des Hasses und der Rache, die jedes Blutbad unvermeidlich sät, nicht so furchtbare Folgen nach sich ziehen wird, sobald das Proletariat einmal zur Macht kommt, wie das in den Tagen der großen bürgerlichen Revolution der Fall war.

Das wird für unsere Gegner noch wichtiger als für uns.

Der Boenach des Proletariats ist ein unauflöslicher — ebenso unaufhaltbarer, wie der der Großindustrie. Nach dem Blutbad konnte ihn dauernd halt gebieten, auch das grausamste nicht. Auch nicht die Laufende von Reaktionskräften, die der Revolution von 1848, die blutige Woche von 1871 folgten. Vergänglich triumphierten nach jeder dieser furchtbaren Tragödien die Sieger und wählten, der Hölle des Sozialproletariats seien die Körper für immer zerrütet. Aber die moderne Gesellschaft kann ohne diese Hölle nicht leben, sie muß sie immer wieder selbst herbeirufen und immer mehr verschärfen, will sie existieren können.

Der Sieg des Proletariats ist gewiß. Ungeheuer jedoch die Art, wie er sich vollzieht. Niemand hat ein größeres Interesse als gerade die besitzenden Klassen, daß er in größte Milderung sich gebe, daß er eintritt unter Bedingungen, in denen die Methoden der Demokratie bei allen Klassen fast einmütig sind.

Die Gemütsart der unteren Klassen hängt in hohem Maß ab von der Art, wie der Herrschaftsapparat der oberen sie behandelt. Härte und Grausamkeit bei Repressionen und Richten ebenso wie bei Fortschrittselementen haben die Tendenz, auch Härte und Grausamkeit im Proletariat zu erzeugen. Sie teilen um Erbitterung dort, wo sie sich mit Milderung gegenüber Verbrechen an dem abteilenden Volke paaren. Welche Sinnlosigkeit des Sieges von heute, aber der Befolgen von morgen, in den kommenden Siegen durch die eigene Praxis solche Gemütsart künstlich zu züchten!

Leider zeigt die Erfahrung, daß solche Erwägungen auf die herrschenden Klassen nie Einfluß üben. Ihre Herrschaft ist ebenso kurzfristig wie ihre Proflität. Sie verrohen ebenso unbedenklich die Volksmassen, wie sie Anubau an den wichtigsten Produktivkräften treiben.

Trotzdem brauchen wir nicht zu verzweifeln. Das Proletariat hat es verstanden, in den vier Menschenaltern der demokratischen Bewegung in Europa (auf dem Festland; in England lebte sie schon früher ein) trotz allen Hindernissen und der Infamie der herrschenden Klassen nicht bloß sich selbst immer mehr zu bilden und zu kräftigen, sondern auch seine Ausbeuter immer mehr zu zwingen, es mit vermehrter Rücksicht zu behandeln und so alle überflüssigen Härten und Grausamkeiten des Klassenkampfes immer mehr zurückzuziehen zu machen.

Es wäre eine Illusion, zu erwarten, die ausbeutenden Klassen würden die ausgebeuteten zu immer größerer Menschlichkeit erziehen. Ihre Praxis wirkt in entgegengesetztem Sinne. Wagt aber ist es das Proletariat, dessen Praxis dahin geht, nicht bloß sich selbst, sondern auch seine Ausbeuter im Sinne der Humanität zu erziehen, ihnen immer mehr Menschlichkeit aufzubringen.

Diese beiden Wirkungen sehen wir in der heutigen Gesellschaft tätig. Zeitweise überwiegt die von den Ausbeutern verfochtene, die auf Verrohung der Massen abzielt. Aber sie vermag sich nirgend dauernd durchzusetzen. Schließlich macht sich immer wieder das Proletariat Bahn und es erneuert dabei das Regime der Menschlichkeit in allen Schichten der Bevölkerung.

Vor dem Kriege deuteten viele unter uns diese Erfahrung als eine Widerung der Klassengegensätze. Das war ein Irrtum. Sie zeigen sich immer schärfer zu. Damit werden auch die Formen, in denen die Klassengegensätze ausgedrückt werden, immer gewalttätiger, wenn die steigende Macht des Proletariats das nicht zu paralysieren gelingt.

Der Krieg und der ihm vielfach folgende Bürgerkrieg haben auf die nach Humanität verlangende Gemütsart des Proletariats vielfach schädlich gewirkt und die allgemeine Menschlichkeit aller Klassen gestigert. Aber wo sich das Proletariat Selbständigkeit und Freiheit bewahrt oder erobert hat, da überwiegt es stark die verrohenen Wirkungen des Krieges, da tritt es überall als der stärkste unter den Faktoren der heutigen Gesellschaft hervor, die nach Menschlichkeit verlangen, menschliche Formen des Klassenkampfes anstreben und schließlich auch durchsetzen.

Und so dürfen wir hoffen, daß die Unmenschlichkeiten des Blutbades vom 15. Juli, so tief sie uns erregen und so sehr sie die Gegenkräfte der Klassen bei uns vertiefen, doch nicht jene furchtbare Saat sät, die das Blutbad auf dem Marsfeld ausstreute. Wir erwarten dies, weil wir volles Vertrauen zu der Kraft des österreichischen Proletariats haben. Denn nur seine wachsende Kraft verbürgt uns das Abwenden der Humanität in den kommenden Klassenkämpfen. So lange es den herrschenden Klassen, das Proletariat für längere Zeit zu knebeln, zu entmenschen, zu mißhandeln, dann wurde das den schließlich Sieg der Arbeiterklasse nicht aufhalten, wohl aber würde es die ihm innewohnenden Tendenzen zur Humanität arg verkrüppeln.

Wir müssen das aufs tiefste bedauern. Jedoch am schlimmsten bedroht würden dadurch die Schatzkammer von heute.

Attentat auf einen Gefandten.

Washington, 30. Juli (Tel.-Komp.) Gestern wurde der Gefandte von Guatemala in seinem Bureau in Washington mit einem Schuß in den Brust schwer verletzt aufgefunden. Man zweifelt an seinem Auskommen. Über die Ursache der Verletzung ist man sich bisher nicht klar, da die Gefandten des Gefandten jede Ausübung verweigert.

Krieges ein Jahrzehnt langsam, aber ununterbrochen aufsteig. Bei gleicher Spannung, gleichem Willen zum Ziel, steht hier der Unterschied der geschichtlichen Ergebnisse, der doch auf die politische Lektüre zurückzuführen ist.

Nur diese Jahrzehnte hat nicht an den Ereignissen Europas geknirscht. Ueber sie hinweg erheben sich Ereignisse, die das Antlitz der Welt verändert haben.

Der Krieg von 1914 bis 1918 ist der letzte europäische, der erste Weltkrieg gewesen. Zwei Faktoren bezeugen das: das Anstreben afrikanischer und asiatischer Kolonialtruppen auf den europäischen Schlachtfeldern und das Eingreifen Amerikas, das den Krieg entschied. So hat der Weltkrieg in der amerikanischen Welt im Osten und im Westen gewaltige wirtschaftliche und politische Wirkungen hervorgerufen.

Im Osten hat die Zerstörung der Weltwirtschaft während des Krieges die Industrialisierung der bisherigen Volkswirtschaften um ungefähr beschleunigt. Zugleich hat das Ergebnis des Weltkriegs die Weltwirtschaft der weißen Rasse erschüttert. Zu Asien hat die Maschine, die Fabrik, die industrielle Produktion ihren Einzug gehalten: sie zerstört jahrhundert alte Strukturen, sie erweckt millionenweise Kämpfer, um Empörung gegen die Herrschaft. Vierhundert Millionen Chinesen sind in die bürgerliche Revolution eingetreten, dreihundert Millionen Japaner, die ganze millionenfähige mohammedanische Welt stehen an ihrer Schwelle. In dieser ungeheuren Störung erwacht, unter dem Druck entzündeter Ausbeutung entstanden, das asiatische Proletariat. Es ist noch unorganisiert, aller Natur unkundig, es richtet die große Revoluzzer der internationalen Kapitalisten, deren durchgehende niedrige Löhne zum Mittel des Lebens auf die europäischen Arbeiter werden. Aber kein Zweifel: schreit jetzt erst die nationale Erhebung, die bürgerliche Revolution durch die fernöstliche Welt, so weckt die industrielle Entwicklung unweigerlich den ostlichen Arbeiter, ruft ihn in die Reihen des internationalen Proletariats.

Auf der anderen Seite, im Westen, hat die Selbstzerfleischung der europäischen Völker, die Selbstzerfleischung der europäischen Wirtschaft dem aufstrebenden Kapitalismus Amerikas in die geringen Hände gearbeitet. Geführt auf seine ungeheuren Reichtümer, unterstützt von den Umwälzungen der Technik, ist er nachfolgender der Kriegeserfahrungen, der Gebete, der Schicksalsschreier der ganzen Welt geworden. Er sieht sich an, dem alten, verarmten Europa nach der wirtschaftlichen nun auch die politische Weltwirtschaft zu entreißen. Im Wohlstand wachsend, findet er auf seine riesigen Inseln einwirkten teils proletarische Gegenmacht: der amerikanischen Arbeiter sind wirtschaftlich wohlgestellt, politisch unorganisiert. International indifferent, infanter, erst wenn die weitere Entwicklung der Technik die amerikanische Instabilität aufdecken, die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft dem amerikanischen Imperialismus Grenzen setzen wird, dann werden auch die amerikanischen Arbeiter den Weg über die Lagen finden.

So findet in einer weiteren gewordenen Welt die Aktion des europäischen Proletariats im Osten und im Westen geschichtliche Schrauben: wir müssen warten, bis die Arbeiter Afrikas und Amerikas uns nachgekommen sind. Aber während wir warten, bis die weltbankmäßige Entfaltung des Kapitalismus im Westen, der Vormarsch der industriellen Produktion im Osten ihr Werk tun, vollzieht sich in Europa mit Nationalisierung, Kapitalaufkammerung, Hochschulung, steigender Lebenshaltung der Massen, aber nach härterer steigender Kapitalmacht der Wenigen die zweite industrielle Revolution, in ihren Wirkungen nicht weniger bedeutend als die erste. Sie ist die europäische Arbeiterwirtschaft, die Kerntruppe des internationalen Proletariats, in Schraufen, aber zugleich unter Druck gesetzt: sie muß warten, aber sie kann nicht aufhören, zu kämpfen. Im Gegenteil, je härter die Arbeiterklasse, desto heftiger der Widerstand der Bourgeoisie. Je näher am Ziel, desto langsamer wird das Vordringen. Heute sind beide Fronten tief eingegraben: der Weltkrieg im Osten und im Westen beherrscht die Stunde, stellt unerschütterte Anforderungen an die Ausdauer der Kämpfenden; jeder Zentimeter, um den wir unser Schützengraben vordringen, kostet außerordentliche Opfer. Es ist der Heidenkampf des Mittelalters, den wir jetzt zu führen haben. Ihn entscheiden die Worte der Truppe, der Mut und die Fähigkeit des Kommandanten.

und Schwarmführers. Ihn entscheidet der Heldenmut, der sein großartiges Fortschrittstheater zu Sozialisten macht. Zehn Jahre nach dem Krieg liegen wir im Graben.

Was uns das neue Jahr verspricht.

Von Karl Kautsky.

Welche Überraschungen immer das kommende Jahr für uns bereithalten mag, so wird man doch kaum ihre gehen, wenn man als das wichtigste Ereignis im kommenden Jahre die Unterwerfung Englands in England bezeichnet. Mit Bestimmtheit kann man heute schon voraussagen, daß die Arbeiterbewegung einen großen Gewinn an Eigenem im Kampfhaus bringen werden.

Weshalb läßt sich bei dem obigen Charakter des englischen Wahls nicht voraussetzen. Es gesteht die Wahl in hohen Maße zu einem Anlaufpunkt. Immerhin ist es nicht ausgeschlossen, ja sogar wahrscheinlich, daß der Wahlsieg groß genug ist, um eine neue Arbeiterregierung herbeizuführen, die auf einer soliden Basis beruht als die erste.

Das wäre ein Ereignis von ungeheurer Bedeutung nicht nur für England und nicht nur für den internationalen Sozialismus, sondern für die ganze Welt.

Gewiß wird die neue Arbeiterregierung nicht imstande sein, zu zucken und über Nacht den Himmel auf Erden zu errichten. Sie muß aber ihrem ganzen Wesen nach darauf ausgehen, dem Preis der inneren und äußeren Politik Englands eine ganz neue Richtung zu geben, die den vollen Gehalt zu der bisherigen bedeutet. Das ganze Gewicht der Staatsmacht des ungebildeten britischen Wahls, das heute im Interesse der großen Arbeiterkraft, wird nun dem Interesse der arbeitenden Klassen dienlich gemacht werden, nicht nur durch Sozialreformen, sondern auch durch Unterstützung der demokratischen Bewegungen in der ganzen Welt gegen Faschismus und Imperialismus, und durch Förderung der Friedensbewegung. Statt die ökonomischen Kräfte der Nation in sinnlosen Wettläufen zu verschwenden und dadurch die Kriegesgefahr zu steigern, wird sie durch energiegelaste Kräfte, die Mittel an vorliegenden Sozialreformen gewinnen und durch ihr Vorbild alle anderen Nationen, soweit sie demokratisch regiert sind, zwingen, das Gleiche zu tun, und so die mit Kriegsgefahr bedrohte internationale Atmosphäre in eine ruhige friedliche verwandeln.

Wird der erwarteten Arbeiterregierung Englands die Zeit und Kraft Anteil, in diesem Sinne erfolgreich zu wirken, dann werden davon noch weitere große Erfolge ausgehen.

Die Sozialistische Arbeiter-Internationale wird heute zwei große, schmerzliche Wunden aufweisen. Die proletarischen Massen zweier Weltreiche sind heute in der nicht verteilten, die der Vereinigten Staaten und Russlands.

Es sind sehr verschiedene Ursachen, welche die einen und die anderen von unserer Internationalen fernhalten. Der amerikanische Arbeiter ist der bestgehaltete der Welt. Er vermehrt, in einer Arbeiterpartei vereinigt. Grobes für seine Emanzipation zu täten. Aber diese Aufgabe interessiert

uns zu dem wir siegreich vorgebrungen sind, und warten auf das neue Jahrsglück. Wir denken des November und warten auf den Mai.

Ihn noch nicht. Der russische Arbeiter grüßt die in schlechter gestellten Arbeitern der Welt. Er ist unzufrieden und arbeitet unter ganz rückständigen Bedingungen. Und doch ist ihm die Aufgabe gestellt worden, sofort, mit einem Schloß eine Gesellschaft zu produzieren, die über die kapitalistische Welt hinausreicht. Bei dem Versuch, diese neuen ihm gegebenen Bedingungen nachzukommen, reißt er seine persönlichen Kräfte ebenso wie die Produktionskräfte seines Landes vollständig auf.

So grundverschieden die heutigen Denkweisen und Methoden der Arbeiter der russischen von denen der amerikanischen Arbeiter sind, darin stimmen sie beide überein, daß sie nicht voneinander sind mit denen der sozialistischen Arbeiterinternationalen.

Es ist dringend notwendig, die amerikanischen wie die russischen Arbeiter für unsere Internationalen zu gewinnen. Das kann jedoch nicht erreicht werden durch gegenwärtige isolierte oder organisierte Kräfte, sondern nur dadurch, daß Amerikaner wie Russen sich von der Möglichkeit unserer Denkweisen und Methoden überzeugen.

Das werden wir nicht erreichen durch theoretische Auseinandersetzungen. Die Vereinigten Staaten und Russland sind heute eine Welt für sich. Ihre Arbeiter, hier und dort, wissen so gut wie nichts von den übrigen Welt, haben von ihr so phantastische Vorstellungen, wie die Europäer von Japan oder China hatten.

Aber praktische Erfolge werden ganz anders als theoretische Vorträge. Räumlich praktische Erfolge in einem so hervorragenden Lande wie England. Sie machen sich überall bemerkbar, sie werden von den Amerikanern nicht übersehen, sie werden den Russen nicht davor unterzogen werden können.

So kann eine engtägige Arbeiterregierung, wenn sie sich beschließt, nicht doch die Vorfälle im eigenen Lande einen nach dem anderen beseitigen, mit politischen Mitteln die ökonomischen Monopole der kapitalistischen Ausbeuter brechen, diese Ausbeuter selbst immer mehr zurückdrängen, sondern auch Frieden und Freiheit in der ganzen Welt (sicher und überdies noch durch diese Erfolge die Arbeiter Amerikas und Russlands für ihre Methoden, für die Methoden der Sozialdemokratie gewinnen und damit der sozialdemokratischen Internationalen eine Schlagkraft verleihen, die für unüberwindlich macht).

Alles das erfordert allerdings einige Zeit. Nicht in einem Jahr kann das herbeigeführt werden. Wohl aber ist es möglich, ja wahrscheinlich, daß schon das Jahr 1929 darauf ist, den Weg zu diesem neuen sozialistischen Aufstiege zu bezeichnen, die ihren Kämpfern zu finden kann in einer sozialistischen Gesellschaft.

Mit großen Erwartungen dürfen wir daher das kommende Jahr begrüßen.

Die Novemberrevolution

Der deutsche Reichskanzler Herrmann Müller hat unter dem Titel „Die Novemberrevolution“ (Der Reichskanzler, O. M. S. S., Berlin) eine „Erinnerung“ erscheinen lassen. „Das Buch“, sagt er, „soll eine Geschichte der deutschen Revolution von 1918 werden, sondern sie die letzten Geschichtswörter einer Art sein.“ Dazu wird es sich wohl eher eignen als so manche der Erinnerungen, die wir früher zu lesen bekamen; Müller's teilschwafelste, verblüffte Art vermag sich auch nicht in der Form und im Geist seiner Darstellung, und doch ist es die Darstellung eines, der mitgefühl hat und auf der einen Seite der Kämpfenden stand. Sollen wir uns oder wieder in die Kampfstimmung seiner Tage anrufen lassen? Der Zeitabstand mag noch zu gering sein, um das Gesehene mit wissenschaftlicher Genauigkeit nachzugeschauen; es nützt jedoch ein dringender Bedürfnis als das wissenschaftliche — nämlich das Bedürfnis des Parteilebens, sich nicht lösen zu lassen durch „Erinnerung und nachfolgenden Streit“, die Ereignisse, die man unter dem Namen Novemberrevolution zusammenfaßt, gleichwohl mit unbefangener Sachlichkeit zu prüfen.

Dazu gibt es nur einen Weg, mit ein Mittel, das blutige Klingen, dessen Schöpfung Berlin im Dezember 1918 und Jänner 1919 war, nicht, wie es bisher von beiden Seiten geschieht, als gütlich und richtig bezeugt und erhellte Zustand zu bieten, nicht als Seitenstück und Selbstentwurf oder als willkürlichen Nachschlag, sondern es nähert in der geschichtlichen Zusammenhang der Weltgeschichte und der eigenen Weltgeschichte seiner Lage zu stellen. Der Kampf, den die Unterdrückten erlitten, entzündete sich an der Frage der Nationalversammlung, sagt Müller. Nun wagt — doch war dies ein Kampf mit ungleichen Entscheidungen? Nur wer seinen Gesichtskreis auf die letzten Schattenspiele des bürgerlichen Dramas einzugehen will, kann diese gebunden und behaupten. In Wahrheit sind ein Mischverhältnis in den Dezember- und Jännertagen überhaupt nicht in Frage. Das heißt schon die Tatsache, daß der vom 18. bis 21. Dezember tagende Erste Allgemeine Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte mit vierhundert gegen fünfzig Stimmen die Wahlen für die Nationalversammlung auf den 19. Jänner festsetzte, obwohl die Volksbeauftragten — wenn auch bei Stimmenshaltung Übereinstimmung — den 16. Februar vorgeschlagen hatten. Die überwältigende Mehrheit der deutschen Arbeiter verlangte also die Einberufung der Nationalversammlung, und doch es keine Zugeständnisse machte, bewiesen danach die Wahlen selbst.

Wäre es aber möglich gewesen, durch den Berliner Arbeiter- und Soldatenrat die Schicksale Deutschlands zu lenken? Der Verlauf des ersten allgemeinen Kongresses geht auch da eine blühende Antwort. Deputierten der Volkskammer drängen in den Verhandlungsräumen ein. Sie berufen sich darauf, daß auch das Volk von Paris die große Revolution auf solche Weise „vornüber“ gelassen habe. Müller bemerkt dazu, der Unterschied sei gewesen, daß die Ruffraktionen in Paris nicht „arrangiert“, sondern „spontane“ Kämpfungen gewesen seien. Nun, das ist wohl der Unterschied nicht: das „Arrangierte“ steht in zeitlicher Ferne leicht und gern „spontan“ aus. Der Unterschied ist vielmehr dieser: Druck auf den Kongress ausüben, hieß Frankreichs Schicksal umrufen, währenddem ein in Berlin tagender Nationalkongress in den Augenbild, wo er sich von Berliner Demonstrationen berührt und beherzt zeigte, für Deutschland Rang und Macht eines Nationalkongresses verlor und zu einer gewöhnlichen politischen Versammlung herabsank. Von ihr hätte draußen niemand Weintrauben angenommen. Denn was drängte eigentlich zur eiligen Einberufung der Nationalversammlung? Es waren die Vorgänge im Reich. Die Nationalversammlung für Weimarerberg war bereits einberufen, Bayern ging eigenmächtig seine Wege, der schlesische Volksrat drohte den Berliner Volksbeauftragten mit einem Ultimatum von achtundvierzig Stunden Frist für den Fall, als sie die Nationalversammlung nicht einberufen, und in Köln, wo Nationalversammlungen des Zentrums gegen die „Berliner Treibereien“ Stellung genommen hatten, war auch schon von Vordrängungen für die Bildung einer selbständigen rheinisch-westfälischen Republik im Rahmen des Reiches die Rede. „Ein Beweis dafür, daß die Revolutions-„Los von Berlin“ im Reich lag.“

Auch die zettelhafte Erfolge der Spartakusbewegung in Düsseldorf und Elberfeld

Wir vom Räte in Untersuchungshaft? Wie wir dieser Tage berichtet haben, hatte der Kommunist Hjalmar mit dem Untersuchungsrichter beim Landesgericht in einem Zusammenstoß, der mit einer blutigen Verletzung des Halses endete. Der Zusammenstoß ereignete sich, als der Untersuchungsrichter dem Hjalmar, den er sich hatte vorführen lassen, die Mitteilung machte, daß Hjalmar Haftbewerber von der Kammer für Untersuchungshaft ist. Aber wie kommt Hjalmar in Untersuchungshaft? Er ist bei der gestrigen Gewehrverweigerung in Ostfriesland verhaftet worden; die Untersuchung wird wegen § 43 St. G. (Verletzung der körperlichen Sicherheit), § 468 (Verletzung der bürgerlichen Freiheit) und § 14 Verletzung fremden Eigentums) und § 14 Verletzung des Eigentums) des Reichs nach Aufhebung der Verurteilung geführt. Aber das alles ist so nur Überbegriffe; die Untersuchungshaft ist aber doch nur bei Verbrechen und Vergehen möglich, und welcher strafprozessuale Grund für diese Untersuchungshaft? Sie wird mit Verdunkelungsgesetz begründet. Aber daß der so genannte Verstoß „nur auf die Ermittlung der Wahrheit hinzielt, nur Art und Umfang der Verbrechen einzuführen oder auch durch Vernehmung der Spuren der Untersuchung zu erleichtern“ (§ 43 St. G.), kann selbstverständlich nicht behauptet werden.

den. Wie also die „gegründete Besorgnis“, daß „dies geschehen könnte“, aber worauf wäre diese Besorgnis „gegründet“? Der Herr Präsident des Landesgerichtes ist sollte also schweigend aufklären, wie diese Untersuchungshaft verhängt wurde, wieso sie aufrechterhalten worden ist — im Interesse seines Amtes als für die Ordnung im Landesgericht II verantwortlich und im Interesse des Amtes dieses Gerichtes selbst, das mit der Verhängung einer solchen Untersuchungshaft eine Gleichgültigkeit gegenüber den gesetzlichen Vorschriften erweist, die doch betrüblich ist. Und der Herr Präsident soll auch nicht übersehen, daß jener blutige Kampf seinen Grund in dem Umsturz dieser Untersuchungshaft hat; um so mehr verlangt der Fall seine Aufklärung.

Was es für Ausdrucksformen gibt. Allen Ernstes wird gemeint, daß der Bundespräsident dem Bundesminister für soziale Verwaltung den Titel — eines Staatsrates verliehen habe. Wie kommt nun der Herr Dr. Reich zu diesem großartigen Titel? Er ist nämlich auch Direktor stellvertretend der Arbeiterunfallversicherungskasse für Wien, und da anschließend ohne Titel. Also müßte die Rede ausgeschrieben werden? Würde man fordern den Minister Reich töten oder wird man ihn ehren, wenn man ihn — sofort anspricht?

Arbeiter-Zeitung

Zentralorgan der Sozialdemokratie Deutschösterreichs

Erscheint täglich um 6 Uhr morgens, Montag um 1 Uhr mittags

Nr. 215.

Wien, Dienstag, 6. August 1929.

42. Jahrgang.

Ein Nachruf.

Von Karl Rautsky.

Mit großer Betrübniß erfahre ich heute die Trauernachricht von dem Hinscheiden meines alten Jugendfreundes Breitshneider. Es gibt nicht viele Genossen, mit denen mich so alte Parteierinnerungen verbinden wie mit ihm.

Zur Partei 1875 trat ich der Partei bei, seit dem Winter 1876/1877 hielt ich regelmäßige Vorträge, wie bei andern Genossen so auch bei ihm. Bald nachher kam ich auch bei ihm in enge Beziehungen zu Breitshneider, einem der aufmerksamsten und verständnisvollsten Zuhörer. Bald beteiligte er sich, trotz seiner Jugend, auch schon als Vorgesänger bei meinen Vorträgen sowie als Organisator solcher.

Er entwickelte sich überaus schnell. Schon 1880 begann er im Verein mit Lechner die Herausgabe der „Wohlfahrt“, einer Zeitschrift für Bildbauer, die eine aufstrebende Anzahl von Lesern erreichte und Anerkennungswürdigkeit erlangte. Ich besaß Genossen, seine redaktionellen Fähigkeiten kennenzulernen. Da er mich zu einer Reihe von Beiträgen veranlaßte.

Doch nicht nur gemeinsames Interesse für Arbeiterbildung brachte uns einander näher, sondern auch gemeinsamer politischer Kampf. Besonders nahe schloßen wir uns einander an, als der Kampf zwischen „Genossen“ und „Radikalen“ begann – diese geführt von dem unerschrockenen Anführer Reuter. In dieser schweren Zeit der Partei standen wir beide in gleicher Lage und kämpften mit aller Kraft für die gleiche Sache.

So hat mich mit Ludwig Breitshneider enge Kameradschaft und Freundschaft verbunden. Meine Beziehungen zu ihm ruhen auf einer Zeit, von der die fröhliche Generation nur dürftige Andeutungen kennt.

Als Breitshneider zur Höhe seines Parteilebens aufstieg und zu einem der wirkungsvollen Mitarbeiter Viktor Adlers wurde, war ich nicht mehr in Wien tätig. Das, was historisch angedeutet ist auf Breitshneider, was den österreichischen Genossen lebhaft vor Augen steht, das vermochte ich nur von der Ferne zu beobachten. Wie er tätig war für den Aufbau der zerstückelten Partei und wie in steter Wechselwirkung sie mit ihm wuchs und er mit ihr, das erkenne ich mir nur aus Zeitungen und persönlichen Mitteilungen, namentlich Viktor Adlers, der Breitshneider nicht genug rühmend konnte. Diese Mitteilungen, die kamen dieser Anschauung nicht entgegen, aber doch dienten sie dazu, das Bild, das der junge Breitshneider während der ersten Jahre seiner Parteitätigkeit in mir erzeugt hatte, zu vertiefen und die Sympathie und den Respekt zu vermehren, die er mir von Anfang an eingeflößt hatte.

Ich darf von ihm sagen:
Ich hatte einen Kameraden, einen besseren Freund als ich.

Mit Ehrmut nehme ich Abschied vom Freund meiner Jugend. Seine Erinnerung wird mir stets teuer sein.

Karl Rautsky.

Die Trauerfeier für Breitshneider.

Der Leichnam Ludwig Breitshneiders wird Mittwoch einsegnen. Um 3 Uhr wird der Leichnam in der Aufbahrungshalle des Krematoriums aufgebahrt. Um 4½ Uhr wird der Sarg geschlossen und auf die Friedhofstraße des Krematoriums getragen. Dort wird die Leiche eingeäschert.

Für den vorbereiteten Raum werden dann die Sekretariate der Partei für die Funktionäre ausgeben.

Heute beginnt die Haager Konferenz.

Der belgische Ministerpräsident Jozef Vorstender.

(Bericht der Arbeiter-Zeitung.)

Amsterdam, 5. August. Heute beginnt die Haager Konferenz. Alle ausländischen Delegierten sind bereits im Haag eingetroffen. Die Vorverhandlungen haben begonnen. Von Vorst in der Finanzkommission wird wahrscheinlich der japanische Hauptdelegierte den Vorsitz der politischen Kommission, die sich hauptsächlich mit der Rheinlauderäumung beschäftigen wird, wird der italienische Delegationsführer übernehmen, während mit dem Vorsitz der Gesamtkonferenz der belgische Ministerpräsident Jozef Vorstender betraut werden dürfte. Es heißt die Abicht, die Leitung der Verhandlungen insofern den Mächten zu übertragen, die selbst am wenigsten am Gegenstand der Verhandlungen interessiert sind.

Man rechnet damit, daß die Konferenz bis Anfang September dauern wird. Selbst die Pariser Presse gibt der Hoffnung Ausdruck, daß bis zur Septembereingabe der Völkerbundes das Ergebnis der Konferenz erreicht sein und die Rheinlauderäumung noch in diesem Jahre erfolgen wird.

Ein englischer Generalsekretär.

Haag, 5. August. (Tel. Hamb.) Die erste Sitzungsnahme unter den Delegierten im

Haag galt der Konstituierung des Vizepräsidenten.

Die Franzosen hatten den Posten des Generalsekretärs für sich verlangt, mit der Begründung, daß dem Präsidenten Jozef Vorstender ein französisches Mitglied als erster Mitarbeiter an die Seite gegeben werden sollte. Es wurde jedoch beschlossen, dieses Amt einem Engländer zu übertragen. Der holländische Außenminister Bettrich von Blootland wird die Konferenz morgen um 11 Uhr vormittags im Rittersaal offiziell eröffnen. Auf seine Erde wird Vorst in der Namen der Konferenz teilnehmer einweisen. Zur Eröffnungssitzung sind nur die Delegierten und die Presse, nicht auch das Publikum, zugelassen.

Enwerden lag: „Die wollen dieses Durcheinander ordnen“

London, 5. August. (Wohlf.) Vor der Abreise aus London erklärte der Schatzkanzler Snowden in einer Interubung mit einem Vertreter des „Daily Express“, daß er seine Äuße betriebs fertiggestellt habe. Er sagt: „Wir gehen nach dem Haag, um dieses ganze Durcheinander zu ordnen. Ich glaube, daß uns dies gelingen wird. Jedenfalls werden wir unser Möglichstes tun. Wir haben dieses Durcheinander angeordnet, als wir es die Regierung kamen, und wollen ihn nicht mehr getrübertreten müssen. Wir werden vielleicht manchmal zögern, weil wir sind jedoch bezüglich der Ergebnisse dieser Konferenz voller Hoffnung und Zuversicht.“

Die Textilarbeiterfront bleibt geschlossen.

Die englischen Spinner lehnen es ab, über einen Lohnabbau zu verhandeln.

(Bericht der Arbeiter-Zeitung.)

London, 5. August. Der für Montag nach Manchester einberufenen außerordentlichen Verbandstag der Spinnerarbeiterschaft beschloß sich mit dem Antrag des Verbandsvorstandes, ihn zum Eintritt in die Verhandlungen über ein Lohnkammera mit zu ermächtigen. Der Antrag des Verbandsvorstandes wurde nach einer bloß zwanzig Minuten dauernden Debatte mit großer Mehrheit verworfen.

Der Entschluß der Delegierten ist um so bemerkenswerter, als zum erstenmal in der Geschichte des Verbandes eine Empfehlung des Verbandsvorstandes verworfen worden ist. Es hat allgemeine Ueberraschung hervorgerufen, daß auch die Delegierten des Distrikts Oldham geschlossen gegen den Vorschlag des Verbandsvorstandes Stellung genommen haben.

Da sich also die Spinner durch diesen Beschluß den ausgeperrten Webern und Kardnarbeitern völlig angeschlossen haben, ist die Front der Arbeiter die einseitige der zweifelhafte Haltung der Spinner

brüchig bleiben, nunmehr ebenso geschehen, wie es die Unternehmerrfront seit Samstag ist. Alle Hoffnungen auf ein baldiges Ende des Konfliktes und auf eine baldige Wiederaufnahme der Verhandlungen sind damit als gescheitert zu bezeichnen.

Die inoffiziellen Berichte, Frieden zu stiften, gehen allerdings noch weiter. Der Oberbürgermeister von Manchester (nicht Manchester, wie irrtümlich berichtet wurde. Red.) hat im Sinne des ihm von dem Bürgermeister der Stadt Manchester erteilten Auftrages mit Unternehmern und Arbeitern Verbindung gesucht. Der Vermittlungsversuch wird jedoch für wenig aussichtsreich gehalten, da gegen wird die Aktion des bekannten Lord Derby in Verbindung mit größtem Optimismus beurteilt. In Generalkonferenzen haben sich in den letzten Tagen die Stimmen gemehrt, die ein Einschreiten des Generalrates der Gewerkschaften anregen. Dieser Anregung ist jedoch bisher noch nicht entsprochen worden.

Judenprogrome in Litauen.

Eine blutige Nacht in einer Pacht von Romna.

Kowno, 5. August. (Wohlf.) In der Nacht vom 2. zum 3. d. fanden in der Pacht von Romna Ausbeuteaktionen gegen die dortigen Juden statt. Etwa 65 Juden wurden dabei zum Teil schwer mißhandelt. Jüdische Familien wurden auf der Straße ausgeplündert. Zu einigen Häusern drangen die Täter auch in jüdische Häuser ein. Ministerpräsident Wladimiras erklärte, er werde die nötigen Maßnahmen zur Aufklärung dieser Vorfälle treffen. Nur zur „Aufklärung“ natürlich wird den Pogromen

widrig gesehen; unter einer so schändlichen Diktatur wie der litauischen finden alle Brutalitäten und Verbrechen Unterstufung. Red.)

Eine Bombe gegen eine Gendarmerie-Kaserne.

Belgrad, 5. August. Gegen die Gendarmeriekaserne von Krapovo wurde gestern nach ein Anschlag verübt. Eine Bombe, die in unmittelbarer Nähe der Kaserne in eine Kaminrinne gelegt worden war, explodierte kurz nach Mitternacht, ohne jedoch jemanden zu verletzen. Nur die Fensterbänke der umliegenden Gebäude wurden zertrümmert. Die Polizei berichtet, daß es sich um ein kommunistisches Attentat handelt.

Zehn Jahre ungarische Gegenrevolution.

Vor zehn Jahren, am 6. August 1919, hat die ungarische Gegenrevolution, nachdem sie den Kräftehaushalt der Revolution den vorliegenden Annahmen verfallen hatte, mit Hilfe der rumänischen Bajonette die Macht an sich gerissen. In Blut und Schweiß wurde das heutige Ungarn der landesväterlichen Europatrie geboren. Grausame Verbrechen auf Proletariat, mörderische Pogrome bezeichneten den Weg zum Erbfeind der Gegenrevolution, vom Eingebornen zum Verräter von Josef, von Josef, wo sich der Weg an der Wucherung der Gegenrevolution ergab, nach Budapest.

In dieser Zeit bekanden sich die Kleinbauern und Kleinrentnerischen Elemente noch in revolutionärer Einnahme. Dieser Stimmung mußten auch die damaligen Führer der Gegenrevolution, deren Klischees sich zum nicht geringen Teil aus den Schichten des geistigen Lumpenproletariats rekrutierten, Rechnung tragen. Durch Proletariat und Zudenpogrome wurde das Augenmerk der Massen von den brennenden sozialen Problemen abgelenkt. Aber die einfache Wiederherstellung des ungarischen Handels mit der Vorriegszeit schien damals doch noch unmöglich. Unter dem Druck von Terrortruppen, aber auf Grund eines demokratischen, geheimen Wahlrechts wurden die ersten Wahlen durchgeführt, und das Beispiel der Revolution, die Agrarreform, mußte vorgebildet werden.

In dieser Zeit der demagogischen Gegenrevolution wurde die Bewegung, die den Willen der Arbeiter der Reaktion angedeutet. Die Arbeiter der Stadt und des Dorfes waren völlig eingeschüchtert, der einzige Träger des sozialen Fortschritts in Ungarn, die Arbeiterbewegung, gänzlich lahmgelegt. Kleinbauern, Kleinrentner, die jüdische Bauernschaft standen unter der fürchterlichen Einschüchterung der Massenmorde, der Pogrome. Die Groß- und Mittelbesitzer, die ungarische Aristokratie und Gentry, die alten Führer des ungarischen Staates und der Gesellschaft, genauso wie die Oberbauern und gleichzeitig mit dem Aufbau ihrer organisierten Macht räumten sie ein mit dem „revolutionären Schutt“ auf. Durch diese Staatskrise wurde die „altbackene“ offene Abkündigung wiederhergestellt; nur einige wenige jüdische Besitztümer mit geheimer Wahl sind die jüdischen Kosten der Revolution, die vom gegenrevolutionären Sturmwind nicht hinweggeblasen wurden. Ein neues Oberbauern mit starkem aristokratischen und jüdischen Einschlag wurde errichtet, in dem, da die Restauration des Königtums der Habsburger infolge außerordentlicher Widerstände nicht gelang, wenigstens die Macht der habsburgischen Erbherzoge gesetzlich verankert wurde. Für die alten Burgen des Landes, für die Komitate und die Städte, wurde ein Wahlrecht geschaffen, in dem der pluralistische Grundbesitz, das Recht des Großgrundbesitzers und des Kapitals, triumphiert. Nach dem türmischen Wellenschlag des demagogischen weichen Terrors kam die Periode der besessenen Reaktion, die den Großgrundbesitz vom Abdruck einer radikalen Agrarreform befreite. Die Hälfte des Landes wird in den Händen des Großgrundbesitzers, nur vier Prozent der Bevölkerung wurden enteignet und auch dies äußerst teuer bezahlt.

Gänzlich aber wurde die Macht des Trägers der ersten gegenrevolutionären Verlebe, des geistigen Lumpenproletariats, das zum Teil aus Flüchtlingen aus den abgetrennten Gebieten besteht, nicht gebrochen. Die konsolidierte Reaktion in Ungarn stellt eine eigenartige Verhinderung der Einflüsse der alten Grundbesitzerkaste, des jüdischen Finanzkapitals und der Pogromhelden

Und ebenso träumen die einen von blutiger Niederschlagung des Sozialismus im Allgemeinen, während die andern diesen möglichst noch mehr fürchten als den auswärtigen Krieg, weil seine Verherrlichungen noch sicherer und größer sind.

Der Sozialdemokratie fällt die Aufgabe zu, im Inneren aller Tendenzen diejenigen durchzusetzen, die mit den Mitteln der Demokratie die Ausrottung der Gegenkräfte mit den Waffen der Demokratie zu führen.

Auch diese Aufgabe wird, ebenso wie die Wahrung der Interessen der arbeitenden Klassen, der Sozialdemokratie im Inneren fallen, je mehr sie ihre Gegner am Wahltag durch eine solche soziale Demokratie bedeckt.

Kann je noch eine einzelne Stimme so wichtig, so entscheidend für das Wahl nicht bloß des Sozialismus, sondern für das Gelingen des gesamten Kampfes, für die Kultur der Menschheit, wie diesmal.

Alle Mann an Bord! Und alle Frauen dazu!

Versteht eure Zeitung, Genossen!

Wir haben gestern vier Briefe von Genossen und Genossinnen, aber auch von gerade denkenden und liebenden Bürgern bekommen, die der Erklärung über die ungleiche Behandlung des Staatsbundes und der Selbstverwaltung der Einheiten über den ganzen Österreichischen Regierungskreis herbeizugreifen und von uns verlangen, die Arbeiter-Zeitung solle klarer, richtiger, tiefer das lebensdienliche Empfinden der Arbeiterklasse über die Vorgänge des letzten Tages ausdrücken. Wir können nur das nicht tun, Genossen und Genossinnen! Denn in dem Reich der Regierung Vengau gibt es keine Pressefreiheit mehr, und die Arbeiter-Zeitung muß sich natürlich demuten, so zu schreiben, daß sie in die Hände ihrer Leser kommt. Die jeden

Reißet der Bestie die Zähne aus!

Es gibt verschiedene Auffassungen über die Aufgaben einer Regierung. Manche meinen glauben, eine Regierung sei dazu da, dem Staate, dem ganzen Volke noch den Gehirnen zu dienen. Andere meinen denken darüber anders. Sie glauben, eine Regierung sei nicht anders als ein Werkzeug, ein Instrument der jeweiligen herrschenden Klasse oder Partei, der die Aufgabe obliegt, die herrschende Klasse, die andere Partei, um Recht und Gesetz, um Einkommen, zu unterdrücken und niederzuhallen.

In diesem allen liegt über Leben und Ausbruch einer Regierung hat gestern ein berühmter Mann Stellung genommen. Der Mann, dem die christlichsozialistische Partei die Wahrung der gesetzlichen Ordnung im Reich anvertraut hat. Der Herr Starheimberg hat gestern gesagt, wir reißt die Fäden einer Regierung vor. Nach seiner Meinung ist es die Aufgabe der Regierung, die roten Fäden der Sozialdemokratie herauszuziehen und seinen Schlag nach dem anderen gegen den roten Faden des Gegners zu führen.

Die rote Fäden — das ist die deutschösterreichische Arbeiterklasse. Das sind die forgerbelnenden Arbeiter, die an der Zerknirschung, auf den Beulen, auf den Bahnen, in den Gassen, in Wäldern und Gärten die Arbeit leisten, von deren Händen alle Österreichische sorgenlos leben, ohne zu arbeiten.

Die rote Fäden — das sind die Kapitalisten, die der Kapitalismus aus ihren Produktionsstätten hinauszuschleudert hat und die heute nicht wissen, wie sie mil-

derreichlichen Starheimberg-Jäger kauft? Hat man nicht gesehen, daß wir der Adressierten Nachbarn im Winter Landtag erzählt hat, die Seimwehe Selbstverordnungen aufstellt und mit Gefährten, Genossen und Kollaboranten anstellt, daß sie Panzerwagen zum Kampf gegen eigene Volksgenossen mobilisiert und Bomben zum Kampf gegen eigene Volksgenossen mit Munition füllt?

Dem Schutzbund will Herr Starheimberg die Waffen nehmen. Der Seimwehe bleiben alle Waffungen erlaubt. Warum dieses Unverständnis? Nun, die Seimwehe — das sind doch die Sozialisten, die Sozialisten, die Volksgenossen! Der Schutzbund aber — das sind doch die Feinde der Sozialisten, des Staates, des Vaterlandes!

Der Staat von heute ist die Republik. Wie sieht doch die Präsenz des Republikanischen Schutzbundes, das sind lauter Feinde der Republik! Aber die Seimwehe, die sich offen zur Sozialdemokratie gegen die Regierung der demokratischen Republik bekennen, die ihre Kampfschlacht auf dem Feld des Kampfes, die wir man gestern wieder aus dem Dokument, das die Abgeordnete Nachbarn und Genossen im Winter Landtag mitgebracht haben, erfahren hat, mit der Verletzung aller verfassungsmäßigen Freiheitsrechte, mit Landrecht und Gehirnen die Verletzung der demokratischen Republik stützen und die schrankenlose Diktatur nach faschistischem Vorbild aufzulegen wollen — das sind die Sozialisten, die Sozialisten, die Sozialisten!

Dennoch muß man dem Schutzbund die Waffen nehmen und den Seimwehe die Waffen lassen!

Lamentationskommission für Seemee- wehen beschuldigt aufgestellt, um die Seemeeverwaltung von jeder Anklage zu befreien! Sie hat zweitens den Bericht der Wiener Polizeidirektion abgelehnt; und gestern hat der Abgeordnete Nachbarn im Wiener Landtag erklärt, daß die deshalb geschlossen ist, weil dieser Leiter der Polizeidirektion nichtgemäß Vorbereitung getroffen habe, um die gesetzliche und verfassungsmäßige Ordnung gegen den für den 19. Oktober vorbereiteten Volksgericht des Kriminalgenerals Schütz zu schützen. Sie hat zweitens den Abgeordneten Starheimberg zum Generaldirektor der Anklage- behörden gemacht, um auch diese Nachbarn, für die Seimwehe in Bezug zu nehmen, wie sich der Herr Starheimberg ausdrücken ließe. Sie hat zweitens den Schutzbund zu einer Kommission ernannt, während die Waffungen des Seimwehe, wie man aus den Aussagen der Abgeordneten Nachbarn und Geborke im Wiener Landtag erfahren hat, in verstärkter Weise fortgesetzt werden. Glaubt man wirklich, das österreichische Volk ist so leicht, daß es den Seimwehe anhang zwischen allem nicht versteht? Nein! Man weiß, das österreichische Volk verstand noch immer nicht, wohn wie freies, wenn der gegenwärtige Regierungskreis noch länger Zeit anbringt? Nein, die Herren! Der nächste Sonntag wird man beweisen, daß das österreichische Volk seinen inneren Frieden wiederherstellen und zu schützen entschlossen ist!

Und meint ihr wirklich, es sei der Wille des deutschösterreichischen Volkes, zwei Fünftel des ganzen Volkes zu unterdrücken, zu töten, außer Recht und Gesetz zu stellen? Die ganze österreichische Politik in den letzten Wochen Kampf gegen einen so eigigen großen Volkswille aufzuführen? Es ist so tief

Drei Gebote

Nicht provozieren lassen!
Noch einen aufklären!
Wahldokumente vorbereiten!

eben wieder in einer Zeit, in der die Leser zu berichten müssen, nicht nur in den Zeiten der Arbeiter-Zeitung, sondern auch zwischen den Zeiten zu lesen. In der Zeit der Zeit haben wir das alle gesagt. Wir haben damals alle verstanden, was es bedeutet hat, wenn gemeldet wurde, daß die L. u. F. Arbeiter-Zeitung eine „Hingruppierung der Kräfte“ vorgenommen hat oder daß sie „auf eine tiefere Stellung zurückgenommen wurde“. Auch jetzt leben wir wieder in einer Zeit, in der man eine Zeitung lesen muß, wie man sie in den letzten Jahren gesehen hat. Aber das darf und wird nicht lange dauern. Genossen! Nützt uns die letzte Tage aus, damit die nächste Sonntag das Wort wieder besetzt, dem Volke wieder das Recht erobert, seine Meinung und seinen Willen unbehindert zu sagen, deutschösterreichisch die geistige Freiheit wiederzubekommen!

Christliche Kinderregierung. Die Christlichsozialen lassen einen Wahlzettel ausgeben, in dem neben verschiedenen anderen Gesandten und Bürgen auch die sozialistische Bewegung jenseits der sozialistischen Wälder wiederholt wird, das sozialistische Jugendliche im Anzeigergren ein sozialistisches Religionsbündel zeigt. Im Film wird das so dargestellt, daß man zuerst dazwischenfand aus einem Spaziergang mit einem Priester sich und dann, als Gegenstück, eine große bewaffnete Menge in der Tracht der „Kolonisten“, die mit Judas Ischariot eine christliche Gruppe der Kopf abfälligen. Natürlich sind diese Szenen gefälscht, wenigstens sie bei einem weisen Publikum den Eindruck erwecken sollen, sie wären die Wiedergabe eines tatsächlichen Vorgangs. In Wahrheit wurde dieses Bild des Priesters durch ein Bild eines sozialistischen Kindes ersetzt. Der geistliche Priester der Gruppe gab seine Erlaubnis und das Christkind einem jugendlichen Jungen zum Ansehen und dieser riefte nun den Priester, ein paar andere Kinder wurden riefte zu wilden Kolonisten verwandelt und ein ganz kleiner Knabe erhielt dann Verleser den Auftrag, die Erlaubnis des Kopf abzufälligen. Besonders der Christfurcht vor dem geistlichen Kind des Priesters bedeutet dieses Spiel gegen nicht, und es ist schon eine etwas seltsame Art „Hilfs-Regierung“ Erziehung, ein kleines Kind an der Verunglimpfung eines Glaubensbekenntnisses anzusetzen, in dessen Verherrlichung man es das nächste Mal auftritt. Wir soll so ein Kind verstehen, daß es nur zu diesem einen Fall zu einer Wahlzettel mißbraucht wurde?

zwanzig Schilling in der Woche — mit viel weniger als ein Herr Starheimberg an einem trohen Abend die Champagner ausgibt — ihre Kinder fähigen und werden sollen.

Die rote Fäden — das sind die Arbeiterklasse, die sogenannten sich verhalten unter der dreifachen Anklage der Arbeit im Saubell, der Arbeit für die Kinder, der Arbeit in der Gasse. Die Arbeiterklasse, die sich nicht wie eine fähige Starheimberg eine ganze Sache von Josen, Dürstern, Gassen, Gassen, Gassen halten können, die ihnen jede Arbeit und jede Sorge abnimmt.

Die rote Fäden — das sind die Sozialdemokraten. Eine Partei, die nur 90 Prozent der Arbeiter, die nur die große Mehrheit der Bevölkerung der Stadt, die nur mehr als zwei Fünftel des ganzen Volkes betrifft!

Enttöschung, Unterebendigung, Niederhaltung der ganzen Arbeiterklasse; Enttöschung, Unterebendigung, Niederhaltung der großen Mehrheit der städtischen Bevölkerung; Enttöschung, Unterebendigung, Niederhaltung von mehr als zwei Fünfteln des ganzen Volkes — Spah, Herr Fäden, wie ich das sein wieder Spah, Seem Fäden, wie das das Zeichen im Lande fähigen wird! Spah, Herr Fäden, wie das das das Zeichen einer demokratischen Verfassung entspricht, die vorkäufte, daß die Regierung die Verwaltung nach dem Gesetz zu führen hat und daß das dem Gesetz alle Staatsbürger gleich sind!

Herr Starheimberg riefte sich, er hob den Kinn und gab, dem Schutzbund Wasser wegzunehmen. Dem Schutzbund natürlich nicht. Der Schutzbund nicht. Denn der Schutzbund ist verboten, vorur für dem Schutzbund gehören. Der Seimwehe ist der Schutz von Wasser erlaubt. Hat man verstanden, daß vor dem gegen einen gewissen Ernst Rüdiger Starheimberg eine Strafanzeige wegen Verunglimpfung im Gange war? Hat man nicht gesehen, wie dem Bericht über die Verhandlungen des Winter Landtags eine Anklage des Abgeordneten Geborke geleitet, in der berichtet wurde, daß ein gewisser Ernst Rüdiger Starheimberg sei, daß, da er sehr Mitleid ist, und an dem letzten Tag, an dem er in ganz Österreichische Strafanzeige nach Wasser in der Seimwehe die Arbeiter verunglimpfen läßt, Anklage material auf den Boden an seine über-

Ehre, wenn Ehre gebührt! Worte und Taten des Herrn Ernst Rüdiger Starheimberg können vorzüglich überleben! Die Christlichsozialisten, die in ihren Jahren zuweilen nach so, als wollten sie den demokratischen Wahlkampf, als wollten sie die Arbeit aller von dem Gesetz, als wollten sie demokratische Freiheit und inneren Frieden erhalten und dabei doch einen Starheimberg irrt sich geben, die sind sehr sehr sehr. Der Herr Starheimberg hat den Vorzug, daß er sich offen zu der Staatsanklage bekennt, nach der er handelt: zu der Auffassung, daß eine Regierung nicht ein Organ des Staates, nicht ein Organ des ganzen Volkes ist, die nach Gesetzen zu handeln hat, sondern ein Vollzugsorgan von, wie Starheimberg selbst es genau hat, militärischen Formationen, die militärische Arbeit zu leisten und die österreichische Jugendpolitik unter dem Druck zu setzen haben. Ein Vollzugsorgan ist nicht des ganzen Volkes, sondern einer herrschenden Klasse, die sich für herrschend anstellt, der ganzen Arbeiterklasse, der überwiegenden Mehrheit der städtischen Bevölkerung, mehr als zwei Fünfteln des ganzen Volkes den Kampf anzusetzen, für einen Recht und Gesetz zu stellen, sie als eine „Bestie“ zu behandeln, das man ihre Giftpäne anstreichen muß!

Es haben schon ander versucht. Der große Vismarck hat die Deutsche Sozialdemokratie vor mehr als fünfzig Jahren an der Arbeit und Gesetz gestellt; die Deutsche Sozialdemokratie hat über den ersten Kampf triumphiert. Die Großregierung Sozialdemokratie mit Ausnahmezustand und Verordnungen vernichten zu können gelang; Kaiser ist und die Sozialdemokratie lebt! Der Herr Seimwehe wird schon nach seine Erfahrungen modern! Und er wird sie sehr bald machen! Sonntagabend wird er wissen, daß das österreichische Volk keine Klassenregierung, keine Regierung der Untertanen und Kollaboranten zurechtstellen will, sondern eine Regierung, die sich als Organ des ganzen Volkes stellt, die die Freiheit des Volkes und die Gleichheit aller vor dem Gesetz achten, die dem Lande den Frieden sichern will!

Nachdem einmal alles zusammen, was die Regierung Vengau-Starheimberg in den letzten Wochen getan hat: Sie hat die Pa-

großen Volkswille mit jenen Gefährten der Erziehung und des Gimmis zu erfüllen, die die Verengung des gleichen Vieles hervorruft! Und dadurch alle Organe im Lande in die enge, in der gefährlichen Welt zu verengen? Nein, ihr Herren, der nächste Sonntag wird euch beweisen, daß das deutschösterreichische Volk etwas ganz anderes will: einen neuen Staat, das Reich, gegründet auf Freiheit und Gleichheit aller, was Menschenanliegen liegt! Der nächste Sonntag wird euch beweisen, daß das österreichische Volk entschlossen ist, der selbstgewählten Bestie des faschistischen Autokratismus die Giftpäne auszuwickeln, seine demokratische Freiheit und seinen inneren Frieden durch eine dreierlei Art immer Abtragung unter gegenwärtiger Kontrolle zu sichern und alle großen Kräfte der arbeitenden Volks in Stadt und Land, von allen Gefährten durch leidenschaftliche, abenteuerliche Fährten zu befreien, zu gereinigtem Schaffen am wirtschaftlichen und sozialen Aufbau zu verrichten.

Wahlzettel in Wahrheit eingekauft. Zu den Wahlzettel, die die Regierung ist, aufstellt, geht auch der Anklage, daß die Bundesbahnen den Reich an Volk und Hauptstadt werden der halden Fahrpreis auf den Bundesbahnen gewährt werden. In den nächsten Wahlen darüber wird behauptet, daß diese Begünstigung, die den Fahrern in der Wahlzeit gewährt werden, nur vorübergehend sein soll. So soll man nicht einmal in Wahlzettel in amtlicher Waffungen mit der Wahrheit aufpassen! In der Wahlzeit halten die Lehrer keine solche Begünstigung, sondern riefte unter den verlassenen Regierung einen neuen Wahlzettel des damaligen Unterrichtsministeriums der Lehrer die halbe Zahl auf den Bundesbahnen gewährt. Durch die Sozialistische Partei wurde die Idee von der Sozialdemokratie eingeleitet, die Begünstigung abgelehnt. Man wird nun sehen, auf wie viele weitere Begünstigung werden wird; verlässig scheint die Herrschaft aller Arbeiter zu haben, denn sie fähigen nach Wahlbestimmungen an. Wahlzettel bezeugen sich lauter Regime, die diese Begünstigung für die meisten Lehrer und Lehrerinnen praktisch unbrauchbar machen. Das Wahlzettel die alle einen bitteren Nachschmerz haben.

lag haben und seine Lösungen unserer so schweren wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben erschaffen. Das sind wir unserer Rolle schuldig.

Der Europaratschluß vertagte sich hierauf auf Montag 4 Uhr nachmittags. Montag vormittag wird sich die Botschaften bündeln mit dem englischen Antrag zum deutsch-italienischen Votumstich in offizieller Sitzung beschließen.

Die Schatzscheine werden bewilligt.

Wien, 16. Mai. Das Komitee der Sozialisten der österreichischen Arbeiterkammer hat mit den Delegierten der österreichischen Regierung den Vorschlag der Ausgabe von österreichischen Schatzscheinen, die durch die Melioration der Kreditanstalt notwendig geworden ist, besprochen. Das Komitee hat die Vorschläge der österreichischen Regierung auf sehr aufmerksame. Es bereitet eine zutreffende Entscheidung unter bestimmten Modalitäten betreffend die Verteilung der Bank für internationalen Zahlungsmittel vor. Der Präsident des Komitees, Bianchini, schloß Sonntag mit Dr. Reich nach Wien, um mit der Bank für internationalen Zahlungsmittel diese Modalitäten zu besprechen und wegen der Klärung der Schatzscheine Schritte zu nehmen. Das Komitee wird sich Montag neuerlich berufen, um die Beschlüsse der Zustimmung zu geben.

Der französische Plan.

Wien, 16. Mai. (Wolff.) Der „Weltwirtschaftsplan“ der französischen Regierung ist heute nachmittag von der französischen Delegation im Parlament und in einem Vortrag veröffentlicht worden. Er enthält gegenüber dem, was aus Vorüberlegungen bekannt ist, wesentliche Neuerungen.

Der Vortrag beginnt mit der Bemerkung, daß die französische Regierung der Überzeugung ist, daß das deutsch-italienische Zahlungsprotokoll, das gewissen internationalen Verpflichtungen widersteht, nicht geeignet ist, den Weltmarkt der Europa bei der Verteilung zu bringen, die die Urheber des Planes voraussetzen, und sich veranlaßt sehen, in einem internationalen Plan vorzulegen, der die Weltwirtschaft befähigen würde, die dringenden Probleme zu lösen.

Erwägung des Gedankens von Vorteilen für Österreich.

In dem Teile des Plans, der sich mit der wirtschaftlichen Lage Österreichs befaßt, wird insbesondere, daß diejenige Situation, die dem österreichischen Volk gegenübersteht, sich in der Tat als eine wirtschaftliche Notlage darstellt, die die Wirtschaft zu einem Zustand der Krise bringt. In diesem Zusammenhang wird die Notwendigkeit einer internationalen Lösung betont, die die Wirtschaft zu einem Zustand der Krise bringt. In diesem Zusammenhang wird die Notwendigkeit einer internationalen Lösung betont, die die Wirtschaft zu einem Zustand der Krise bringt.

Der italienische Gegenplan.

(Wolff) Der Arbeiter-Zeitung.

Wien, 16. Mai. Über den italienischen Gegenplan, den die Italiener bereits im Europarat angekündigt haben, nach dem die „Giornale d'Italia“ mehrere Angaben gemacht haben, ist die Arbeiter-Zeitung heute in Wien erschienen. Der Plan ist ein Gegenplan zum deutsch-italienischen Votumstich und soll die Wirtschaft zu einem Zustand der Krise bringen. In diesem Zusammenhang wird die Notwendigkeit einer internationalen Lösung betont, die die Wirtschaft zu einem Zustand der Krise bringt.

Faschistische Zeitungen machen für den Antifaschismus Reklame

Mit Werbeförderung haben die italienischen Zeitungsleiter, die gemeint sind, von ihrer Presse gar nichts mehr zu erwarten. In der Nummer vom 9. Mai der „Corriere dello Sport“ und vom 10. Mai der „Tribuna“ im Augenblick die nachstehende Annonce gefunden: Das bei uns in Italien bekannte revolutionäre Organ „L'Unità“ (Einheit) und die „Liberazione“ (Befreiung) sind die einzigen, die die faschistische Regierung auf sehr aufmerksame. Es bereitet eine zutreffende Entscheidung unter bestimmten Modalitäten betreffend die Verteilung der Bank für internationalen Zahlungsmittel vor.

IL VERO RICOSTITUENTE



IL VERO RIGENERATORE

Karl Marx' Vermächtnis

Von Kurt Kautsky.

Karl Marx ist derjenige, der die Weltwirtschaft in der Tat als eine wirtschaftliche Notlage darstellt, die die Wirtschaft zu einem Zustand der Krise bringt. In diesem Zusammenhang wird die Notwendigkeit einer internationalen Lösung betont, die die Wirtschaft zu einem Zustand der Krise bringt.

Wenn wir den wichtigsten Inhalt des „Kommunistischen Manifests“ betrachten, so finden wir, daß es die Weltwirtschaft in der Tat als eine wirtschaftliche Notlage darstellt, die die Wirtschaft zu einem Zustand der Krise bringt. In diesem Zusammenhang wird die Notwendigkeit einer internationalen Lösung betont, die die Wirtschaft zu einem Zustand der Krise bringt.

Die theoretische Grundlage, auf der die „Kommunistische Manifeste“ stehen, ist die Weltwirtschaft in der Tat als eine wirtschaftliche Notlage darstellt, die die Wirtschaft zu einem Zustand der Krise bringt. In diesem Zusammenhang wird die Notwendigkeit einer internationalen Lösung betont, die die Wirtschaft zu einem Zustand der Krise bringt.

Die theoretische Grundlage, auf der die „Kommunistische Manifeste“ stehen, ist die Weltwirtschaft in der Tat als eine wirtschaftliche Notlage darstellt, die die Wirtschaft zu einem Zustand der Krise bringt. In diesem Zusammenhang wird die Notwendigkeit einer internationalen Lösung betont, die die Wirtschaft zu einem Zustand der Krise bringt.

Die theoretische Grundlage, auf der die „Kommunistische Manifeste“ stehen, ist die Weltwirtschaft in der Tat als eine wirtschaftliche Notlage darstellt, die die Wirtschaft zu einem Zustand der Krise bringt. In diesem Zusammenhang wird die Notwendigkeit einer internationalen Lösung betont, die die Wirtschaft zu einem Zustand der Krise bringt.

Die theoretische Grundlage, auf der die „Kommunistische Manifeste“ stehen, ist die Weltwirtschaft in der Tat als eine wirtschaftliche Notlage darstellt, die die Wirtschaft zu einem Zustand der Krise bringt. In diesem Zusammenhang wird die Notwendigkeit einer internationalen Lösung betont, die die Wirtschaft zu einem Zustand der Krise bringt.

So machen nun Faschisten und Sozialisten mit tausend Worten über jeden Wort, daß in den Zeitungen steht, und dann schließt sich eine solche Annonce an! Es ist zum Ausdrück der Genuß zu fassen! So ist auch jedes Wort, das die Faschisten in den Zeitungen schreiben, um die Arbeiter zu täuschen, ein Verbrechen.

Und ganz Italien lacht...

Wissenschaftler sind die Zeitungen hinuntergefallen, aber ebenso wissenschaftlich ist es, daß sich dabei die Augen mehrerer Sozialistenorgane wohlwollend geöffnet haben müssen, damit dieses alles bekannte Zeichen der faschistischen Propaganda nicht in der Tat als eine wirtschaftliche Notlage darstellt, die die Wirtschaft zu einem Zustand der Krise bringt.

Die revolutionäre Arbeiterbewegung vertritt die Weltwirtschaft in der Tat als eine wirtschaftliche Notlage darstellt, die die Wirtschaft zu einem Zustand der Krise bringt. In diesem Zusammenhang wird die Notwendigkeit einer internationalen Lösung betont, die die Wirtschaft zu einem Zustand der Krise bringt.

Die revolutionäre Arbeiterbewegung vertritt die Weltwirtschaft in der Tat als eine wirtschaftliche Notlage darstellt, die die Wirtschaft zu einem Zustand der Krise bringt. In diesem Zusammenhang wird die Notwendigkeit einer internationalen Lösung betont, die die Wirtschaft zu einem Zustand der Krise bringt.

Die revolutionäre Arbeiterbewegung vertritt die Weltwirtschaft in der Tat als eine wirtschaftliche Notlage darstellt, die die Wirtschaft zu einem Zustand der Krise bringt. In diesem Zusammenhang wird die Notwendigkeit einer internationalen Lösung betont, die die Wirtschaft zu einem Zustand der Krise bringt.

Die revolutionäre Arbeiterbewegung vertritt die Weltwirtschaft in der Tat als eine wirtschaftliche Notlage darstellt, die die Wirtschaft zu einem Zustand der Krise bringt. In diesem Zusammenhang wird die Notwendigkeit einer internationalen Lösung betont, die die Wirtschaft zu einem Zustand der Krise bringt.

Die revolutionäre Arbeiterbewegung vertritt die Weltwirtschaft in der Tat als eine wirtschaftliche Notlage darstellt, die die Wirtschaft zu einem Zustand der Krise bringt. In diesem Zusammenhang wird die Notwendigkeit einer internationalen Lösung betont, die die Wirtschaft zu einem Zustand der Krise bringt.

Die revolutionäre Arbeiterbewegung vertritt die Weltwirtschaft in der Tat als eine wirtschaftliche Notlage darstellt, die die Wirtschaft zu einem Zustand der Krise bringt. In diesem Zusammenhang wird die Notwendigkeit einer internationalen Lösung betont, die die Wirtschaft zu einem Zustand der Krise bringt.

Die revolutionäre Arbeiterbewegung vertritt die Weltwirtschaft in der Tat als eine wirtschaftliche Notlage darstellt, die die Wirtschaft zu einem Zustand der Krise bringt. In diesem Zusammenhang wird die Notwendigkeit einer internationalen Lösung betont, die die Wirtschaft zu einem Zustand der Krise bringt.

der Welt. Die Zeit derjenigen, die sich der Weltwirtschaft widmen, ist eine Zeit der Krise. In diesem Zusammenhang wird die Notwendigkeit einer internationalen Lösung betont, die die Wirtschaft zu einem Zustand der Krise bringt.

Die revolutionäre Arbeiterbewegung vertritt die Weltwirtschaft in der Tat als eine wirtschaftliche Notlage darstellt, die die Wirtschaft zu einem Zustand der Krise bringt. In diesem Zusammenhang wird die Notwendigkeit einer internationalen Lösung betont, die die Wirtschaft zu einem Zustand der Krise bringt.

Die revolutionäre Arbeiterbewegung vertritt die Weltwirtschaft in der Tat als eine wirtschaftliche Notlage darstellt, die die Wirtschaft zu einem Zustand der Krise bringt. In diesem Zusammenhang wird die Notwendigkeit einer internationalen Lösung betont, die die Wirtschaft zu einem Zustand der Krise bringt.

Die revolutionäre Arbeiterbewegung vertritt die Weltwirtschaft in der Tat als eine wirtschaftliche Notlage darstellt, die die Wirtschaft zu einem Zustand der Krise bringt. In diesem Zusammenhang wird die Notwendigkeit einer internationalen Lösung betont, die die Wirtschaft zu einem Zustand der Krise bringt.

Die revolutionäre Arbeiterbewegung vertritt die Weltwirtschaft in der Tat als eine wirtschaftliche Notlage darstellt, die die Wirtschaft zu einem Zustand der Krise bringt. In diesem Zusammenhang wird die Notwendigkeit einer internationalen Lösung betont, die die Wirtschaft zu einem Zustand der Krise bringt.

Die revolutionäre Arbeiterbewegung vertritt die Weltwirtschaft in der Tat als eine wirtschaftliche Notlage darstellt, die die Wirtschaft zu einem Zustand der Krise bringt. In diesem Zusammenhang wird die Notwendigkeit einer internationalen Lösung betont, die die Wirtschaft zu einem Zustand der Krise bringt.

Die revolutionäre Arbeiterbewegung vertritt die Weltwirtschaft in der Tat als eine wirtschaftliche Notlage darstellt, die die Wirtschaft zu einem Zustand der Krise bringt. In diesem Zusammenhang wird die Notwendigkeit einer internationalen Lösung betont, die die Wirtschaft zu einem Zustand der Krise bringt.

Die revolutionäre Arbeiterbewegung vertritt die Weltwirtschaft in der Tat als eine wirtschaftliche Notlage darstellt, die die Wirtschaft zu einem Zustand der Krise bringt. In diesem Zusammenhang wird die Notwendigkeit einer internationalen Lösung betont, die die Wirtschaft zu einem Zustand der Krise bringt.

Die revolutionäre Arbeiterbewegung vertritt die Weltwirtschaft in der Tat als eine wirtschaftliche Notlage darstellt, die die Wirtschaft zu einem Zustand der Krise bringt. In diesem Zusammenhang wird die Notwendigkeit einer internationalen Lösung betont, die die Wirtschaft zu einem Zustand der Krise bringt.

Die revolutionäre Arbeiterbewegung vertritt die Weltwirtschaft in der Tat als eine wirtschaftliche Notlage darstellt, die die Wirtschaft zu einem Zustand der Krise bringt. In diesem Zusammenhang wird die Notwendigkeit einer internationalen Lösung betont, die die Wirtschaft zu einem Zustand der Krise bringt.

Die revolutionäre Arbeiterbewegung vertritt die Weltwirtschaft in der Tat als eine wirtschaftliche Notlage darstellt, die die Wirtschaft zu einem Zustand der Krise bringt. In diesem Zusammenhang wird die Notwendigkeit einer internationalen Lösung betont, die die Wirtschaft zu einem Zustand der Krise bringt.

In schwerer Zeit

Von Karl Kzutzky



Nach Jahrzehnten schwerer Kämpfe hatte die Sozialdemokratie in der österreichischen Monarchie endlich genügend Elfbogenraum erobert, um der Zweiten Internationale ausreichend Freiheit bei ihren Beratungen in Aussicht stellen zu können, wenn sie den Internationalen Kongreß für 1914 nach Wien berief. Durch den frühen Ausbruch des Weltkrieges wurde das Abhalten dieses Kongresses verhindert.

Der Krieg hat viele morsche Gebilde zertrümmert, die drei kaiserlichen Dynastien des östlichen Europa weggefeigt, die Republik zur überwiegenden Staatsform Europas gemacht, den proletarischen Parteien allenthalben einen mächtigen Anstoß gegeben.

Das Wien von heute ist nicht mehr das von 1914. Nicht mehr die Residenz eines Kaisers, nicht mehr der Sitz der Phäaken, sondern eine Großstadt, in der das sozialdemokratische Proletariat herrscht und sich durchsetzt, soweit dies im Rahmen einer städtischen Verwaltung inmitten eines überwiegend agrarischen Staates möglich ist.

Anch dieser Staat selbst ist zu einer der freiesten Republiken der Welt geworden. So bietet einem Internationalen Kongreß eine Freiheit der Bewegung, wie er sie heute etwa in der Schweiz nicht fände, der Städte der ersten Internationalen Kongresse.

Doch nicht überall hat die Bewegungsfreiheit der Massen seit 1914 solche Fortschritte gemacht. Nach wie vor sind die Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre Rußlands verhindert, sich in der Heimat zu organisieren und ihre Anschauungen zu propagieren. Nach wie vor kann nur ihre Emigration auf einem Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale vertreten sein. Doch im Unterschied zu 1914 gilt dies jetzt auch von Italien, einem Lande, das seit seiner nationalen Einigung eine große politische und soziale Bewegungsfreiheit genöß.

Noch ist die Kraft der fascistischen Tendenzen nicht gebrochen, noch beherrschen sie Italien und Ostasien, bedrohen sie die deutsche Republik. Doch in Österreich sind sie zurückgedrängt, und in Spanien ist eben jetzt mit der Diktatur auch die Monarchie niedergeworfen worden. Unter diesen begünstigten Zeichen tritt der Internationale Kongreß zusammen. Trotz solcher Liebsbälle ist jedoch die allgemeine politische Lage der Welt höchst düster. Noch düsterer ihre ökonomische. Der Internationale Kongreß versammelt sich in der Zeit einer Wirtschaftskrise, wie sie noch kein Kongreß vor dem jetzigen sah. Sie läßt an Tiefe und Ausdehnung alle bisherigen Krisen weit hinter sich.

Zeitweilige Krisen sind unvermeidlich in der kapitalistischen Produktionsweise. Aber die jetzige wird besonders verderblich durch Faktoren, die mit den Naturgesetzen der kapitalistischen Wirtschaft nicht notwendig verbunden sind. Auf der einen Seite haben die Friedensbedingungen, die den Besiegten nach dem Weltkrieg auferlegt wurden, so irrsinnige Formen angenommen, daß sie die tiefgehenden Störungen des Wirtschaftslebens nicht nur bei den Besiegten, sondern auch bei den Siegern hervorgerufen mußten.

Sie haben aber auch alle Großstaaten verkleinert, viele Splitter als selbständige Staaten von ihnen abgelöst und gleichzeitig ihre Zusammenfassung in neue, ausgedehnte Wirtschaftskreise erschwert.

Das wäre schon schädlich genug. Es wird noch dadurch arg verschlimmert, daß der Krieg die bereits vor seinem Ausbruch mächtigen Herren des Finanzkapitals übermächtig gemacht hat, die großen Banken im Verein mit den kartellierten Industriellen, die sich verbunden mit den Agrariern. Das sind die Elemente, die immer mehr die bürgerliche Welt beherrschen, und diese „Führer der Wirtschaft“ zeigen sich immer gewalttätiger, habgieriger und kurzschliger. Um ihrer Augenblicksprofite willen hemmen sie immer mehr alles, was die Krise bannen oder doch mildern könnte, fördern sie alles, was sie verlängert und verschärft. Das schreckt sie nicht, wenn es ihnen nur gelingt, die Wirkungen der Krise auf die Arbeiter abzuwälzen. Das ist das A und O ihrer wirtschaftlichen Weisheit.

Niemals, seitdem es eine kapitalistische Produktionsweise gibt, waren die Staaten so sehr aneinander angewiesen wie jetzt seit dem Weltkrieg, war Freiheit des internationalen Verkehrs der Waren und Menschen so sehr eine Notwendigkeit wie in unseren Tagen. Das erkennt auch die bürgerliche Welt an. Nie vorher hat England ein solches Interesse an der Wirtschaft des europäischen Festlands

genommen. Und selbst Amerika sieht sich gezwungen, in europäische Dinge einzugreifen.

Aber war nie vorher das Bedürfnis nach internationalem Verkehr und internationaler gegenseitiger Hilfe so groß wie heute, so waren andererseits die Hemmnisse der Internationalität seit dem Beginn der Freihandelsära 1860 niemals so groß wie heute, weil eben nicht die Bedürfnisse der Gesamtheit des kapitalistischen Produktionsprozesses, sondern nur die Sonderinteressen seiner größten, eigenschligsten und borniertesten Ausbeuter in den bürgerlichen Parteien dominieren. Wohl können auch sie sich nicht der Einsicht verschließen, daß ein allgemeiner Abbau der Zölle in der Welt dringend notwendig geworden ist. Nichtsdestoweniger erhöhen sie diese gleichzeitig im eigenen Lande zu schwindender Höhe. Sie verteidigen mit Worten die ungeheure Herrschaft der Banken und Kartelle und fördern sie durch Taten.

Solange diese privalkonopolistischen Tendenzen dominieren, ist eine Gesundung der Wirtschaft schwer zu erwarten.

Das sozialistische gesinnne Proletariat allein wirkt ihnen machtvoll entgegen, es allein vermag den Bedürfnissen internationaler Zusammenarbeit und Solidarität zu entsprechen, die nicht nur von den Lebensbedingungen des Proletariats, sondern auch von denen des heiligen

kapitalistischen Produktionsprozesses gefordert wird.

Die Sozialistische Arbeiter-Internationale war stets eine unerlässliche Walle im Befreiungskampf des Proletariats. Sie wird heute auch immer mehr ein unerlässliches Mittel, den Produktionsprozeß in Gang zu erhalten, die Gesellschaft vor dem Untergang zu bewahren. Die sozialistischen Parteien haben nicht nur deren Fortschritt zu sozialistischen Formen zu beschleunigen, sondern auch vorher schon das Funktionieren des Produktionsapparats vor gänzlichem Einfallen zu bewahren, von welcher Gefahr er um so mehr bedroht wird, je unumschränkter die Herren des Finanzkapitals in Staat und Gesellschaft herrschen.

In schwerer Zeit tritt der Internationale Kongreß zusammen. Gewaltig sind die Probleme, die sich vor ihm aufdrängen. Doch nicht minder gewaltig ist die Kraft, die ihm aus dem Bewußtsein erstiebt, daß unter den Faktoren, die Probleme unserer Zeit zu lösen, das internationale sozialistische Proletariat den weitaus stärksten und heute auch den am weitesten blickenden bildet.

Aus den sozialistischen Parteien, die in der Sozialistischen Arbeiter-Internationale vereint sind, wird und muß die Rettung aus dem Elend unserer Zeit kommen, nicht nur für das Proletariat, sondern für die Gesamtheit der in der Gesellschaft und für die Gesellschaft tätigen Menschen.

Dieses stolze Bewußtsein wird den Internationalen Sozialistenkongreß befeelen, wird seine Arbeiten befruchten, wird ihm seine Größe verleihen.

Geschlossene Front!

Von Walter Schevenels, Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes



Zur Eröffnung des Internationalen Sozialistischen Kongresses in Wien haben wir das Bedürfnis, unserer Freude und zugleich unserer Besorgnis Ausdruck zu geben.

Der Freude, da wir erneut unsere anerschütterliche Solidarität und Zusammenarbeit mit unserer Schwester-Internationale der politisch organisierten Arbeiterklasse öffentlich und unzweideutig bekunden können.

Der Besorgnis aber angesichts der außerordentlich schweren Krisenzell, die das Weltproletariat augenblicklich durchzumachen hat, und der kaum erträglichen Verantwortung der Arbeiterorganisationen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben in einer Periode, in der die gegenwärtigen und zukünftigen Interessen der Arbeiterklasse auf dem Spiele stehen.

Wie diese unverkennbaren Lasten zurzeit auf alle unsere gewerkschaftlichen Tagungen drücken, so werden auch die Beratungen dieses Kongresses stark davon beeinflusst sein. Mehrfach schon ist betont worden, daß diese Weltkrise sowohl eine wirtschaftliche als auch eine politische ist. Oder hatten wir in beiden internationalen Gelegenheiten, dazumal, wie eng die drei Gefahren: Krieg, Faschismus und Krise, die der Arbeiterklasse und die ganze Gesellschaft bedrohen, miteinander verknüpft sind. Die Kriegseigen und die immer be-

stehende Kriegsgefahr haben die Wirtschaftskrise wenn nicht verursacht, so doch verschärft und beträchtlich verlängert.

Die turchbare Arbeitslosigkeit hat beispiellose Verwirrung und Verzweiflung verursacht, die einen gefährlichen Nährboden für den Faschismus schafft. Umgekehrt werden die politischen Spannungen und die Unwissenheit über die internationalen Beziehungen vom Faschismus zur tollsten Demagogie ausgenutzt. So steht die Welt und in erster Linie die Arbeiterklasse vor einem scheinbar unlöslichen Problem: Der Faschismus muß bezwungen werden, sonst kann von normalen politischen Verhältnissen, von Freiheit und von Vertrauen nicht die Rede sein, ohne welche keine Gesundung der Wirtschaft zu erwarten ist. Andererseits muß die Wirtschaftskrise mit ihrer furchtbar um sich greifenden Massenverelendung überwunden werden, bevor der Faschismus unschädlich gemacht werden kann. Die verantwortlichen Instanzen der Arbeiterbewegung haben sich ständig mit diesen ersten Fragen befaßt, sie haben alle zur Verfügung stehenden Mittel gegen die Gefahr aufgebieten.

Noch mehr als früher sind dadurch die beiden Internationalen einander näher gekommen, sowohl in dem Kampfe gegen Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit als auch im Kampfe gegen den Krieg und Rüstungswahnsinn. Sie sind mit aller Entschiedenheit gemeinsam vorgegangen. Gemeinsame Kommissionen wurden gebildet, deren einheitliche Forderungen und Aktionen Wirkungskraft und Erfolg hatten. Im Augenblick, da die Sozialistische Arbeiter-Internationale wieder tagt und eine der wichtigsten und dringendsten Fragen: Kriegsbekämpfung und Abrüstungsaktion auf der Tagesordnung ihrer Beratung steht, ist es mehr denn je angebracht, die von der gewerkschaftlichen Internationale geleistete Mitarbeit zu betonen und auf die Notwendigkeit einer erfolgreichen Zusammenarbeit hinzuweisen.

Geschlossene Front, gegenseitiges Vertrauen, Einheit im Willen zum Kampf für das gemeinsame Ziel — das ist das Geheimnis des Sieges der Arbeiterklasse.

Ein Sprichwort sagt: „Wo die Not am höchsten, ist die Hilfe am nächsten.“ Je schwerer die auf uns lastenden Aufgaben, desto stärker müssen unser Wille und unser Kampfgeist sein.

In diesem Sinne begrüßen wir mit herzlichstem Vertrauen den Internationalen Sozialistischen Kongreß und sprechen die feste Überzeugung aus, daß die Beratungen und Beschlüsse dieses Kongresses unsere Erwartungen erfüllen werden.

Einfluß auf die Weltpolitik!

Von Thorwald Stauning, dänischer Ministerpräsident



Mit Erwartung blicken wir alle auf die sozialistische Internationale, denn sie soll die großen Aufgaben der Zukunft lösen, von ihr soll die Erneuerung ausgehen, welche wir alle denken, die Gesellschaft nötig hat.

Ich begrüße den Internationalen Kongreß in Wien und bedaure, daß Arbeit und Pflicht mich zwingen, in Dänemark zu bleiben. Ich wünsche, daß dieser Kongreß neue Schritte vorwärts machen möge, daß er fortgesetztes Wachstum und eine weitere Entwicklung der Organisationen mit sich bringe, damit die Arbeiterklasse den Einfluß auf die Weltpolitik bekommt, den sie fordern kann.

Es lebe der Sozialismus!
Es lebe die Internationale!

Im Kampf gegen den Zarismus gereift

Von Paul Kalmi, Vorsitzender des lettischen Parlaments



Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Lettlands, die durch ihren Vertreter und die Olympiadeilnehmer vom lettischen Arbeiter-Sport- und Schützband in diesen Tagen die Gastfreundschaft der roten Republik Wien genießt, gehört nicht zu den ältesten Mitgliedern der Arbeiter-Internationale, sie ist aber bedeutend älter als der lettische Staat und hat Kämpfe hinter sich, auf die sie selbst und die Sozialistische Arbeiter-Internationale stolz sein können.

Die Verschmelzung der einzelnen Ortsgruppen zur sozialdemokratischen Partei vollzog sich in diesem Teil des alten Rußland erst im Jahre 1904, aber schon im nächsten Jahre fiel ihr die wichtige geschichtliche Aufgabe zu, zur Führerin der revolutionären Arbeiter- und Bauernmassen in den lettischen Ostseeprovinzen zu werden.

Der Kampf wurde damals geführt gegen die unbegrenzte Profitgier des Kapitals, die Willkürherrschaft des Zarismus, die nationale Unterdrückung und die Privilegien des baltisch-deutschen Adels. Die Wogen der ersten russischen Revolution gingen nirgends so hoch wie in dem lettischen Teil der Ostseeprovinzen. Die Bewegung hatte fast alle Volksschichten ergriffen und die Leitung lag in den Händen der jungen sozialdemokratischen Partei. Dreimal wurde im Jahre 1905 der Generalstreik proklamiert und glänzend durchgeführt. Schon einige Wochen vor dem Oktobermanöver befand sich die Macht in den Händen des sozialdemokratischen Föderativkomitees, welches eine demokratische Schmelzreform einleitete und die Neugestaltung der Verwaltungsorgane in den Städten und Gemeinden durchführte. Als aber dann der Zar das „Freiheitsmanifest“ erteilte, auf Wunsch des Adels die Strafexpeditionen ins Land schickte und die Bezaubung des rebellischen Volkes durchzuführen begann, da gingen viele Adelschösser in Flammen auf. Hunderte von Revolutionären wurden standrechtlich erschossen, tausende durchgepeitscht und in die Verbannung geschickt. Aber die Privilegienbriefe des Adels hatten einen Riß erhalten, der Thron des Zaren war ins Wanken geraten und auch der Kapitalismus mußte die Arbeitsverhältnisse bessern und zugeben, daß in der organisierten Arbeiterschaft Lettlands ein Feind emporgewachsen, mit dem er zu rechnen haben wird. Land und Volk hatten bewiesen, daß sie für eine politische Umwälzung reif sind.

Diese Umwälzung kam in den Jahren 1917 und 1918 — mit dem Zusammenbruch des Weltkrieges, mit der zweiten russischen Revolution.

Wenn die unabhängige lettische Republik jetzt eine demokratische Verfassung hat, im Lande eine radikale Agrarreform durchgeführt ist, die Arbeiterschaft ziemlich große Errungenschaften auf dem Gebiet sozialer Gesetzgebung zu verzeichnen hat, so braucht sie nicht besonders hervorzuheben, daß all das nicht ohne Kampf, als „Freiheitsgabe“ der Bourgeoisie zustande kam, sondern dank zäher, unermüdlicher Arbeit der Sozialdemokraten im Parlament und außerhalb desselben erreicht worden ist.

Und wenn Diktator und Faschismus, die in den Nachbarländern Rußland,

Polen und Litauen seit Jahren leuchtend Fuß gefaßt haben, in Lettland noch nicht Einzug gehalten haben, so ist auch das vor allem der in Kämpfen gereiften sozialdemokratischen Arbeiterpartei Lettlands und ihrem Einfluß im Staat zu verdanken.

Und da wir heute gerade in Wien sind, um darüber zu beraten, was das internationale Proletariat der wirtschaftlichen Krise entgegensetzen soll, möchte

ich zum Schluß den Wiener Theoretikern des Sozialismus, aus deren Schriften auch die lettischen Sozialdemokraten sehr viel gelernt haben — in erster Linie unserem alten Lehrer Karl Kautsky — unseren Dank aussprechen. Er und die österreichische sozialdemokratische Arbeiterpartei mögen auch in Zukunft der internationalen Voranschreitenden, dann wird der Sieg des Proletariats sicher und bald kommen!

An der Schwelle der großen Epoche

Von Theodor Dan (Russland).

Mitten in die schwerste wirtschaftliche und politische Weltkrise hinein fällt die Tagung des Wiener Kongresses der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, in eine Krise, die sich im Rahmen und auf dem Boden einer allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems abspielt, welche durch die ganze wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung der Krieges- und Nachkriegszeit vorbereitet wurde. Selbst in der kapitalistischen Bourgeoisie dämmert heute schon das Bewußtsein, daß die Welt sich einem geschichtlichen Wendepunkt nähert. Ihre berufensten Vertreter, wie Owen Young, bekennen sich verzweifelt zur „bolschewistischen“ Kritik der kapitalistischen Unzulänglichkeit, und ihre angesehensten Ökonomen, wie Keynes, suchen nach Wundormitteln,

lichen Gesellschaft aufgehellt wurde. Sie weiß, daß nur auf der Grundlage dieses Reichtums die sozialistische Gesellschaft erfolgreich aufgebaut werden kann. Und sie will es nicht dulden, daß der kapitalistische Wahnwitz noch im Sterben diesen mit Schweiß und Blut unzähliger Generationen erkaufen Reichtum verendet und vernichtet und somit seinen Erben und mit ihm die ganze Menschheit der letzten Möglichkeit der Befreiung beraubt. Nicht die Zertrümmerung dieses Reichtums, sondern seine Besitzergreifung — das ist der Weg, den Marx der Arbeiterklasse gewiesen hat und den die sozialistische Arbeiterbewegung geht. Katastrophopolitik oder Politik der Eroberung? Hier liegt der Trennungsschritt zwischen den Methoden des Sozialismus und den Methoden des bolschewistischen Kommunismus.

An der Schwelle einer großen geschichtlichen Epoche tritt der Wiener Kongreß zusammen, als der Generalstab der proletarischen Millionenarmee, die zum Kampf um die Macht und um den Sozialismus anrückt. Schon einmal, im Jahre 1914, war ein internationaler sozialistischer Kongreß in Wien geplant, zu dessen Hauptaufgabe die Rettung der Menschheit vor der drohenden Kriegsgelahr werden sollte. Und wer weiß, wie ganz anders die geschichtlichen Schicksale sich gestaltet hätten, wäre dieser Kongreß auch wirklich zustande gekommen! Aber der Weltkrieg eilte ihm voraus, die

Internationalen ward zertrümmert. Nicht minder schicksalsschwere Aufgaben hatten auch des diesjährigen Wiener Kongresses. Der internationale Sozialismus steht vor einer entscheidenden geschichtlichen Prüfung. Er muß beweisen, daß er allein imstande ist, den Kampf der Arbeiterklasse um die Macht und um den Sozialismus erfolgreich zu organisieren; daß seine marxistischen Methoden allein den Sieg der Proletarier aller Länder wie den der Proletarier eines jeden Landes sichern können; daß allein unter seinen Fahnen der richtige Platz für alle proletarischen Energien ist, die bewußt die Befreiung der Menschheit von allen Fesseln der Ausbeutung und der Knechtung anstreben.

Der Wiener Kongreß ist eine wichtige Etappe auf dem Wege dieser geschichtlichen Selbstprüfung des internationalen Sozialismus. Er bedarf des größten Weltblickes, um alle die Tagesaufgaben, die auf seiner Tagesordnung stehen, im Lichte und im Sinne der allumfassenden, großen geschichtlichen Aufgabe der Arbeiterklasse in unserer Epoche zu lösen. Er bedarf der größten Tatkraft, um überall der Arbeiterklasse die Wege zu weisen, die sie vorwärts bringen. Er bedarf aber auch der größten grundsätzlichen Klarheit, um sich selbst und das Proletariat vor Illusionen zu bewahren, die nur zu Niederlagen führen können, nur dazu, daß die Arbeiterklasse, die das Opfer der anfliehenden kapitalistischen Gesellschaft war, nicht zu ihrer Bezwingerin, sondern zum Opfer ihres Zusammenbruches werde.

Oh man will oder nicht, werden so alle Arbeiten des Kongresses von der großen Frage: Sozialismus oder Bolschewismus? überschattet werden. Denn in unserer Epoche, wo die Eroberung der Macht und die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft zur unmittelbaren praktischen Aufgabe des proletarischen Kampfes geworden sind, wird die Frage über die Methoden dieses Kampfes, über seine Strategie und Taktik zur Lebensfrage der Arbeiterbewegung. Insofern die russische Sozialdemokratie, an ihre reiche und so schmerzliche Erfahrung sich stützend, an der Lösung dieser Frage mitarbeiten kann, wird sie es in dem Bewußtsein tun, daß sie damit auch ihren bescheidenen Beitrag zum Erfolg des gewaltigen Befreiungskampfes der internationalen Arbeiterklasse leistet.



nm die verfallende Ausbeutungsordnung zu reißen. Vergebens! Denn mag die Agonie des Kapitalismus noch lange dauern — er liegt auf dem Sterbebett und sein geschlechtlicher Erbe steht schon an der Schwelle: die um die Macht und um die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft kämpfende internationale Arbeiterklasse.

Noch nie hat sich täglich und stündlich so unabweisend der große Marxsche Gedanke bewährt, daß nur der Sieg der Arbeiterklasse der gemarterten Menschheit Befreiung und Rettung bringen kann. Nur der lukrative Eingriff der Arbeiterklasse — der deutschen Sozialdemokratie, der französischen Sozialisten und vor allem der englischen Arbeiterregierung — hat Deutschland und mit ihm ganz Europa, die ganze Welt bisher vor ungeheuren politischen Katastrophen gerettet. Und nur durch diesen Eingriff wird auch künftighin der Unsinn der Wirtschaftsordnung, die gleichzeitig den gewaltigen Ueberfluß an unabsehbaren Waren und die Leiden, den Hunger, die Arbeitslosigkeit der Millionen häuft, überwunden, die Abrüstung erzwungen, die Menschheit vor neuen Katastrophen der Völker- und Bürgerkriege gerettet werden können, die die blinde Profluv und der Eigenwitz der herrschenden Klassen immer wieder heraufbeschwören, wenn auch ihnen selbst manchmal vor den Folgen ihrer verbrecherischen Tätigkeit bange wird.

Aber die Arbeiterklasse reißt die Welt vor Katastrophen nicht dazu, um den verhassten Kapitalismus zu reißen, sondern im Gegenteil, um aller Ausbeutung den Todesstoß zu versetzen. Sie fühlt sich als geschichtliche Erbin des gesamten materiellen und kulturellen Reichtums, der durch die vorhergehende tausendjährige Entwicklung der mensch-

Treue Wacht am Polarkreis

Von R. H. Wilk, Sekretär der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Finnlands

Vor etwas mehr als einem Vierteljahrhundert schloß sich die finnische Sozialdemokratie der internationalen an. Kurz vorher war unsere Partei erst gegründet worden; in einer Zeit der schwersten zaristischen Reaktion tat sie ihre ersten Schritte. Wohl instinktiv fühlen die Arbeiter das Bedürfnis der

forderte die angeschlossenen Parteien an, den Zarismus unablässig zu bekämpfen.

Die finnische Arbeiterbewegung entwickelte sich indessen flüchtig. Sie verbreitete über das Land ein Netz von 1300 sozialdemokratischen Parteiverbänden, von denen sich 1000 eigene Vereinigungen bildeten; sie schuf eine gewerkschaftliche Bewegung und eine konsumgenossenschaftliche, die zu den stärksten der Welt zählt. Die geographische Lage sowie die abnormalen politischen Zustände beeinflußten tieflich die Entwicklung der finnischen Arbeiterbewegung; 1918 kam es sogar zu einem Bürgerkrieg, nach welchem die Bewegung gänzlich zerschmettert dalag; doch schon einige Monate später stand sie wieder stark da. Zuletzt hatte sie unter der faschistischen Lappabewegung schwer zu leiden — doch wieder versagte die internationale Solidarität nicht. Die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale erlebte an die angeschlossenen Parteien einen Anruf, ihre Aufmerksamkeit auf die finnischen Zustände richtend und die finnische Sozialdemokratie zum fortgesetzten Kampf für die Demokratie und die Rechte der Arbeiterschaft ermunternd. Seitdem ist der Faschismus unter dem Druck der demokratisch gesinnten Massen der Arbeiter und der Bauernschaft zum Rückzug gezwungen worden, und ungeachtet der ungeheuren starken Arbeitslosigkeit gehen wir wieder besseren Zeiten entgegen.

Die Internationale würdigt es, daß es auch hier am Polarkreis eine treue Schar gibt, die für die Ideen des völkerebefreienden Sozialismus kämpft. Die finnische Arbeiterschaft ihrerseits ist sich des moralischen Stärkezwanges bewußt, den ihr die Zusammenarbeit mit der Elite der Menschheit, der internationalen Klassenbewußten Arbeiterschaft, verleiht.



Internationalen Solidarität als einer Stütze in dem doppelten Kampf gegen die einheimische Bourgeoisie und den von außen angreifenden Zarismus.

Nicht vergebens appellierte die finnische Arbeiterschaft an die internationale Solidarität. Auf dem Kongreß zu Kopenhagen 1910 betraute sich die Internationale zum erstenmal mit den finnischen Angelegenheiten, protestierte gegen den barbarischen Zarismus und die ihm unterstützende europäische Bourgeoisie und

